



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Staat und Kommunen Hand in Hand

Kommunen und Staat ziehen an einem Strang. Dies unterstrichen im Rahmen der jüngsten KPV-Landesvorstandssitzung nicht nur die beiden Gäste aus der Landtagsfraktion, Thomas Kreuzer, Fraktionsvorsitzender der CSU im Bayerischen Landtag sowie Dr. Florian Herrmann, Innenpolitischer Sprecher der Fraktion, sondern auch KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle. Hauptthemen der Sitzung waren vor allem die Asylpolitik und der Kommunale Finanzausgleich sowie der künftige Umgang mit der Straßenausbaubeitragssatzung.

Traditionell verbinde die Abgeordneten der CSU-Landtagsfraktion und die KPV ein enger Kontakt, führte Landesvorsitzender Rößle ein. Positiv sei, dass viele Landtagsabgeordnete der CSU

kommunale Wurzeln, beispielsweise durch Mitgliedschaften in Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen, besitzen. Ein konstruktives Miteinander und eine dichte Vernetzung zwischen der KPV und dem Landtag sei wichtig, fügte Rößle hinzu, da problematische Punkte oftmals in Einzelfragen thematisiert werden müssten. Dabei seien praxisnahe Lösungen und Flexibilität gefragt, wodurch die Nähe zum Bürger verstärkt wird.

Konsequente Umsetzung

Rößle dankte im Namen der kommunalen Familie den Abgeordneten für die große Unterstützung der Landtagsfraktion, die im Kommunalen Finanzausgleich Gelder in Höhe von 8,3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt und den Heimatplan mit Breitbandförde-

rung und Behördenverlagerung bis dato konsequent umgesetzt habe. Abschließend rückte der KPV-Vorsitzende den Fokus auf die große politische Herausforderung der Asylpolitik und betonte, dass deren Bewältigung keiner ausschließlichen Zuständigkeit der Politik bedürfe, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei.

Eine Milliarde für Flüchtlinge

Mit Blick auf die Asylpolitik betonte Kreuzer, dass Staat und Kommunen gemeinsam handeln müssen, um die Herausforderungen in diesem Jahr bewältigen zu können. Im Doppelhaushalt für 2015 sei derzeit ca. eine Milliarde Euro für die Flüchtlingshilfe eingeplant. Das ist so viel wie der Etat für Krankenhäuser und den Straßenausbau zusammen. Zusätzlich wurden beim zuständigen Bundesamt 600 zusätzliche Planstellen eingerichtet, um die Verfahren zu beschleunigen. Trotzdem hofft Kreuzer, dass auch von europäischer Ebene gemeinschaftliche Lösungen gesucht werden, da auch ein starkes Bayern die Herausforderungen langfristig nicht alleine schultern könne.

Zum Kommunalen Finanzausgleich (Fortsetzung auf Seite 4)

Verbandsversammlung der bayerischen Landesbeamten in Amberg:

Schwerpunkt Ausländerrecht

Das Ausländerrecht in seinen vielfältigen Facetten stand im Mittelpunkt der Verbandsversammlung 2015 der bayerischen Landesbeamten in Amberg. Wie Klaus Holub, Vorsitzender des Fachverbandes der bayerischen Landesbeamten, vor etwa 500 Kongressteilnehmern darlegte, hätten viele Flüchtlinge keine gültigen Ausweispapiere oder gar keine Papiere bei sich. Bei Geburten oder Eheschließungen sei es für die Landesbeamten enorm schwierig, gültige Urkunden auszustellen.

Nach Holubs Worten ist das Alltagsgeschäft in den bayerischen Landesämtern in den vergangenen Jahren schwieriger geworden. Der hohe Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund mache es erforderlich, dass die Mitarbeiter nicht nur deutsches Personenstands-, Ehe-, Familien-, Namens- und Staatsangehörigkeitsrecht beherrschen, sondern sich auch mit ausländischen Vorschriften bestens auskennen müssen. In Großstädten müssten sich die Landesbeamten mit der Rechtslage von über 100 Nationen auseinandersetzen.

Dr. Bernhard Mitko, Berufsmäßiger Stadtrat in Amberg, beleuchtete die ausländerrechtlichen Grundlagen, insbesondere die verschiedenen Rechtsgrundlagen für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, und sensibilisierte so die Kongressteilnehmer für die möglichen ausländerrechtlichen Aus-

wirkungen und Probleme der Amtshandlungen des Standesamtes. Er stellte die rechtlichen Normen vor, die Flüchtlingen und Asylbewerbern ein Bleiberecht in Deutschland gewähren. Dabei wurden jeweils Besonderheiten hervorgehoben, die einen Zusammenhang mit der Arbeit der Standesämter darstellen können. Beispielsweise können Eheschließung oder Anerkennung einer Vaterschaft entsprechende Bleiberechte auslösen.

Mitko beschrieb zudem Mitteilungspllichten der Standesämter an die Ausländerbehörden sowie Situationen, in denen sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Standesamt und Ausländerbehörde empfiehlt (z. B. bei Fragen zur Echtheit von Pässen oder Passersatzdokumenten). Ausgehend von typischen Angelegenheiten am Standesamt (Geburt, Eheschließung, Sterbefall) gab der Stadtrat abschließend



Die speziell weiblichen Erfahrungen als Bürgermeisterinnen waren zentrales Thema der Podiumsdiskussion. Unser Bild zeigt (v. l.): Cornelia Irmer, Bürgermeisterin a. D., Geretsried; Brigitte Servatius, Bürgermeisterin a. D., Gauting; Dr. Helga Lukoschat, Geschäftsführerin EAF Berlin; Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags; Christine Borst, Erste Bürgermeisterin, Krailling und Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe aus Bayreuth.

Frauen führen Kommunen

Bayerische Bürgermeisterinnen vereinbaren mehr Zusammenarbeit

Nur 178 Bürgermeisterinnen gibt es in Bayern. Das sind nicht einmal neun Prozent der Rathauschefs im Freistaat. Dabei sind mehr als die Hälfte aller Wähler weiblich. Für Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags und seinen Kollegen vom Bayerischen Städtetag, Bernd Buckenhofer, war dies Anlass, in einem Impulskongress die Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeisterinnen des Freistaats zusammenzuführen. Landtagspräsidentin Barbara Stamm erklärte als Gastgeberin in ihrem Grußwort die Kommunalpolitik zum „Herzstück der Politik überhaupt“, weshalb es so wichtig sei, das weibliche Element gerade in dieser politischen Ebene zu stärken.

Angeregt hatte die Veranstaltung Kraillings Erste Bürgermeisterin Christine Borst. In Berlin hatte sie bei der EAF – Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. – viele Ideen für die weibliche Seite der Politik gesammelt.

Über die Studie der EAF zum Thema Bürgermeisterinnen be-

ebenso wichtig, wie die Stärkung des eigenen Selbstbewusstseins, die Zurückhaltung im Auftreten wird zwar gerne positiv bewertet, aber nicht unbedingt mit Wählerstimmen goutiert.

Ziel der Tagung war es, den Frauen Mut zu machen, sich für politische Ämter zur Verfügung zu stellen. Zudem wollen die kommunalen Spitzenverbände den amtierenden Mandatsträgerinnen spezielle Hilfestellungen für die Ausübung ihrer Ämter bieten. Busse und Buckenhofer boten an, die Bürgermeisterinnen bei der Entwicklung eines eigenen Netzwerkes zu unterstützen.

richtete die Bayerische Gemeindezeitung bereits ausführlich in ihrer Ausgabe vom 29. 1. 2015 (vgl. www.gemeindezeitung.de/archiv/GZ-3-2015.PDF). Nach der Präsentation dieser Studie durch die geschäftsführende Vorstandsvorsitzende der EAF, Dr. Helga Lukoschat, berichteten aktive und ehemalige Bürgermeisterinnen in Statements und während einer Podiumsdiskussion über ihre Erfahrungen im Amt. Am Nachmittag bearbeiteten vier Gesprächsrunden einzelne Schwerpunkte: Wie sich die Rahmenbedingungen für Frauen in der Kommunalpolitik verbessern lassen, wie ein Netzwerk für Rathauschefinnen ausgebaut werden kann, welche Themen den Bürgermeisterinnen wichtig sind und welcher Bedarf an speziellen Weiterbildungsmaßnahmen besteht.

Es zeigte sich, dass Frauen auf ihrem Weg ins Bürgermeisteramt immer noch besondere Hürden überwinden müssen. Da ist nicht nur die Doppelrolle als Mutter, Partnerin und Ehefrau, die viel Zeit und Kraft verschlingt. Frauen müssen sich auch gegen die männliche Konkurrenz durchsetzen und oft besser sein als Männer. Dafür fehlt ihnen in vielen Fällen aber ein entsprechendes Netzwerk. Der Erfahrungsaustausch mit Mitsreiterinnen ist

Neues von Sabina

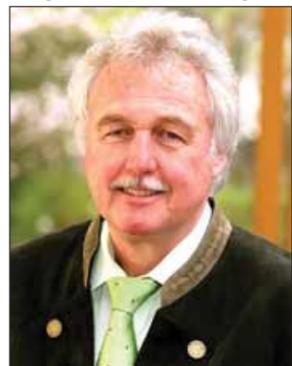


Der Bürgermeister und seine Vorzimmerdame diskutieren gerade über Sinn und Unsinn der EXPO Weltausstellung in Mailand. Einig sind sie sich jedoch, dass das diesjährige Thema „Lebensmittel und Ernährung“ sehr wichtig ist. Auch wenn sich Idealisten wohl von manchen Träumen werden verabschieden müssen. S. 19

noch Hinweise auf die aus Sicht der Ausländerbehörde besonders relevanten Punkte.

Personenstandsfälle

„Personenstandsfälle mit Auslandsbezug sind im Standesamt mittlerweile an der Tagesordnung“, stellte Walter Königbau-



Klaus Holub, 1. Vorsitzender des Fachverbandes der bayerischen Landesbeamten e. V.

er, Bayerisches Innenministerium, fest. Für die Lösung privatrechtlicher Sachverhalte mit Auslandsbezug sei nach dem deutschen Internationalen Privatrecht die Staatsangehörigkeit der wesentliche Anknüpfungspunkt (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | Seite |
|---|----------|
| Deutscher Städtetag: Leitgedanke Humanität | 2 |
| GZ-Kolumne Georg Huber: Lernen vor Ort | 3 |
| Deutscher Landkreistag: Spielräume und Zielmarken | 4 |
| GZ-Fachthemen: | |
| Kommunale Finanzthemen | 5-11 |
| Wasser · Abwasser | 12 |
| Kommunales Bauen · Infrastruktur | 13-15 |
| Friedhofsgestaltung | 15-16 |
| Kommunalfahrzeuge · GaLaBau | 16-17 |
| Aus den bayerischen Kommunen | 18-20 |

Landrätetagung in Bayerisch Eisenstein

Eine Gesundheits- und Pflegeversorgung, die die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und Land mit Leben erfüllt: Über dieses Ziel berieten die bayerischen Landräte bei der Verbandsversammlung des Bayerischen Landkreistags in Bayerisch Eisenstein (Landkreis Regen). Die Tagung stand unter dem Motto „Älterwerden im ländlichen Raum: Anforderungen an Medizin und Pflege“.

Neben Landkreistagspräsident Christian Bernreiter referierten im öffentlichen Teil der Versammlung Experten wie etwa Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml, Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees Deutscher Katholiken und Dr. Irene Vorholz, Beigeordnete des Deutschen Landkreistags, zu Fragen der Finanzierung, Planung und Zukunft der medizinischen und pflegerischen Versorgung im ländlichen Raum. Eine Podiumsdiskussion zum Thema beschloss die Tagung.

Ein ausführlicher Bericht erscheint in GZ-Ausgabe Nr. 10.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Leitgedanke Humanität

Die Aufnahme und Integration von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die neben finanziellen auch zunehmend die moralischen Ressourcen der Gesellschaft fordert. Darauf machte der Präsident des Deutschen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, nach einer Präsidiumssitzung des kommunalen Spitzenverbandes in Mülheim an der Ruhr aufmerksam. Die deutschen Städte hielten es für dringend geboten, die Akzeptanz für die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern weiter zu fördern und Ängste der Bevölkerung abzubauen.

Vor diesem Hintergrund fasste das Präsidium folgenden Beschluss zur Aufnahme und Integration von Zuwanderern, Asylbewerbern und Flüchtlingen:

1. Die deutschen Städte fordern den Bund und die EU auf, alles zu unternehmen, um der Flüchtlingstragödie im Mittelmeer ein schnelles Ende zu bereiten. Der Leitgedanke hierbei darf nicht der europäische Grenzschutz, sondern die Humanität sein.

2. Das Präsidium wendet sich entschieden gegen jede Form der Fremdenfeindlichkeit und der Diskriminierung und steht für Weltoffenheit und Toleranz ein. Die Aufnahmebereitschaft in allen Teilen der Gesellschaft muss gepflegt und Ängste müssen abgebaut werden.

3. Die deutschen Städte bekräftigen ihre Bereitschaft, Asylbewerber und Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, zu unterstützen und in die Gesellschaft zu integrieren. Das Präsidium appelliert an Bund und Länder, weitere umfassende Anstrengungen zu unternehmen, um den Kommunen die Aufgabe der Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu erleichtern. Hierzu ist es zum einen nötig, dass diejenigen Länder, die ihren Städten die Kosten für die Unterbringung nur unzureichend erstatten, deutlich nachbessern. Zum anderen bedarf es eines größeren Engagements des Bundes im Integrationsbereich. Ziel der gemeinsamen Anstrengungen muss es sein, soziales Konfliktpotential, etwa auf den Wohnungsmärkten von vornherein zu vermeiden.

4. Hierzu gehört auch der weitere nachhaltige Ausbau der Kapazitäten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Landeserstaufnahmeeinrichtungen, damit über Anträge von Asylbewerbern – insbesondere in offensichtlich unbegründeten sowie in offensichtlich begründeten Fällen – rascher entschieden werden kann, erforderliche Rückführungen noch aus den staatlichen Aufnahmeeinrichtungen heraus erfolgen können und Aufnahmekapazitäten entlastet werden.

5. Der Bund muss angesichts der weiter ansteigenden Zugangszah-

len über die Ende des vergangenen Jahres beschlossene finanzielle Unterstützung von Ländern und Kommunen hinaus systematisch und dauerhaft in die gesamtstaatliche Aufgabe der Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen einbezogen werden. Die Länder werden aufgefordert, die Mittel des Bundes zum Ausgleich von Mehrbelastungen in den Jahren 2015 und 2016 vollständig an die Kommunen weiterzugeben.

6. Das Präsidium sieht in der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es fordert die Europäische Union auf, entscheiden darauf hinzuwirken, dass die geltenden Regelungen zur Flüchtlingsaufnahme von allen EU-Mitgliedsstaaten eingehalten werden. Der Bund wird aufgefordert, sich nachdrücklich für eine gemeinsame europäische Außenpolitik einzusetzen, die zum Ziel hat, Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen.

7. Angesichts der schwierigen Unterbringungssituation sind Bund und Länder gefordert, die Schaffung von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber durch Förderprogramme zu unterstützen. Dazu gehört auch die Sicherstellung der sozialen Betreuung der Flüchtlinge.

8. Perspektivisch ist die Integration der Asylbewerber und Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt vordringlich. Das Präsidium erwartet von der Bundesagentur für Arbeit weitere Initiativen zur Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, eine Ausweitung der Blue Card-Regelung für Zuwanderer auch mit mittlerer und einfacher Qualifikation, eine Aufstockung der Finanzierung der Integrationskurse sowie deren Öffnung für Asylbewerber und Geduldete.

9. Die beabsichtigte Regelung, die unbegleiteten Minderjährigen gleichmäßig auf die Länder zu verteilen, wird vom Deutschen Städtetag begrüßt. Im weiteren Verfahren ist sicherzustellen, dass eine angemessene Unterbringung und die erforderliche besondere Betreuung der Jugendlichen erfolgt. Daneben ist der Bürokrati-

aufwand möglichst gering zu halten und die Kosten an die Städte zu erstatten.

Darüber hinaus begrüßt der Deutsche Städtetag die Initiative des Bundes für 3,5 Milliarden Euro Investitionshilfe und bewertet sie als sinnvolles Instrument, um finanzschwachen Kommunen dringend notwendige Investitionen zu ermöglichen. Zudem müsse es weiterhin das Ziel sein, den kommunalen Finanzdruck und damit die Notwendigkeit von ad-hoc-Hilfsprogrammen für die Zukunft zu verringern. Die Städte appellieren deshalb an Bund und Länder, bei den laufenden Beratungen über die föderalen Finanzbeziehungen die Leistungsfähigkeit der Kommunen auf Dauer zu stärken.

Investitionen nötig

Wie die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags, Ludwigshafens Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, konstatierte, „können strukturschwache Städte angesichts des teilweise schlechten Zustands ihrer öffentlichen Infrastruktur nicht solange warten, bis die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen hoffentlich auch ihnen hilft. Deshalb ist das Investitionsprogramm des Bundes sinnvoll und nötig. Es zeigt, dass der Bund bereit ist Verantwortung zu übernehmen, um den wachsenden Unterschieden zwischen strukturstarken und strukturschwachen Städten und ihren Regionen entgegenzuwirken.“ Auch der Abschlussbericht der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ bestätigt, dass nur mit starken kommunalen Investitionen die Wirtschaft in Deutschland insgesamt gestärkt und die Zukunftsfähigkeit des Standortes gesichert werden können.

Der Gesetzentwurf des Bundes sieht vor, dass zusätzlich zu der Soforthilfe für die Kommunen von jeweils 1 Milliarde Euro in den Jahren 2015 bis 2017, im Jahr 2017 weitere 1,5 Milliarden Euro zur Entlastung von Sozialausgaben bereitgestellt werden. Laut Städtetags-Vizepräsidentin Lohse

Verfassungsschutzbericht 2014:

Herausforderungen für Sicherheitskräfte

Die Herausforderungen für die bayerischen Sicherheitskräfte sind in den vergangenen 12 Monaten massiv gestiegen. Der Freistaat wird jeder Form von Gewalt entschieden entgegengetreten und sämtliche Delikte mit Nachdruck verfolgt. Dies erklärte Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des bayerischen Verfassungsschutzberichts 2014 in München.

Zu den bereits festen Kategorien Rechtsextremismus, Linksextremismus und Rockerkriminalität seien die Bewegungen gegen die Islamisierung des Abendlandes und die Proteste sowie Demonstrationen gegen den Anfang Juni stattfindenden G7-Gipfel hinzugekommen. Hier hoffe der Innenminister zur Verhinderung von geplanten „Protestcamps“ in Garmisch-Partenkirchen auf die Unterstützung der kommunalen Behörden. Im Hinblick auf die Bekämpfung der islamistischen Gewalt habe sein Ministerium 100 neue Stellen geschaffen, 20 beim Verfassungsschutz und 80 bei der Polizei erläuterte Herrmann zusätzliche Maßnahmen. Dies geschehe auch vor dem Hintergrund, dass sich die Zahl gewaltbereiter Salafisten, die Deutschland Richtung syrische, irakische oder libyische Kampfgebiete verlassen haben, in den letzten 15 Monaten auf 680 verdreifacht habe. Aus Bayern stammten

„ist die Aufstockung der Soforthilfe im Jahr 2017 angesichts der aktuellen Steigerungsraten der Sozialausgaben hilfreich und dringend nötig. Sie kann aber nur eine Übergangslösung darstellen, bevor es zu einer stärkeren und vor allem nachhaltigen Entlastung kommt. Die finanziellen Probleme der Kommunen werden vorrangig durch stetig steigende Sozialausgaben verursacht. Diese werden im laufenden Jahr erstmals über 50 Milliarden Euro liegen.“ Ab 2018 wurde im Koalitionsvertrag eine jährliche Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden Euro bei den Sozialausgaben zugesagt. Diese müsse rechtzeitig in dieser Legislaturperiode fest verankert werden, damit die Kommunen damit in ihren Haushalten planen können.

Kommunale Altschulden

Mit Blick auf Beratungen von Bund und Ländern zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen ab 2019 machte Lohse deutlich: „Für viele Städte, vor allem in strukturschwachen Regionen, liegt ein Haushaltsausgleich in kaum zu erreichender Ferne, allen eigenen Anstrengungen zum Trotz. Kommunale Altschulden sind ein Ergebnis des wirtschaftlichen Strukturwandels, einer schwierigen Sozialstruktur und eines unzureichenden Kostenersatzes für von Bund und Ländern übertragene Aufgaben. Dadurch droht ein Attraktivitätsverlust für die Stadt als Wohnort und als Wirtschaftsstandort und es kann eine gefährliche Negativspirale in Gang gesetzt werden. Deshalb brauchen wir Perspektiven, um auch kommunale Altschulden abzubauen zu können. Es geht um die Zukunftssicherung für die Bürgerinnen und Bürger.“ Die Schulden in den kommunalen Kernhaushalten liegen bei rund 130 Milliarden Euro.

Wie Städtetagspräsident Maly abschließend bemerkte, müssten sich alle Vorschläge zur Neuordnung der Finanzbeziehungen daran messen lassen, dass sie die Leistungsfähigkeit der Kommunen nicht ausklammern, sondern stärken. „Das heißt: Kommunen weiter von Sozialausgaben entlasten, ausreichende Investitionen für die Infrastruktur sichern, strukturschwache Regionen besonders fördern sowie zur Lösung der Altschuldenprobleme von Kommunen beitragen.“ DK



Auf der Landestagung der bayerischen Volkshochschulen richteten Landtagspräsidentin Barbara Stamm (Mitte), Präsidentin des bvv und Prof. Dr. Klaus Meisel (links), 1. Vorsitzender des bvv, die Bitte an den Staatssekretär für Bildung und Kultus, Georg Eisenreich, mehr staatliche Mittel für die Aufgaben und Leistungen der Volkshochschulen zur Verfügung zu stellen. Bild: Alescha Birkenholz

Gelingende Integration

69. Landestagung des Bayerischen Volkshochschulverbands in Unterhaching

„Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der interkulturelles Lernen voraussetzt. Es ist notwendig, fremde Kulturen, deren Werte und deren Wahrnehmung zu begreifen. Auch hier leisten die Volkshochschulen einen wichtigen Beitrag. Mit einem eigenen bewährten Lehrgangssystem sensibilisieren sie für den Umgang mit Fremdheit“, betonte bvv-Präsidentin Barbara Stamm bei der 69. Landestagung und Mitgliederversammlung des Bayerischen Volkshochschulverbands in Unterhaching.

Mehr als 100.000 Teilnehmer zählen die bayerischen Volkshochschulen in ihren Deutschkursen und 15.000 international anerkannte Deutschprüfungen wurden 2014 abgenommen. Volkshochschulen unterstützen die Integration in den Arbeitsmarkt mit Information und Beratung, führen Deutschkurse für Flüchtlinge und Zuwanderer und Lehrgänge für interkulturelle Kompetenz durch.

Prof. Dr. Klaus Meisel, 1. Vorsitzender des bvv und Vorsitzender des Landesbeirats für Erwachsenenbildung, kritisierte, dass die Volkshochschulen in den verschiedenen Programmen von Bund und Land nicht die nötige Berücksichtigung finden. Die Flüchtlinge kämen in der Kommune an und die Volkshochschule sei unmittelbar gefordert. Demzufolge müsse sie auch die erste Adresse bei den staatlichen Förderprogrammen sein.

Nach Grußworten von Gastgeber Wolfgang Panzer, Bürgermeister der Gemeinde Unterhaching und Georg Eisenreich, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, hielt der Berliner Migrationsforscher, Publizist und Politikberater Prof. Dr. Klaus J. Bade einen kritischen Vortrag zum Thema „Kulturangst und Willkommenskultur in der Einwanderungsgesellschaft“. Die viel beschworene „Willkommenskultur“ kommt seiner Meinung nach oft nicht über „Willkommenstechnik mit freundlichen Eingliederungshilfen“ hinaus. Willkommenskultur helfe deshalb wenig gegen angstgebrochene Abwehrhaltungen in der Mehrheitsbevölkerung; denn Mentalitäten ändere man nicht durch freundlichere Umgangsformen. Willkommenskultur gehe aber auch an der schon mehrere Generationen im Land lebenden Einwandererbevölkerung vorbei, deren Familien dergleichen in dieser Form nie erfahren haben und provoziere sie zum Teil sogar durch die prononcierte Ansprache von qualifizierten Neuzuwanderern.

Wie Bade darlegte, fehle in der Einwanderungsgesellschaft trotz insgesamt zunehmender Akzeptanz von Zuwanderung und kultureller Vielfalt ein zusammenhalt stiftendes und belastbares Selbstbild mit Visionen für die gemeinsame Zukunft. Willkommenskultur sei kein Ersatz dafür. Vor diesem Hintergrund komme den Volkshochschulen eine wichtige doppelte Funktion zu: „Sie können einerseits im bewährten

Sinne weiterhin beitragen zur Integration von Zuwanderern und zur Vermittlung interkultureller Kompetenz. Sie können andererseits beitragen zur Vermittlung eines noch zu entwickelnden belastbaren, Mehrheits- und Einwandererbevölkerung einschließenden Selbst- und Leitbildes der Einwanderungsgesellschaft im Einwanderungsland Deutschland und im Einwanderungskontinent Europa.“

Laut Bayerns Sozialministerin Emilia Müller werden im Jahr 2015 60.000 neue Asylbewerber in Bayern erwartet. Bei der Aufgabe, diesen Menschen die Grundlage für ihre Integration, nämlich die deutsche Sprache zu vermitteln, seien die Volkshochschulen für das bayerische Integrationsministerium ein absolut wichtiger Partner vor Ort.

Breiten Raum nahmen innerhalb der Landestagung die Leistungen der Volkshochschulen in Sachen Integration ein. Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Staatsministerin Emilia Müller und Migrationsforscher Dr. Klaus Bade würdigten den Beitrag und die verlässliche Partnerschaft der Volkshochschulen. Zu Recht, wie die beispielhafte Präsentation dreier gelungener Praxisbeispiele unterstrich.

Die Vorstellung oblag den Akteuren selbst. Kursleiterin Irene Martius und Fachbereichsleiterin Elisabeth Stein präsentierten das Projekt „Deutschförderung für asylsuchende Menschen“. Solidarität und Hilfsbereitschaft unter der Bevölkerung gegenüber den Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, sind groß. Das Projekt der vhs SüdOst lebt vom Zusammenspiel ehrenamtlichen und professionellen Engagements mit den Kommunen und dem Landkreis. Das Zusammenspiel der Kurse ist ganz auf die Bedürfnisse der Teilnehmer abgestimmt. Wer beispielsweise in seiner Muttersprache lesen und schreiben kann, hat andere Voraussetzungen für Deutsch als Zweitsprache als jemand, dem Schrift weitgehend fremd ist.

Fachbereichsleiter Felice Balletta von der vhs Fürth stellte das „Fürth Modell - BAMF-Intensivkurse für besonders qualifizierte Menschen“ vor. 50 Jahre nach der ersten Einwanderungswelle aus Südeuropa nach Deutschland sind es jetzt wieder diese Länder, die Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt „exportieren“. Dieses Mal sind es oft (Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Korbinian Hillmeier
82290 Landsberied
am 13.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl Engelhard
91725 Ehingen
am 5.5.

Bürgermeister Georg Hölzl
84335 Mitterskirchen
am 8.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Peter Laschka
96268 Mitwitz
am 9.5.

Bürgermeister
Peter Mahl
86694 Niederschönenfeld
am 9.5.

Bürgermeister Harald Schlegel
95482 Gefrees
am 14.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Gleitsmann
96193 Wachenroth
am 13.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Möhring
97491 Aidhausen
am 13.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerald Rost
84177 Gottfrieding
am 1.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Martin Dannhäußer
95473 Creußen
am 9.5.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Großer Besucherandrang beim Wasserkraftforum der Bayerischen Gemeindezeitung in Landshut. □

3. Bayerisches Wasserkraftforum:

Wasserkraft ja bitte!

Über 200 Teilnehmer bei GZ-Fachveranstaltung in Landshut

Als Informationsveranstaltung und Dialogforum etabliert hat sich das Bayerische Wasserkraftforum der Bayerischen Gemeindezeitung, das in seiner nunmehr dritten Auflage in Landshut stattfand. Gut 200 Besucher informierten sich über den neuesten Stand der Technik sowie über politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die die Nutzung der Wasserkraft regeln. Vertreter des bayerischen Wirtschafts- bzw. Umweltministeriums gaben hierzu detailliert Auskunft.

Anfang des Jahres haben die Wasserkraftunternehmen im Freistaat die Initiative „Wasserkraft – ja bitte!“ (www.wasserkraft-ja-bitte.com) ins Leben gerufen, um die Vorteile dieser zuverlässigen und ältesten erneuerbaren Stromquelle ausführlich darzustellen. Mit Repräsentanten der Mitglieder der Initiative zeigte „Wasserkraft – ja bitte!“ in Landshut Flagge und informierte in Vorträgen, im Rahmen einer Ausstellung sowie in persönlichen Gesprächen über die regionalen und lokalen sehr guten Beispiele und Anwendungen, die den

verfügbar und preiswert“, konstatierte Dr. Albrecht Schleich im Namen der Initiative „Wasserkraft – ja bitte!“. Generell genieße die Wasserkraft eine sehr hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Alle bisherigen Umfragen untermauerten diesen Trend.

In Verbindung mit ökologischen Optimierungsmaßnahmen an den Wasserkraftwerksstandorten, beispielsweise zur Fischdurchgängigkeit, würden weitere erhebliche Verbesserungen für die Umwelt erreicht, so Schleich. Die bayerischen Wasserkraftunternehmen böten das ganze Jahr über Besichtigungsmöglichkeiten, Tage der Offenen Tür sowie zahlreiche weitere interessante Aktionen an.

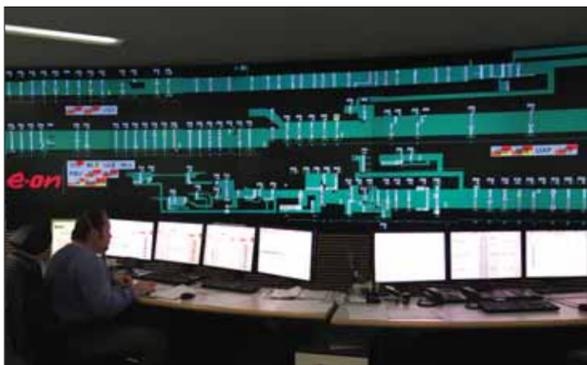
Sonderdoku und Internet

Die Vorträge können im Internet unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de/programm2015/ heruntergeladen werden.

Eine Sonderdokumentation der Veranstaltung veröffentlichen wir in der GZ-Ausgabe Nr. 11, die am 11. 6. erscheint.

vielfältigen Nutzen der Wasserkraft und ihre ökologische Umsetzung in Bayern erlebbar machen.

Partner der Initiative sind aktuell: Die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, Augsburg, die E.ON Kraftwerke GmbH, Landshut, die Grenzkraftwerke GmbH, Simbach, die Rhein-Main-Donau AG, München, die SÜC Energie und H2O GmbH, Coburg, die



Besuch der Zentralwarte von E.ON Wasserkraft in Landshut. □

VERBUND AG, Wien, die VERBUND Innkraftwerke GmbH, Töging, die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V., München, sowie der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW und die Wasserkraftwerke Passau GmbH.

„Unsere bayerische Wasserkraft ist als wichtigste erneuerbare Stromerzeugungsförm in heimischen Energiemix ein Juwel. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu einer zuverlässigen Stromversorgung und damit zur wirtschaftlichen Stabilität in Bayern. Zudem ist sie klimafreundlich, ressourcenschonend, sicher

lich, sowohl für Modernisierungen bzw. Erweiterungen als auch für Neubauten. Auch der Neubau von Wasserkraftanlagen an neuen Querbauwerken unter Berücksichtigung der ökologischen Anforderungen müsse möglich sein.

Besonders schonend für Flora und Fauna sind nach Schmid Darstellung moderne Schachtkraftwerke wie das geplante Loiskraftwerk Großweil. Schachtkraftwerke sind ein innovatives Konzept für eine kosteneffiziente und naturverträgliche Nutzung der Laufwasserkraft, das an der Technischen Universität München (TUM) entwickelt wurde. Es eig-

Liebe Leserinnen und Leser,

mit seinen 31 Städten, Märkten und Gemeinden und insgesamt rund 110.000 Einwohnern ist der Landkreis Mühldorf a. Inn ein ländlich geprägter Landkreis in Oberbayern. Die Nähe zu angrenzenden größeren Städten, insbesondere zur Metropolregion München, birgt Chancen – beispielsweise für Pendler, die im familienfreundlichen Landkreis Mühldorf a. Inn verhältnismäßig günstig bei hoher Lebensqualität wohnen – aber auch Herausforderungen.

Eine besondere Herausforderung ist die Abwanderung junger Menschen, die im Landkreis ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben und sich für eine akademische Laufbahn entschieden haben. Da in Punkto „Hochschulstudienangebote“ der Landkreis Mühldorf a. Inn lange Zeit ein weißer Fleck auf der Landkarte war, mussten diese zukünftigen Fachkräfte ihre Heimat zwangsläufig verlassen, um ein Studium aufzunehmen.

Meist sind diese Studenten auch nach Absolvieren ihres Studiums nicht mehr in den Landkreis Mühldorf a. Inn zurückgekehrt, da sie sich an ihren Studienorten im Laufe der Zeit ein Netzwerk

Lernen vor Ort

an beruflichen und privaten Kontakten aufgebaut haben und dort sesshaft geworden sind. Wie kann also der Abwanderung dieser – gerade für die heimische Wirtschaft wertvollen – Fachkräfte entgegenwirkt werden? Die Antwort: Auch vor Ort müssen attraktive akademische Bildungsangebote verfügbar sein! Dabei ist jedoch wichtig, dass die angebotenen Studiengänge kompatibel mit den regionalen Anforderungen sind, die zukünftigen Absolventen also auch in den heimischen Betrieben „gebraucht“ werden.

Um die Anforderungen an mögliche Hochschulstudiengänge vor Ort herauszukristallisieren, haben wir 2013 im Rahmen des Förderprogrammes „Lernen vor Ort“ eine Absolventenbefragung durchgeführt und auch die regionalen Unternehmen sowie die örtlichen Bildungseinrichtungen mit ins Boot geholt. In diesem engen Abstimmungsrahmen gab und gibt es, um ausbildungs- und berufsbegleitende akademische Angebote in die Region und den Landkreis Mühldorf a. Inn zu holen, seit mehreren

ne sich sowohl für den Kleinwasserkraftbereich als auch für Anlagen im größeren Leistungsbereich und erlaube zudem die Nachrüstung bestehender Querbauwerke.

Und auch die Verbindung von Wind- und Wasserkraft ist Schmid zufolge möglich: Der Naturstromspeicher Gaiddorf in Baden-Württemberg macht den Test – eine Weltneuheit. Das Wasser des Pumpspeicherkraftwerkes im Tal wird unterirdisch in das Bauwerk der Windkraftanlagen gepumpt und wieder entnommen. Die gespeicherte Energie in den Türmen und den Passivbecken der Windkraftanlagen kann eine verlässliche, planbare und an den Verbrauch im Stromnetz angepasste Stromlieferung sichern. Darüber hinaus wird die Anlage einen Beitrag zur benötigten Versorgungssicherheit leisten. Die Druckrohre werden unterirdisch und überwiegend in vorhandenen Wegen verlegt. Die geplante Betriebsdauer der Anlage beträgt mindestens 60 Jahre und kann somit von mehreren Generationen genutzt werden.

In ihrer Begrüßung hatte GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hasel darauf hingewiesen, dass die Wasserkraft die weltweit am meisten genutzte erneuerbare Energiequelle ist. Nach Angaben des Bundesverbandes erneuerbare Energien e.V. erzeugen bereits 7.500 Anlagen in Deutschland Energie durch Wasserkraft.

Nach dem umfangreichen Programm mit knapp einem Dutzend Vorträgen hatten interessierte Gäste die Gelegenheit, die Zentralwarte von E.ON Wasserkraft in Landshut zu besichtigen. E.ON steuert von der Zentralwarte aus derzeit 57 Wasserkraftwerke an fünf Flüssen sowie ein Pumpspeicherkraftwerk in Bayern. Bei Hochwasser wird die Zentralwarte zu einem wichtigen Partner der Katastrophenschutzbehörden, da die dort verfügbaren aktuellen Daten und Pegelstände der Flussabschnitte vorliegen. Die Informationen der Warte dienen somit auch als Grundlage für Entscheidungen zur Bekämpfung des Hochwassers. DK

GZ

Kolumne
Georg Huber

Jahren intensive Planungsgespräche, die im Rahmen unseres Bildungsnetzwerkes – das mit „Lernen vor Ort“ seit 2009 noch intensiver vorangetrieben und noch weiter ausgebaut werden konnte – geführt wurden. Im Oktober 2014 ist es uns schließlich gelungen, im Landkreis Mühldorf a. Inn am so genannten „Campus Südostoberbayern“ gemeinsam mit der Hochschule Rosenheim ein akademisches Angebot anzubieten: den berufs- und ausbildungsbegleitenden Bachelorstudiengang Maschinenbau. Er ist passgenau auf die Bedürfnisse der Region und der Unternehmen vor Ort zugeschnitten und wird sehr gut angenommen. Ab dem kommenden Wintersemester 2015/2016 werden nun zwei weitere Angebote folgen: Der berufsbegleitende Studiengang Betriebswirtschaft sowie der duale Studiengang Pflege – ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Hochschule Rosenheim.

Denn gerade die sozialen Berufe und Studiengänge gewinnen immer mehr an Bedeutung, da durch den demografischen Wandel und die sich verändernde Altersstruktur ein enormer Fachkräftemangel im Pflegebereich droht. Gleichzeitig machen die immer komplexer werdenden Aufgaben eine akademische Ausbildung in diesem Bereich unumgänglich. Ein entscheidender Faktor für die Ausbildung und das Studium im sozialen Bereich ist die enge Verzahnung mit der Praxis. Aus diesem Grund ist der ausbildungstegrierende Bachelorstudiengang Pflege eine Kooperation der Hochschule Rosenheim mit den örtlichen Berufsschulen und kombiniert damit die praktische Ausbildung mit theoretisch fundierten wissenschaftlichen Lerninhalten.

In den kommenden Jahren planen wir in diesem Bereich auch weitere Studiengänge, wie beispielsweise „Pädagogik der Kindheit – Bildung und Sozialmanagement“ (früher: „Elementarpädagogik“), der im Wintersemester 2016/2017 an der Fachakademie für Sozialpädagogik in Starkheim beginnen soll. Unser Ziel ist hier ein „Sozialcampus“ am Standort Mühldorf a. Inn. Nicht nur die jungen Menschen, sondern natürlich auch unsere Senioren werden von der guten Ausbildung im Sozialbereich auf Dauer profitieren!

Wir sind sehr stolz auf unsere bereits bestehenden – und auch zukünftigen – Studiengänge und sind überzeugt davon, dass wir hier den richtigen Weg einschlagen. Wir im Landkreis Mühldorf a. Inn sind überzeugt davon: Bildungsarbeit ist Zukunftsbauarbeit.

Ihr Georg Huber

Landrat des Landkreises Mühldorf a. Inn

WASSERKRAFT

Bayern mit seiner Nähe zu den Alpen muss die Wasserkraft stärker nutzen. Ständig verfügbar und speicherbar ist diese erneuerbare Energiequelle ein Multitalent. Besonders umweltverträglich sind moderne Schachtkraftwerke. Und auch die Verbindung von Wind- und Wasserkraft ist möglich: Der Naturstromspeicher Gaiddorf macht den Test – eine Weltneuheit.

➤ FÜR DIE ENERGIEWENDE
DIE BAUINDUSTRIE GEHT NEUE WEGE.
GEHEN SIE MIT.

Info & Kontakt: www.bauindustrie-bayern.de/energie/wasserkraft



Deutscher Landkreistag:

Spielräume und Zielmarken

Der Deutsche Landkreistag hat sich anlässlich der jüngsten Sitzung der Arbeitsgruppe beim Bundessozialministerium zum Bundesteilhabegesetz für behinderte Menschen dagegen ausgesprochen, zusätzliche Kostendynamik entstehen zu lassen. Laut Präsident Landrat Reinhard Sager „haben Länder und Kommunen die Reform der Eingliederungshilfe vor allem auch mit Blick auf die heutige Ausgabendynamik gefordert. Die nach wie vor anhaltenden jährlichen Steigerungen sind seit Jahren eine große Herausforderung. Auch der bisherige jährliche Kostenaufwuchs muss gebremst werden.“ Bei den Betroffenenverbänden seien unrealistische Erwartungshaltungen geschürt worden, die nicht erfüllt werden könnten.

Nach Sagers Darstellung wenden Landkreise, kreisfreie Städte und Länder bislang insgesamt 14 Mrd. Euro netto für die Eingliederungshilfe auf. Spiel-

raum für Kostensteigerungen bestehe bei den kommunalen Leistungsträgern schlichtweg nicht – Sozialleistungen seien ein wesentlicher Grund dafür, dass die

Entwurf der Krankenhausreform:

Entsetzen bei Kliniken

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) reagierte entsetzt auf den Gesetzentwurf einer Krankenhausreform, den das Bundesministerium für Gesundheit jüngst vorlegte.

Der Referentenentwurf stützt sich auf Eckpunkte, die eine Arbeitsgruppe aus Bundes- und Landespolitikern im vergangenen Jahr erarbeitete. „Einige Vorschläge im Eckpunktepapier, die neue Belastungen für die Kliniken vorsahen, sorgten bereits für Unruhe in den Krankenhäusern“, sagt BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein. Dass man aber alle seit dem vorgebrachten und gut begründeten Anliegen der Krankenhäuser beiseite wischte und die finanziellen Kürzungen sogar noch erweiterte bezeichnet Hasenbein als „Zumutung für alle Krankenhäuser und deren Mitarbeiter“.

Ungerechtigkeiten

Die Kliniken erzürnt besonders, dass die Politik eine Krankenhausreform ankündigt, mit der die Ungerechtigkeiten im Vergütungssystem beseitigt werden sollten. Jahrelang hatten die Krankenhäuser eine gesetzliche Vorgabe kritisiert, die vorschreibt, dass der landesweit einheitliche Behandlungspreis abgesenkt werden muss, wenn die Zahl der Patienten im Vergleich zum Vorjahr steigt.

„Nicht einmal dieses Versprechen wurde vollständig eingelöst. Stattdessen schuf man neue Kürzungsmechanismen und nimmt auch noch die Finanzhilfe in Höhe von 0,8 %, die die Vorgängerregierung noch beschlossen hatte, wieder zurück“, empört sich Hasenbein.

Die neuen Kürzungen im Gesetzentwurf würden die wenigen punktuellen Verbesserungen bei weitem übersteigen. Als völlig überzogen kritisiert die BKG eine ganze Palette von Vergütungskür-

zungen für den Fall, dass die Patientenzahlen ansteigen.

„Mit keiner Silbe wird darauf eingegangen, dass der medizinische Fortschritt, eine alternde Gesellschaft und steigende Ansprüche der Patienten zu einer erhöhten Nachfrage führen. Für all dies nimmt man die Krankenhäuser in finanzielle Haftung.“

Besonderen Wert legt die BKG auf die Feststellung, dass die sogenannte „Qualitätsoffensive“, die die Bundesregierung mit der Reform ausruft, von den Krankenhäusern unterstützt werde. „Die weitere Verbesserung der Qualität liegt in unserem ureigenen Interesse“, sagt Hasenbein.

„Die Krankenhäuser wirken gerne an der sachlich fundierten Weiterentwicklung der schon bestehenden Qualitätsprojekte mit. Mit einem Wust aus realitätsfernen formulierte und überzogenen Kontrollvorschriften bringt der Gesetzentwurf aber nur Misstrauen gegenüber den Kliniken zum Ausdruck.“ Die BKG bezeichnet es als „abwegig“, immer höhere Qualitätsanforderungen zu formulieren und das Hohelied der wohnortnahen Versorgung zu singen, aber gleichzeitig den Krankenhäusern die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen. □

Staat und...

(Fortsetzung von Seite 1) gleich berichtete Kreuzer, dass es von Seite des Freistaats keine Bedenken über die Verteilung der Gelder nach den getroffenen Vereinbarungen gebe. Allerdings wolle man sich zusätzlich in einem Dialog mit allen Bürgermeistern

Gelingende...

(Fortsetzung von Seite 2) hochqualifizierte akademisch ausgebildete Menschen, die in ihrer Heimat keine Aussicht auf eine adäquate Beschäftigung haben. In Deutschland angekommen, wollen sie die Sprache so schnell wie möglich lernen. In den BAMF-Intensivkursen der vhs Fürth bewältigen die Teilnehmer den Stoff von normalerweise 600 Unterrichtsstunden in nur 400 Stunden. Mit dem dabei erreichten Niveau können sie am Alltagsleben in Deutschland teilnehmen. Für eine höhere berufliche Qualifizierung bzw. ein Studium besuchen sie Aufbaukurse Deutsch als Fremdsprache.

„Mütter in Arbeit“

Gabriele Böttcher und Ingrid Ey von den Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschulen im Landkreis Hof führten das Projekt „MiA – Mütter in Arbeit – Beratung für Mütter mit Migrati-

onshintergrund“ durch. Das Projekt wird im Rahmen des Programms „Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steinern ein“ angeboten. Das Programm wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und vom Europäischen Sozialfonds (ESF) der Europäischen Union gefördert.

Viele Mütter mit Migrationshintergrund würden lieber heute als morgen ins Berufsleben einsteigen. Nicht nur, weil sie zum Lebensunterhalt ihrer Familie beitragen wollen, sondern sie fühlen sich auch viel besser in die Gesellschaft eingebunden, wenn sie erwerbstätig sind. Sie profitieren selbst davon, sowie ihre Familien und ganz besonders ihre Kinder. Das Hofer Beratungsmodell fußt auf drei Säulen: Beratung - Qualifizierung - Coaching. MiA arbeitet eng mit externen Partnern aus den verschiedensten Bereichen zusammen (Integrationsnetzwerk, IQ-Netzwerk und andere). DK

Haushalte der Landkreise nicht aus dem roten Bereich herauskommen. „Bei dem neuen Bundesteilhabegesetz handelt es sich um eine neue Aufgabe, die von den Ländern auf die Kommunen übertragen werden müsste. Dabei sind alle Mehrbelastungen auszugleichen“, so der Präsident.

Ausgabendynamik

Ohnehin sei die Vorgabe, keine neue Ausgabendynamik eintreten zu lassen, aus Sicht der Leistungsträger wenig genug. „Der Koalitionsvertrag enthält die Vorgabe, ein modernes Teilhaberecht für behinderte Menschen zu entwickeln, ohne dass eine neue Ausgabendynamik entsteht. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, wenn es darum geht, neue Sozialleistungen oder beispielsweise den Wegfall der Einkommensanrechnung bei der Eingliederungshilfe zu diskutieren. Dafür

besteht kein finanzieller Spielraum“, unterstrich Sager.

Eingliederungshilfe

Schließlich begrüßte er, dass die finanzielle Entlastung der kommunalen Ebene nun unabhängig von der Reform der Eingliederungshilfe erfolgt: „Bei der Eingliederungshilfe handelt es sich um einen ungeeigneten Transferweg für die kommunale Entlastung, denn diese Leistung wird in sieben Ländern nicht oder nur teilweise von den Kommunen finanziert. Uns ist wichtig, dass die kommunale Ebene flächendeckend entlastet wird, damit Städte, Landkreise und Gemeinden endlich wieder im notwendigen Maße Investitionen tätigen können. Neben der Abkoppelung von der Eingliederungshilfe ist vor allem darauf zu achten, dass die versprochene finanzielle Entlastung auch in den Kommunen aller Länder ungeschmälert ankommt.“

Stärkeres Engagement

Mit Blick auf das Spitzentreffen im Kanzleramt am 8. Mai

Schwerpunkt Ausländerrecht...

(Fortsetzung von Seite 1) punkt. Die Frage „deutsch / nicht deutsch“ (und zwar wann bzw. seit wann) spiele bei der Einordnung des Sachverhalts eine maßgebliche Rolle.

Besitzt ein Mehrstaater auch die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Statusdeutscheigenschaft, gehe diese Rechtsstellung nach geltender Rechtslage vor. Um zu rechtlich zutreffenden Ergebnissen zu kommen, seien für die Landesbeamten damit Kenntnisse des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts unerlässlich, so Königbauer.

Bei der staatsangehörigkeitsrechtlichen Prüfung von Sachverhalten stelle sich immer die Frage: Wann und wie wurde die deutsche Staatsangehörigkeit erworben? Und: Ging die Staatsangehörigkeit seit dem Erwerb bis heute bzw. bis zu dem im jeweiligen Fall maßgeblichen Zeitpunkt wieder verloren? Wichtig bei der Fallprüfung ist es Königbauer zufolge, neben dem geltenden auch das alte Staatsangehörigkeitsrecht zu

kennen und anwenden zu können. Anhand praktischer Beispielfälle gab der Vortrag entsprechende Überblick über die Grundsätze des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts sowie über geltenden und frühere Erwerbs- und Verlusttatbestände.

Gabriele Rockinger (Bayerisches Innenministerium) stellte ihrerseits die neuen Regelungen des am 1. November 2015 in Kraft tretenden Bundesmeldegesetzes vor und verwies auf die ergänzenden Regelungen in den verschiedenen Übermittlungsverordnungen im Bundes- und Landesrecht.

Ergänzende Regelungen im Bundes- und Landesrecht

Zu den zentralen Punkten zählen:

- Erstmals sieht das Bundesmeldegesetz nicht nur die Speicherung aktueller Wohnungen im Inland sondern auch von Auslandsanschriften im Melderegister vor. Damit im Ausland lebende Deutsche einen Hinweis auf Wahlen zum Deutschen Bundestag sowie auf Wahlen der Abgeordnete des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland erhält, darf die Meldebehörde entsprechend der Mitteilung der betroffenen Person deren derzeitige Anschrift im Ausland speichern.

- Die Anmeldung muss künftig persönlich erfolgen, die bisherig mögliche gemeinsame Anmeldung von Familien bleibt aber bestehen. Das Verfahren des sog. vorausgefüllten Meldescheins wird ab 2018 bundesweit für alle Meldebehörden verpflichtend vorgeschrieben.

- Die Mitwirkung des Wohnungsgebers wurde wieder eingeführt. Meldepflichtige müssen bei der Anmeldung zusammen mit ihrem Identitätsdokument eine Bestätigung des Wohnungsgebers oder ein entsprechendes elektronisches Zuordnungsmerkmal vorlegen. Damit sollen Scheinmeldungen verhindert und die Meldebehörde über den tatsächlichen Einzug informiert werden.

- Für sog. Sicherheitsbehörden, wie z.B. Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Verfassungsschutzbehörden usw., haben die Meldebehörden zu jederzeit einen automatisierten Abruf von Meldedaten sicherzustellen. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, wird Bayern Abrufe aus dem zentralen Datenbestand der AKDB auch bundesweit zulassen.

- Melderegisterauskünfte an Private unterliegen künftig strengen

fordert der Deutsche Landkreistag zudem ein stärkeres Engagement von Ländern und Bund beim Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sieht im Hinblick auf die Finanzierung der Unterbringungs- und Betreuungskosten zunächst vor allem die Länder in der Pflicht: „Landkreise und kreisfreie Städte, die so gut wie flächendeckend für die Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zuständig sind, werden von den Ländern nicht in ausreichendem Maße ausgestattet. Negativbeispiele sind Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Schleswig-Holstein, die lediglich für maximal drei Viertel der kommunalen Kosten aufkommen. Aber auch die anderen Länder sollten die notwendigen Kosten der Kommunen vollständig ausgleichen.“

Verfahrensbeschleunigung

Darüber hinaus müsse der Bund seinerseits wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Asylverfahren zu beschleunigen.

Zielmarke wäre Henneke zufolge, die Asylverfahren auf drei Monate zu verkürzen, was nur mit einer massiven Personalaufstockung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gelingen könne. Auch sollten gerade Menschen ohne Bleibeperspektive – etwa aus dem Westbalkan – bis zum Ende des Verfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder verbleiben und gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden, um sie dann zügig abzuschicken.

Weitere Entlastung der Landkreise und Städte

Eine weitere Entlastung der Landkreise und Städte bei der Flüchtlingsunterbringung ist nach Auffassung des Hauptgeschäftsführers wichtig, um die Bewältigung des anwachsenden Zuwanderungsstroms wirksam zu unterstützen. Landräte und Oberbürgermeister hätten es mit einer täglich größer werdenden Herausforderung zu tun, die auch immer mehr finanzielle Ressourcen erfordere. Wie Henneke betonte, sei es von daher zwar zu begrüßen, wenn der Bund die Länder in diesem und im nächsten Jahr mit je 500 Mio. Euro unterstützt. Auch sei es hilfreich, wenn der Bund den Ländern bei Fortbestehen der aktuellen Entwicklung weitere Mittel bereitstellt. Allerdings dürfe dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um eine Aufgabe der Länder handelt, für die diese gegenüber den Kommunen in der Finanzierungsverantwortung stehen. DK

oder nichteheliche Abstammung eines Kindes.

Problem Scheinehe

Ausländische Flüchtlinge, so Henrich, versuchten nicht selten, durch eine Scheinehe eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen oder einer Abschiebung zu entgehen. Lange Zeit sei es fraglich gewesen, ob mangels einer entsprechenden Gesetzesgrundlage die Landesbeamten bei Verdacht einer Scheinehe die Trauung verweigern könnten. Die fehlende Rechtsgrundlage sei erst durch das Familienrechtsänderungsgesetz 1998 geschaffen worden.

Schwierigkeiten bereite aber nach wie vor der Nachweis des fehlenden Bindungswillens. Insbesondere bei Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und aus Afrika müsse mit unechten oder gefälschten Ausweispapieren oder sonstigen Dokumenten gerechnet werden. DK

Blitzmarathon ein voller Erfolg

Innenminister Joachim Herrmann zieht Bilanz und kündigt Fortsetzung an

Der im Rahmen des Bayerischen Verkehrssicherheitsprogramms 2020 „Bayern mobil – sicher ans Ziel“ durchgeführte Blitzmarathon war für Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann ein voller Erfolg. Hierbei wurden rund 876.000 Fahrzeuge an mehr als 2.000 Messstellen in Bayern kontrolliert und 25.939 Geschwindigkeitsverstöße festgestellt. Darüber hinaus wurde bei den Kontrollen eine Reihe weiterer Verkehrsdelikte ermittelt, wie z.B. Trunkenheit im Straßenverkehr oder Fahren ohne Fahrerlaubnis. In 52 Fällen wurden Strafverfahren eingeleitet.

„Der Einsatz von ca. 2.000 Polizistinnen und Polizisten hat sich gelohnt“, bilanzierte der Verkehrsminister in München. Vielen Fahrern habe der Blitzmarathon wieder ihr Geschwindigkeitsbewusstsein geschärft. Vor allem Raser gefährdeten sich und insbesondere das Leben anderer. In diesem Zusammenhang erinnerte Herrmann nochmals daran, dass in 2014 auf Bayerns Straßen jeder dritte Getötete auf Raser zurückging (193 von 619 Verkehrstoten). Für die Mehrzahl von ihnen, die trotz Vorankündigung deutlich zu schnell fuhren,

habe er kein Verständnis. Diese Verkehrsschuldigen müssten sich einige Monate als Fußgänger Gedanken über ihr verantwortungsloses Verhalten machen. Die meisten Autofahrer jedoch seien während des Blitzmarathons langsamer unterwegs gewesen.

Abschließend kündigte der Verkehrsminister an, dass im Rahmen des Verkehrssicherheitsprogramms 2020 auch künftig verstärkte Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt würden. Gerade auf Landstraßen sei die Gefahr schwerer Verkehrsunfälle durch zu schnelles Fahren am höchsten. rm

Seit 75 Jahren bestens abgesichert

Die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden feiert Jubiläum
Von Walter Dietsch, Abteilungsleiter BVK Zusatzversorgung

Am 1. April 2015 begeht die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden – BVK Zusatzversorgung – ihr 75. Jubiläum. Als Trägerin der betrieblichen Altersversorgung für Beschäftigte im kommunalen und kirchlichen Dienst zählt sie monatlich ca. 80 Millionen Euro an ihre Rentner aus und trägt damit maßgeblich dazu bei, den Lebensstandard für ihre Versicherten und Rentner zu sichern und zu verbessern. Zuständig für kommunale und kirchliche Arbeitgeber in Bayern und einen Teil von Rheinland-Pfalz betreut die Zusatzversorgungskasse heute ca. 5.700 Arbeitgeber als Mitglieder, ca. 1.284.000 Versicherte und 246.000 Rentner. Sie ist damit die größte kommunale Zusatzversorgungskasse und – nach der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) – die zweitgrößte Zusatzversorgungseinrichtung in Deutschland.

Mit einem Kapitalvermögen von mehr als 17 Milliarden Euro steht sie auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten für eine sichere und zukunftsorientierte Versorgung ihrer Versicherten und Rentner. Als eine von 12 Einrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer, der größten öffentlich-rechtlichen Versorgungsgruppe Deutschlands, nimmt sie auf dem Markt der Altersversorgung und Altersvorsorge unter dem Namen BVK Zusatzversorgung eine herausragende Stellung ein.

Stetige Entwicklung

Als die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden am 1. April 1940 die zusätzliche Altersversorgung für Arbeiter und Angestellte im kommunalen Dienst in Bayern und Teilen der Pfalz übernahm, wurde ein Grundstein für die sichere Altersversorgung dieser Beschäftigten gelegt. Die Entwicklung der Kasse und die Veränderungen ihrer Leistungen waren immer eng mit den gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Dabei änderten sich die rechtlichen Grundlagen und die Gegebenheiten für die Zusatzversorgungskasse immer wieder erheblich. Während die grundlegenden Regelungen zur Versicherung und zur Leistungshöhe stets durch Gesetz oder Tarifverträge geregelt wurden, war es Aufgabe der BVK Zusatzversorgung, diese betriebliche Altersversorgung für ihre Mitglieder finanziell planbar und für ihre Versicherten sicher zu gestalten.

Einziges Zusatzversorgungseinrichtung für den öffentlichen und kirchlichen Dienst

Heute ist die BVK Zusatzversorgung infolge ihrer Fachkompetenz und ihrer finanziellen Solidität die gesuchte und vertrauenswürdigste Partnerin ihrer Mitglieder und Versicherten in allen Fragen der betrieblichen Altersversorgung. Zudem ist sie die einzige Zusatzversorgungseinrichtung für den öffentlichen und kirchlichen Dienst in Deutschland, die in den letzten Jahren – trotz stabiler Leistungen – den Finanzierungsaufwand für ihre Mitglieder reduzieren konnte.

Entscheidungen für die Zukunft

Die Zusatzversorgung für die Beschäftigten des öffentlichen

und kirchlichen Dienstes entwickelte sich im Laufe der Jahre von einer bloßen Ergänzung der gesetzlichen Rente zu einem Gesamtversorgungssystem. Seit 1967 wurde die gesetzliche Rente durch die Leistung aus der Zusatzversorgung so weit aufgestockt, bis eine beamtenähnliche Versorgung erreicht war. Das be-



Reinhard Graf, Leiter der BVG-Zusatzversorgung und Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Versorgungskammer. □

deutete eine grundlegende Sicherstellung des Lebenshaltungsniveaus, welches sich die Versicherten durch ihre langjährige Arbeit erworben hatten. Im Laufe der Jahre stellte sich jedoch heraus, dass sich die Aufstockungsleistungen aus der Zusatzversorgung aufgrund der immer stärkeren negativen Entwicklungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, enorm verteuern würden. Ohne Eingriffe in das Leistungsrecht wäre die Zusatzversorgung für die Mitglieder nicht mehr finanzierbar gewesen. Daher beschlossen die Tarifpartner im öffentlichen Dienst das Gesamtversorgungssystem zum 31. 12. 2001 komplett zu schließen. Zwar blieben die Anwartschaften und Renten erhalten, doch das zukünftige Recht wurde völlig anders ausgestaltet.

Punktemodell

An Stelle der Gesamtversorgung trat ein sog. Punktemodell. Dieses sollte zu einer Abkehr von der bisherigen Umlagefinanzierung hin zu einem kapitaldeckenden System führen. Bis dahin waren alle Renten ausschließlich durch Umlagen finanziert worden, wobei die monatlichen Einzahlungen für die Finanzierung der laufenden Renten verwendet wurden. Durch die anstehenden demographischen Veränderungen in den kommenden Jahrzehnten war jedoch klar, dass bei Fortführung dieser Finanzierungsform auf sehr lange Dauer

hohe Umlagen zu entrichten sein würden. Da der Anteil der Älteren an der Bevölkerung rasch zunehmen wird und sich damit das Zahlenverhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern stetig verschlechtert, hätte der Umlagesatz stark ansteigen müssen. Für die BVK Zusatzversorgung hätten sich dabei Umlagesätze von über 10 % ergeben, die ab dem Jahr 2010 dauerhaft – d.h. über mehrere Generationen hinweg – nötig gewesen wären.

Kapitaldeckung

Mit der Änderung des Systems standen die Zusatzversorgungseinrichtungen in Deutschland vor der Frage, wie sie finanziell die neuen Herausforderungen angehen sollten. Bereits jetzt waren bei einigen Zusatzversorgungseinrichtungen die Umlagesätze so hoch, dass eine zusätzliche Finanzierung mit Beiträgen zu einer kapitalgedeckten Versorgung kaum in Frage kam. War es überhaupt sinnvoll und möglich in eine – wenn auch gegebenenfalls nur teilweise – Kapitaldeckung umzusteigen? Diesen Schritt wollte kaum eine der Kassen wagen.

Kombinierte Finanzierung

Der aus jeweils 16 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern bestehende Verwaltungsrat der BVK Zusatzversorgung beschloss jedoch – auch auf Anraten des Verantwortlichen Aktuars der Kasse – die Kasse in eine (teilweise) Kapitaldeckung zu führen. Dabei wurde eine kombinierte Finanzierung aus Umlagen und kapitaldeckenden Zusatzbeiträgen festgelegt. Mit der Umlage sollten die bereits bestehenden Rentenleistungen und Anwartschaften weiter finanziert werden, während der Zusatzbeitrag für die späteren Rentenleistungen angespart werden sollte. Auf längere Sicht wären eventuelle Kapitalerträge dann auch für die laufende Finanzierung aufzuwenden und sollten so die Mitglieder in ihrem Beitragsaufkommen entlasten.

Kurzzeitige Belastung – langandauernde Erleichterung

Für die Mitglieder bedeutete der Beschluss des Verwaltungsrates zunächst eine große finanzielle Belastung. Neben eine Umlage von 4,75 % trat nun ein Zusatzbeitrag von zunächst 2 %, der sich in den folgenden Jahren bis 2007 auf insgesamt 4 % erhöhen sollte. Andererseits bot das neue Finanzierungsmodell jedoch die Aussicht, den Anteil der Umlage umso mehr reduzieren zu können, je höher der Kapitaldeckungsgrad und damit die daraus resultierenden Kapitalerträge wurden. Da die BVK Zusatzversorgung bereits in den Jahren vor der Systemumstellung Rücklagen gebildet hatte, um die in den nächsten Jahren zu erwartenden Umlageerhöhungen abfedern zu können, konnte der bereits vorhandene Kapitalstock verwendet werden, um weitere Kapitalerträge zu erwirtschaften. Das bereits vorhandene Kapital deckte dabei bereits 30 Prozent der vorhandenen Leistungsansprüche ab und hätte ausgereicht, um alle damaligen Renten für mehr als 10 Jahre zu finanzieren.

Wie sich im Laufe der nächsten Jahre herausstellen sollte, war die Entscheidung des Verwaltungsrates, die Zusatzver-

gungskasse in eine Hybridfinanzierung zu führen, absolut richtig und stellt letztendlich eine große Entlastung für die Mitglieder dar. Der relativ hohe Finanzierungsaufwand mit 4,75 % Umlage und 4 % Zusatzbeitrag war nur für sechs Jahre (2007 bis 2012) erforderlich. Bereits im Jahr 2013 konnte die Umlage um einen Prozentpunkt auf 3,75 % reduziert werden. Anstelle der reduzierten Umlagen konnten nunmehr Teile der Kapitalerträge für die Finanzierung mit verwendet werden. Damit war die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden die einzige Zusatzversorgungseinrichtung in Deutschland, die ihren Mitgliedern eine deutliche und andauernde Reduzierung der finanziellen Belastungen anbieten konnte, während allen anderen Kassen, die weiterhin in der Umlagefinanzierung verblieben waren, ein Ansteigen des Finanzierungsaufwands bevor steht.

Finanziell sicher – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten

Heute – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – steht die BVK Zusatzversorgung finanziell sicher da. Durch die Hybridfinanzierung aus Umlagen, kapitaldeckenden Beiträgen und Erträgen aus Kapitalvermögen ist die BVK Zusatzversorgung weder den Entwicklungen auf den Kapitalmärkten noch der demografischen Entwicklung entscheidend ausgeliefert. Sie kann relativ unabhängig davon alle Leistungen finanzieren und daneben weiterhin Erträge erwirtschaften und dem Vermögen zuführen. Da das vorhandene Kapital von mittlerweile ca. 17 Mrd. Euro nicht angetührt wird, erbringt es an-

sehnliche Kapitalerträge, die teilweise – neben den Umlagen – für die laufenden Rentenzahlungen eingesetzt werden können. So werden die finanzierenden Mitglieder entlastet.

Für die Mitglieder bedeutet das Finanzierungsverfahren der BVK Zusatzversorgung eine große Planungssicherheit, da sie ihre künftigen Belastungen für ihre betriebliche Altersversorgung einschätzen können. Das Vertrauen der Mitglieder in die Finanzierungssicherheit zeigt sich in der stetig anwachsenden Zahl an Versicherten. Damit nimmt die BVK Zusatzversorgung heute – nach 75 Jahren – eine herausragende Stellung auf dem Markt der betrieblichen Altersversorgung ein.

Wertvolle und rentable Altersversorgung

Zwar stellt die Zusatzversorgung für die öffentlichen und kirchlichen Arbeitgeber zunächst einen zusätzlichen Kostenaufwand zu den monatlichen Personalkosten dar. Doch wertvoller und rentabler als die Zusatzversorgung ist kaum eine betriebliche Altersversorgung in Deutschland. Die Versicherten erhalten eine Leistung, als wenn ein Beitrag von 4 % vollständig in ein kapitalgedecktes System eingezahlt und mit 3,25 % in der Ansparphase und mit 5,25 % in der Rentenphase verzinst würde. Würde der Arbeitgeber das Geld nicht für die Zusatzversorgung aufwenden, sondern für eine Bruttoentgelterhöhung, so könnte mit dem daraus resultierenden Nettobetrag im Rahmen einer Lebensversicherung – wenn man die garantierten Leistungen gegenüberstellt – nur eine Rente erreicht werden, die lediglich etwa ein Viertel der Zu-

satzversorgungsleistung beträgt. Damit ist die Zusatzversorgung in heutiger Zeit auch ein wert- und sinnvolles Mittel für die Arbeitgeber zur Personalakquise und Personalbindung.

Aus Tradition eine moderne Einrichtung

Die lange Tradition der BVK Zusatzversorgung, die in vielen Jahren erworbene Kompetenz und das ihr entgegen gebrachte Vertrauen waren für die BVK Zusatzversorgung stets eine große Verpflichtung, sich laufend weiter zu entwickeln. Sie ist heute eine moderne Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung, die Transparenz, Kundenorientierung durch kompetente Beratung und effektive Serviceleistungen bietet, sowie eine sichere und zugleich ertragsbringende Vermögensanlage garantiert.

Sicherheit auf mehreren Säulen

Die anhaltenden Diskussionen um die Absicherung im Alter und die Sicherheit der Versorgung zeigt, wie wichtig es ist, die Altersversorgung auf verschiedene Säulen zu stützen. Angesichts einer alternden Gesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung wird der betrieblichen Altersversorgung als zweiter Säule weiterhin eine unverzichtbare Bedeutung zukommen. Daher ist es wichtig, eine stabile und zukunftsorientierte Zusatzversorgung für die Beschäftigten im öffentlichen und kirchlichen Dienst gewährleisten zu können. Das kann die BVK Zusatzversorgung und steht damit für eine gesicherte Zukunft ihrer Mitglieder und Versicherten. Die sind damit Bestens abgesichert. □

BESTENS
ABGESICHERT.

100
75
BESTENS ABGESICHERT.
SEIT 100 UND 75 JAHREN.

Sicherheit für Generationen –
seit 75 Jahren.



ALS LEISTUNGSSTARKER PARTNER DER KOMMUNEN STEHEN WIR SEIT 75 JAHREN FÜR SICHERHEIT IN DER ALTERSVERSORGUNG.

Im Alter gut versorgt zu sein und den eigenen Lebensstandard zu erhalten – das wünschen wir uns alle. Als größte kommunale Zusatzversorgungskasse haben wir uns genau das zur Aufgabe gemacht und sichern die betriebliche Altersvorsorge von Beschäftigten im öffentlichen und kirchlichen Dienst. Heute vertrauen mehr als 1,5 Mio. Versicherte und Rentner auf unsere Kompetenz, unsere Solidität und die Leistungsstärke, mit der seit 75 Jahren Generationen BESTENS ABGESICHERT sind.

Wir senden Ihnen gerne weiter Informationen zu:

BVK Zusatzversorgung, Denninger Str. 37, 81925 München
Telefon (089) 9235-7400, Telefax (089) 9235-7408
info@bvk-zusatzversorgung.de, www.bvk-zusatzversorgung.de

 **BVK** Bayerische
Versorgungskammer

Harsche Kritik des Bayerischen Sparkassenverbandes:

EZB betreibt Politik auf dem Rücken der Sparer

Zwar können die 71 bayerischen Sparkassen mit ihrem guten Ergebnis für 2014 zufrieden sein, doch wird ihre Zufriedenheit durch die Auswirkungen der Niedrigzinsphase und die weiter wachsende Regulierungsflut im Bankenbereich deutlich getrübt. „Es werden einige schwierige Jahre auf uns zukommen“, stellte Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern in der Jahrespressekonferenz fest. Der Zinsüberschuss, der etwa drei Viertel des Gesamtertrages bringt, werde sinken. Gleichzeitig nähmen die Belastungen aus der internationalen Finanzmarktregulierung zu. Doch die Sparkassen könnten diese Herausforderungen mit den in den vergangenen Jahren gebildeten Substanzreserven sehr gut meistern. Harsche Kritik übte der Sparkassenverband an der Politik der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die EZB-Geldpolitik sei eine empfindliche Störung der langfristigen Sparkultur. Die Erwartung einer länger dauernden Niedrigzinsphase werfe ihre Schatten auf die künftige Ertragsituation der Sparkassen. Die Zinsen, so Netzer, bekämen eine Nullität verordnet. Unter den Nebenwirkungen litten extrem die Sparer und das einfache, aber solide Geschäftsmodell „Sparkasse“, wonach die Institute Einlagen in ihrem Geschäftsgebiet sammelten, daraus Kredite vergaben und so als regionale Finanzdienstleister ihre Aufgabe erfüllten. Wenn sich aber die Zinsspanne zwischen Einlagen- und Kreditzinsen so extrem verringere wie derzeit, könne das Geschäftsmodell nicht angemessen funktionieren.

Folgschwere Niedrigzinspolitik

Die Risiken und Nebenwirkungen der politisch gewollten, aber folgschweren Niedrigzinspoli-

itik der EZB trügen am Ende andere als diejenigen, deretwegen diese Politik gefahren werde. Letztlich entstehe der größte volkswirtschaftliche Schaden bei der Bevölkerung in Europa. Auf dem Rücken der Sparer werde ausgetragen, was die EZB den Staaten zukommen lasse. Die Politik der EZB schüre den Eindruck, dass sich Sparen nicht mehr lohne, und unterminiere damit das System der privaten Altersvorsorge. Das Signal, das die EZB mittelbar an die Sparer sende, sei gefährlich, sagte Netzer.

Alle Sparkassen „gut unterwegs“

Walter Strohmaier, Landesobmann der bayerischen Sparkassen, sieht in den niedrigen Zinsen gar die Gefahr einer Überschuldung, aber auch der strukturellen Veränderung des Regionalbankensystems.

Im Berichtsjahr 2014 waren nach Darstellung des Verbandes die 71 bayerischen Sparkassen

„noch gut unterwegs“. Das addierte Betriebsergebnis vor Bewertung sei mit 1,844 (Vorjahr: 1,826) Milliarden Euro nicht nur zufriedenstellend ausgefallen, sondern sogar besser, als zunächst erwartet.

Steigender Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss stieg auf 3,78 (3,74) Milliarden Euro, der Provisionsüberschuss legte leicht auf 1,06 (1,04) Milliarden Euro zu. Das Bewertungsergebnis im eigentlichen Geschäft fiel deutlich besser aus als 2013. Im Kreditgeschäft lautete es +57 (Vorjahr: -37) Millionen Euro, im Wertpapiergeschäft +58 (-97) Millionen Euro. Dagegen gab es ein sonstiges Bewertungsergebnis von -367 (2013: -228, 2012: -69) Millionen Euro, so dass sich ein gesamter Bewertungssaldo von -252,7 (2013: -359,4; 2012: +20,8) Millionen Euro ergibt. In diesem sonstigen Bewertungsergebnis spiegeln sich die Beteiligungen der Sparkassen wider.

Auf die Beteiligung an der Landesbank mussten 132 Millionen, auf die an der Landesbausparkasse 240 Millionen Euro abgeschrieben werden. Bei der Landesbank werden im laufenden Jahr keine weiteren Abschreibungen erwartet, bei der Landesbausparkasse aber schon. Über deren Höhe wurde noch nichts geäußert.

Aus dem Gewinn haben die Sparkassen 493,9 (368,0) Millio-



Von links: Pressesprecherin Eva Mang, Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Walter Strohmaier, Landesobmann der bayerischen Sparkassen und Vizepräsident Roland Schmautz.

nen Euro Steuern bezahlt, und 58,8 (63,5) Millionen Euro für gemeinnützige Zwecke (Ausschüttungen an die 108 regionalen Stiftungen, Spenden, Sponsoring usw.) aufgewendet. Als Jahresüberschuss werden 341 (338) Millionen Euro ausgewiesen.

Für die Gewährträger soll es nichts geben. In Bayern, so Netzer, sei es keine gängige Praxis, Teile des Jahresüberschusses als Gewinnausschüttung an die Trägerkommunen abzuführen. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die auf die Sparkassen in den kommenden Jahren zukämen, wären Ausschüttungen auch jetzt ein falsches Signal. Auf lange Sicht sei es auch für die Träger nützlicher, wenn Gewinne zur Eigenkapitalstärkung verwendet würden. Ohnehin dürften ausgeschüttete Gewinne nicht der kommunalen Haushaltssanierung dienen. Allerdings gibt es Sparkassen, die Gewinne teilweise an ihren kommunalen Träger ausschütten. Für 2013 etwa hat die Stadt München von der Stadtsparkasse München 5 Millionen Euro erhalten. Ob es auch für 2014 wieder etwas gibt, entscheidet der Verwaltungsrat im April dieses Jahres.

Wachstum durch Kundengeschäft

Die Bilanzsumme der Institute stieg um 2,4 Prozent auf 186 (182) Milliarden Euro. Das Wachstum resultiere vorwiegend aus dem Kundengeschäft und sei realwirtschaftlich unterlegt. Günstige Refinanzierungsmittel über die EZB spielten bei den Sparkassen traditionell keine Rolle. Die Einlagen, zu mehr als drei Vierteln von Privatkunden, nahmen trotz Niedrigzinsen kräftig um 2,9 Prozent auf 146 Milliarden Euro zu. Sie wanderten meist in kurzfristige, aber sichere Sichteinlagen. Im Wertpapiergeschäft zeichnete sich eine Erholung ab mit einem positiven Nettoabsatz von 469 Millionen Euro. Im Vorjahr gab es noch einen negativen Nettoabsatz von 1 Million Euro. Gefragt waren in erster Linie Investmentfonds.

Wohnungsbaukredite stark gefragt

Das gesamte Kreditvolumen legte um 3,1 Prozent auf 116 Milliarden Euro zu. Mit knapp 60 Millionen Euro (+4,21 Prozent) waren Wohnungsbaukredite stark gefragt. Aber auch die gute Wirtschaftslage in Bayern habe sich gezeigt. Netzer: „Im Freistaat wird weiter investiert.“

Künftige Herausforderungen

Als künftige Herausforderungen nannte Netzer die Bewältigung der regulatorischen Anforderungen, die Stärkung des Eigenkapitals, die weitere Kostensenkung, die Finanzierung der europäischen Bankenabgabe und die richtige Reaktion auf das veränderte Nutzungsverhalten der Kunden sowie die Digitalisie-

dem Größe und Risikoprofil berücksichtigen. Außerdem sei eine umfassende Analyse und Überprüfung der überbordenden Regelungen nötig. Nicht selten komme es zu negativen, gegenläufigen oder auch widersprüchlichen Wechselwirkungen verschiedener Vorhaben.

Fürs tägliche Geschäft wünschen sich die Sparkassen Vereinfachungen im Anlagegeschäft. „Warum“, so fragt Schmautz, „gibt es für Kunden keine Möglichkeit, z. B. bei Folgeberatungen auf das Beratungsprotokoll zu verzichten? Und warum sollte man nicht kleine Produkte anbieten können, bei denen kein Beratungsprotokoll und kein Risikobogen ausgefüllt werden muss?“

Im hart umkämpften Markt für Mobil- und Electronic-Payment sehen sich die Sparkassen in führender Position, etwa mit „girogo2012“ für kontaktloses Bezahlen und dem Online-Bezahlverfahren „giropay“. Noch heuer werde man eine schlagkräftige Antwort auf andere Online-Zahlungsdienste geben, kündigte Schmautz an.

Online-Bezahlung speziell für Kommunen

Für Städte, Gemeinden und Landratsämter sind die Sparkassen zum Jahresbeginn 2015 mit einer speziellen Online-Bezahlung an den Start gegangen. Unter dem Namen „girocheckout“, bieten sie, so Schmautz, ein „wettbewerbsfähiges Bezahlverfahren“ an, das die Kommunen und Landratsämter wiederum den Bürgern zur elektronischen Abwicklung von Behördengängen anbieten können. Denn einige Behördengänge einschließlich Bezahlung der anfallenden Gebühren sollen die Bürger künftig auch online erledigen können. Mit dem Einsatz von „girocheckout“ sei gewährleistet, dass das Geld im regionalen Geldkreislauf bleibe und nicht über internationale Konten von großen Internet-Unternehmen fließe. Damit träfen die Sparkassen auch die Interessen ihrer kommunalen Träger. Die bayerischen Sparkassen stünden in der Umsetzung dieses neuen Angebots bundesweit an der Spitze, denn inzwischen werden bereits 110 Landratsämter und kreisfreie Städte auf das System umgestellt. dhg.

Diese Unterstützung gibt es nicht auf Rezept

Bayerische Sparkassen fördern Projekte für chronisch kranke Kinder und deren Familien

Mit einem Betrag in Höhe von 50.000 Euro aus dem Reinertrag des PS-Sparen und Gewinns fördern die bayerischen Sparkassen Projekte des Vereins zur Unterstützung des Dr. von Haunerschen Kinderspitals e.V. und des Fördervereins Kinderpalliativzentrum München e.V. Die Spende überreichte der Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Ulrich Netzer, stellvertretend an Karin Seehofer, Schirmherrin des Fördervereins.

Thomas Barth und Prof. Dr. Monika Führer vom Förderverein Kinderpalliativzentrum München e. V. freuen sich über 25.000 Euro. Weitere 25.000 Euro bekamen Guggy Borgolte und Reiner Becker vom Verein zur Unterstützung des Dr. von Haunerschen Kinderspitals e. V. überreicht.

Der Förderverein Kinderpalliativzentrum München e. V. kann mit der Spende ein Kunstprojekt für Geschwister von Kindern in palliativmedizinischer Behandlung weiterführen, das eine positive Entwicklung der gesunden Kinder fördern und psychischen Problemen vorbeugen soll. „Bei schweren chronischen Erkrankungen können spezialisierte Ärzte- und Pflegeteams, fortschrittliche Therapieverfahren, moderne Technik und neue Medikamente Leben erhalten und die Lebensqualität verbessern. Doch menschliche Zuwendung und kompetente Hilfe sind nicht nur

für die kleinen Patienten, sondern auch für ihre Familien wichtig. Sozial- oder Kunstpädagogen unterstützen deshalb die Kinder und Jugendlichen dabei, ihre besondere Lebenssituation zu verarbeiten“, so Präsident Netzer im Gespräch mit Karin Seehofer und den Spendenempfängern anlässlich der Spendenübergabe im Prinz-Carl-Palais. Weitere Mittel an den Förderverein fließen in die Überarbeitung der Website zu den bayernweiten Versorgungs- und Ausbildungsangeboten von HOME (Hospiz ohne Mauern - ambulante Versorgung von schwerstkranken Kindern zuhause) für die betroffenen Familien, für Kinderärzte und andere Mitarbeiter in Gesundheitsberufen.

Mit insgesamt fast 59 Millionen Euro unterstützten die bayerischen Sparkassen und ihre Stiftungen im Jahr 2014 gemeinnützige Projekte im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. □

Der Unterschied beginnt beim Namen

Wir sind den Menschen verpflichtet: 50 Millionen Kunden mit 50 Millionen unterschiedlichen Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern erklären sie so, dass jeder sie versteht. Da, wo unsere Kunden sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht nur Sicherheit für ihr Geld, sondern

Unterstützung für die ganze Region. Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen in Deutschland. Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln die Lösungen von morgen, weil wir

an Sie und die Zukunft glauben. Schon heute haben wir zum Beispiel die meistgenutzte Finanz-App. Erleben Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und auf www.sparkasse.de wenn's um Geld geht - Sparkasse

Bayerns Landesbank zieht Bilanz:

Große Zuversicht trotz Milliardenverlusts

Das große Aufräumen hat sich für die Bayerische Landesbank (BayernLB) zu einem guten Teil gelohnt, auch wenn als Ergebnis nach Steuern ein Verlust von 1,32 Milliarden Euro ausgewiesen wird. Vor Steuern betrug der Fehlbetrag 348 Millionen Euro. Im Vorjahr hatte es noch vor Steuern einen Gewinn von 639 und nach Steuern von 131 Millionen Euro gegeben. Doch ist dieser „Absturz“ vor der Tatsache zu sehen, dass die Bank im Berichtsjahr 2014 die Altlasten in ihrer Bilanz weitgehend, aber keineswegs komplett, bereinigt hat. Der seit einem Jahr amtierende Vorstandsvorsitzende Johannes-Jörg Riegler sieht, wie er in der Bilanzpressekonferenz sagte, die Bank in einer guten Ausgangsposition für die Zukunft. Und Bayerns Finanzminister Markus Söder ließ am Rande per Infoblatt mitteilen, die Bank sei jetzt gesund und stabil.

Riegler untermauerte seinen Optimismus mit dem Hinweis, dass 2014 im Kerngeschäft der Gewinn vor Steuern kräftig um 41 Prozent auf 669 Millionen Euro gesteigert werden konnte und die Landesbank insgesamt an den Freistaat 1,8 Milliarden Euro zurückgezahlt habe. Dennoch ist die Bank noch längst nicht aller Sorgen ledig, was mit dem verkorksten Deal mit der österreichischen Hypo Group Alpe Adria (HGAA) zusammenhängt. Hier hat die Landesbank noch – juristisch umstrittene – Milliardenforderungen gegen den österreichi-

schen Staat und deshalb ihre gesamte Risikoversorge um mehr als 1 Milliarde auf 1,5 Milliarden Euro erhöht. Im reinen Kerngeschäft konnte dagegen die Vorsorge von 208 Millionen auf 68 Millionen Euro zurückgefahren werden.

Altlasten

Die wesentlichen Gründe für den Fehlbetrag von 1,3 Milliarden Euro liefern die Altlasten. So konnte die seit Jahren verlustreiche ungarische Tochterbank MKB nur mit einem Verlust von 1,07 Milliarden Euro endlich verkauft

werden. Eine gewisse Entspannung brachte der Verkauf „zu einem günstigen Dollarkurs“ des ABS-Portfolios, in dem toxische Wertpapiere im Volumen von 6,4 Milliarden Euro deponiert waren.

Doch das Hauptproblem bleibt das Debakel in Österreich. An die gescheiterte ehemalige Hypo Group Alpe Adria (HGAA), die von der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) inzwischen in die Abwicklungsgesellschaft Heta Asset Resolution umgewandelt wurde, hat die Landesbank noch Forderungen von etwa 2,4 Milliarden Euro. Da die FMA für die Heta ein Schuldenmoratorium verkündet, also sämtliche Zahlungen gestoppt hat und einen Schuldenschnitt anstrebt, hat die Landesbank auf ihre Forderung vorsorglich nach Steuern 1,3 Milliarden Euro abgeschrieben, „so dass wir angemessen und ausreichend“ vorgesorgt haben.

Doch diese abgeschriebene Forderung will die Landesbank keineswegs aufgeben. In mehreren juristischen Auseinandersetzungen

gen, so vor Gerichten in München und Wien, wird die Rückzahlung der entsprechenden Kredite weiterhin „mit allen juristischen Mitteln“ verfolgt. Die Landesbank sieht in diesem Streit für sich eine gute Rechtsposition. Der Umgang der österreichischen Regierung mit den Gläubigern der ehemaligen HGAA sei, so sieht sie es, in jeder Hinsicht inakzeptabel und rechtswidrig.

Massive Schiefelage

In der Mitteilung von Söder, die vor der Pressekonferenz verteilt wurde, heißt es: „Das Verhalten Wiens ist in Europa einmalig und einem Rechtsstaat nicht angemessen. Die massive Schiefelage der Heta geht komplett auf das Konto des österreichischen Managements.“ Riegler sprach in der Diskussion vom „kreativen Verhalten“ Österreichs, das vor Gericht in Europa nicht durchzuhalten sein werde. Wien wolle die Rahmenbedingungen nach seinem Geschmack verändern. Europa müsse Wien zur Raison rufen und dafür sorgen, dass es auf eine rechtsstaatliche Basis zurückfinde.

Dass Österreich unrechtmäßig und nicht europakonform versuche, sich seiner Schulden zu entledigen, schade schon heute sehr seinem internationalen Ansehen und seiner Glaubwürdigkeit. Da inzwischen auch etliche andere Banken in Deutschland von den Problemen mit der HGAA betroffen sind, fordert der Dachverband „Deutsche Kreditwirtschaft“ in einem Brief die Bundesregierung auf, bei der Europäischen Kommission gegen das Verhalten Österreichs vorstellig zu werden. Auch die Landesbank selbst hat sich inzwischen mit Brüssel ins Benehmen gesetzt. Riegler wurde

noch deutlicher. Die Österreicher hätten die Politikerkaste, von der sie derzeit regiert werden, nicht verdient. Er hoffe sehr, dass man bald mit vernünftigen Leuten wieder ordentlich reden könne. „Wir jedenfalls verschließen uns keinen vernünftigen Gesprächen“, sagte er.

Im Zuge des Verkaufs des ABS-Portfolios hat die Landesbank rund 1,8 Milliarden Euro an Beihilfen, die ihr vor Jahren das Überleben sicherten, an den Freistaat zurückgezahlt. Auf Druck der EU muss die Bank bis 2019 noch weitere 2,3 Milliarden Staatshilfen zurückzahlen, also etwa so viel, wie sie von Österreich zurückforderte.

Riegler ist sicher, dass die Bank heuer, wie vorgesehen, aus dem laufenden Gewinn 480 Millionen Euro werde leisten können, denn er geht davon aus, dass es 2015 im Kerngeschäft „ein Ergebnis auf dem guten Niveau von 2014“ geben wird. Diese Aussage wird dadurch unterstützt, dass auf die „solide Eigenkapitalquote auf 12,8 Prozent“ bei einer Bilanzsumme von 232 (255) Milliarden Euro verwiesen wird.

Gutes Kernergebnis

An der Zuversicht ändert sich nicht, dass wegen der Niedrigzinsen die Pensionsrückstellungen deutlich erhöht werden mussten. Der Rechnungszins wurde von 3,5 auf 2,5 Prozent reduziert. Die daraus resultierende Belastung sei bereits im Ergebnis berücksichtigt, versicherte Riegler. Den Konzernverlust von 1,32 Milliarden Euro werden die Eigentümer (Freistaat Bayern 75, Bayerischer Sparkassenverband 25 Prozent) in der Form mit tragen müssen, dass ihre stille Beteiligung entsprechend gesenkt und später dann aus Gewinnen wieder aufgefüllt wird.

Zum guten Kernergebnis hat beigetragen, dass der Zinsüberschuss trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus und des gesunkenen Geschäftsumfanges mit 1,671 (Vorjahr: 1,679) Millionen Euro stabil gehalten werden konnte, der Provisionsüberschuss um 18 Prozent auf 249 (211) Millionen Euro stieg und der Verwaltungsaufwand um 11,5 Prozent auf 1,171 Millionen Euro gedrückt wurde. Die Cost-Income-Ratio (CIR = Verhältnis Aufwand zum Ertrag) konnte auf sehr gute 49,7 (54,0) Prozent gedrückt werden. Zum Kostensenkungsprogramm von 2013 gehörte auch der „einvernehmliche Abbau“ von 440 Vollzeitstellen. Was die Kostensenkung angeht, „liegt aber noch ein gutes Stück Wegstrecke vor uns“, sagte Riegler.

Deutlich über dem Vorjahreszeitraum lag das Immobiliengeschäft mit einem Vorsteuerergebnis von 180 (89) Millionen Euro. Im Sparkassengeschäft hat die Landesbank ihre Kundenverbindungen auch zu den außerbayerischen Sparkassen ausgebaut. Sie betreut jetzt bundesweit 400 Institute (in Bayern gibt es 71 Sparkassen).

Erfreulich entwickelte sich die Tochter DKB – Deutsche Kreditbank AG, die inzwischen 3 Millionen Privatkunden betreut und 189 (170) Millionen Euro zum Vorsteuerergebnis beigetragen hat. Riegler ist nicht nur mit dem Kernergebnis für 2014 zufrieden, sondern auch für 2015 zuversichtlich. Die Bank, die vor allem den Mittelstand im Fokus hat, rechnet mit einer soliden geschäftlichen Entwicklung und setzt auf Wachstum. Als „Bayerische Bank für den deutschen Mittelstand“ will sie Konkurrenten wie der Deutschen Bank, der Hypo Vereinsbank und anderen Instituten Kunden abspenstig machen. **dhg**

Stiftungsfachtagung 2015 in Berlin:

Neue Markenpositionierung Sparkasse

Ganz im Zeichen der neuen Markenpositionierung Sparkasse stand die Stiftungsfachtagung der Sparkassen-Finanzgruppe in Berlin. Als Institute der Sparkassen-Finanzgruppe, die zu meist das Sparkassen-S in ihrem Logo tragen und ein Instrument des gesellschaftlichen Engagements der Sparkassen darstellen, sind Sparkassenstiftungen Teil der Marke Sparkasse. Aber wie können sie sich in den Prozess der Neupositionierung einbringen? Welchen Stellenwert haben Sie? Wo sind auch Grenzen zu ziehen? Sowohl in Plenumsvorträgen als auch in Fachthemensitzungen wurden diese Fragen diskutiert.

Daneben wurden in insgesamt 16 Fachthemen-Sitzungen Fragen rund um das Stiftungsmanagement behandelt. In Zeiten niedriger Zinsen haben Fragen nach Vermögensanlage und dem Umgang mit dem Stiftungskapital eine besondere Bedeutung. So würden zum Beispiel alternative Anlagemöglichkeiten für Stiftungen aufgezeigt. Aber auch Themen wie Compliance, rechtliche Rahmenbedingungen und Rechnungslegung für Stiftungen sowie die Unterstützung der Arbeit durch Stiftungssoftware standen auf dem Programm.

DAVID-Preis

Anregungen für die fördernde und operative Arbeit von Stiftungen gaben wie jedes Jahr Beispielprojekte sowie die Preisträgerprojekte des DAVID, der zum bereits zehnten Mal im Rahmen der Stiftungsfachtagung verliehen wurde. Mit dem DAVID-Preis für kleinere Stiftungsprojekte der Sparkassen-Finanzgruppe zeichnet der Deutsche Sparkassen- und Giroverband besonders wirkungsvolle Projekte der rund 740 Sparkassenstiftungen aus, deren gezielt eingesetztes Budget von bis zu 25.000 Euro eine große Wirkung für das Gemeinwohl erreichen.

Dazu zählt das in der Kategorie „Operatives Projekt“ ausgezeichnete Konzept „... und Deine Welt - (un)bekannte Dinge von gestern und heute. Ein Workshop für zwei Generationen“ der SK Stiftung Kultur der Sparkasse KölnBonn. Das Projekt reagiert auf den Umstand, dass sich unsere Alltagskultur ständig verändert und mit ihr die Dinge, die uns umgeben. Gegenstände, die gestern noch aktuell waren, verschwinden plötzlich aus unserem Leben – neue tauchen auf. Im Workshop

wurden diese Gegenstände ergründet und geteilt und ein Archiv der vergessenen oder unbekanntesten Dinge erschaffen.

Zehn Schülerinnen und Schüler im Alter von 12 und 13 Jahren und acht ältere Menschen zwischen 55 und 77 Jahren arbeiteten eine Woche lang kreativ miteinander und begaben sich auf eine Zeitreise von der Gegenwart in die Vergangenheit und wieder zurück. Mitgebrachte Alltagsgegenstände, wie zum Beispiel ein Butterstampfer oder ein Tabletstift, wurden mit Hilfe von Fotokameras, Tablet-PCs und Zeichnungen von Hand unter Leitung der Künstlerinnen Johanna Reich und Pauline M'barek kombiniert und mit Sprachaufnahmen zu einem Trickfilm verarbeitet. Das Projekt diente gleichzeitig der Förderung des Generationendialogs sowie der Kreativität, Medienkompetenz und Persönlichkeitsentwicklung aller Generationen.

Sindelfinger Märchenbuch

In der Kategorie „Geförderte Projekte“ siegte das „Interkulturelle Sindelfinger Märchenbuch“ der Kulturstiftung Kreis Sparkasse Böblingen. Schranken und Berührungängste vor dem Fremden und vor Menschen anderer Kulturen abbauen – dies möchte das Interkulturelle Sindelfinger Märchenbuch erreichen. Ziel ist es, dass die kulturelle Vielfalt nicht als Bedrohung, sondern als eine Bereicherung wahrgenommen wird. Dies gilt sowohl für die kleinen Projektteilnehmer als auch für die Leser des Buches.

Am Anfang stand das Projekt „Ali Baba trifft Baba Jaga“. Daran waren Kinder aus 25 Nationen aus der Kita und Grundschule Sindelfingen-Goldberg beteiligt und es gab den Anstoß

für die Umsetzung eines interkulturellen Märchenbuchs. Dazu malten und illustrierten Kinder aus verschiedenen Nationen mit viel Freude und Begeisterung ihre Lieblingsmärchen aus der ganzen Welt. Von Vietnam über die Türkei bis nach Brasilien ging die Märchenreise. Die Märchen wurden von Theaterpädagogen vorgelesen und den Kindern in einem gemeinsamen Theaterprojekt näher gebracht. Bei der Abschlussveranstaltung, zu der außerdem noch landestypische Leckereien mitgebracht wurden, wurden die Märchen aufgeführt. Alle Projektteile, die Märchen, die internationalen Kochrezepte, Fotos der beteiligten Kinder und eine Märchenlandkarte wurden im dem Buch zusammengefasst. Sie machen es bunt, vielfältig und lebendig. Schließlich wurde von den Kindern noch ein Märchenpfad angelegt, auf dem sich die Protagonisten der Märchen in Mosaikbildern begegnen. Das Projekt ist ein kreativer Beitrag zur Völkerverständigung und kann in anderen Städten mit multikultureller Gemeinde aufgegriffen werden.

Chorwettbewerb

DAVID-Gewinner in der Kategorie Sonderpreis wurde schließlich das Projekt „Chorwettbewerb“ der Sparkassen-Stiftung Groß-Gerau. Laienchören regelmäßig eine Plattform zu verschaffen, um ihr Talent darzubieten – dies strebt der Chorwettbewerb der Sparkassen-Stiftung Groß-Gerau an. Mit dem Projekt sollen dem Laienchorwesen Anreize für eine qualifizierte, musikalische Basisarbeit gegeben werden. Konsequente Nachwuchsarbeit zielt auf den Fortbestand der Traditionsvereine ab. Musikalisch steht die Pflege des Volksliedes und der zeitgenössischen Chormusik im Vordergrund.

Das Großprojekt findet seit 1990 im dreijährigen Rhythmus statt. An der 9. Auflage im Jahr 2014 nahmen 41 Chöre teil, die in zehn Chorgattungen sangen und an einem Wochenende gegeneinander antraten. **DK**



Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolios. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ▶ Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

Bayern LB

Landkreis Fürth startet Bevölkerungswarnsystem

Warnsystem KATWARN informiert ab sofort per Smartphone-App und Mobiltelefon über Katastrophen und Unwettergefahren im Landkreis

Der Landkreis Fürth hat Ende April das Warn- und Informationssystem KATWARN in Betrieb genommen. Landrat Matthias Dießl drückte gemeinsam mit Barbara Schick, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern, Ortwin Neuschwander, Leiter Verbindungsbüro Politik und Wirtschaft vom Fraunhofer-Institut FOKUS, und dem ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein sowie Kreisbrandrat Dieter Marx den symbolischen Startknopf.

Ab sofort informiert KATWARN bei Gefahrensituationen wie z.B. Großbränden oder Bombenblindgängern im Landkreis, aber auch bei extremen Unwettergefahren. Das Warnsystem steht

allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlos als Smartphone-App zur Verfügung.

„KATWARN bietet eine schnelle und direkte Information bei Gefahren. Ich freue mich, dass das

Warnsystem nun auch allen Einwohnern des Landkreises Fürth zur Verfügung steht“, so Landrat Matthias Dießl bei der Einführung.

Als Ergänzung zu den bestehenden Warnsystemen wie Radio- oder Lautsprecherdurchsagen von Behörden, Polizei oder Einsatzkräften bietet KATWARN den Feuerweh- und Rettungsleitstellen die Möglichkeit, sich gezielt an die Bürgerinnen und Bürger zu wenden. Zum Beispiel mit Warnhinweisen wie: „Großbrand – Warnung der Feuerwehr, für die Gemeinde Zirndorf, öffentliche Plätze verlassen, Fenster geschlossen halten.“

Funktionen

Innerhalb des Landkreises bietet KATWARN Warnungen und Verhaltenshinweise für den aktuellen Standort, zusätzlich können je Nutzer zwei zusätzliche Postleitzahl-Gebiete ausgewählt werden. Diese Auswahl kann zu jeder Zeit aufgehoben, angepasst und bei Bedarf ausgeschaltet werden. Alternativ steht KATWARN mit eingeschränktem Funktionsumfang auch für Warnungen per

SMS oder E-Mail zur Verfügung.

Barbara Schick, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern: „Als traditionell stark der Region verbundenes Versicherungsunternehmen und als der Kommunalversicherer in Bayern unterstützen wir seit Jahrzehnten Einrichtungen, wie z.B. die Feuerwehren, und Lösungen, die dazu beitragen Schäden zu vermeiden oder zu vermindern. Mit unserer Beteiligung an KATWARN und durch unsere langjährige Zusammenarbeit mit dem Institut Fraunhofer FOKUS bieten wir eine weitere Möglichkeit, Menschenleben und materielle Werte zu schützen.“

Kosten

Entwickelt wurde KATWARN vom Fraunhofer-Institut FOKUS. Die technische Plattform wird von der Versicherungskammer Bayern gemeinsam mit allen Öffentlichen Versicherern in Deutschland zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Einführung von einmalig 15.000 Euro und jährlich 3.000 Euro für den Betrieb sowie die Kosten für das Versenden der Kurznachrichten trägt der Landkreis Fürth. KATWARN ist bereits an verschiedenen Orten in Deutschland im Einsatz, zum Beispiel in der bayerischen Landeshauptstadt München, den bayerischen Landkreisen Aschaffenburg, Deggendorf und Altötting sowie in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin.

Infos zu KATWARN unter: <http://www.katwarn.de> □

Bayerisches Hauptmünzamt:

Entwicklung einer innovativen fälschungssicheren Münze

Bundeskabinett beauftragt Bayern und Baden-Württemberg

„Das Bayerische Hauptmünzamt hat mit der Tri-Material-Coin eine Neuheit entwickelt: eine fälschungssichere Münze. Sie bietet eine ideale Lösung für die weltweit notwendige Erhöhung der Münzsicherheit. Das Hauptmünzamt hat sich damit ein neues Geschäftsfeld erschlossen“, freute sich Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder über die Entscheidung des Bundeskabinetts.

Dieses beschloss am 29. April, im Jahr 2016 in erster Auflage Münzen mit einem Nominalwert von gesamt 10 Millionen Euro mit dem Motivthema PLANET ERDE herauszugeben - auf Basis einer vom Bayerischen Hauptmünzamt und den Staatlichen Münzen Baden-Württemberg mit entwickelten hoch innovativen Münze. Das besondere an der Münze ist ihre Zusammensetzung: sie besteht aus drei Komponenten: zwischen einem „Kern“ und einem Ring - jeweils aus Kupfer-Nickel - ist ein Ring aus einem „intelligenten“ Polymer. Geprägt werden sollen zwei Millionen Sammlermünzen mit einem Nennwert von 5 Euro.

Produktinnovation

Das dem Finanzministerium unterstellte Hauptmünzamt war zusammen mit den Staatlichen Münzen Baden-Württemberg der wesentliche Träger dieser Produktinnovation. Sie zeichnet sich durch eine deutlich höhere Fälschungssicherheit und eine gute Erkennbarkeit durch die Bevölkerung aus. Ausschließlich diese beiden Münzstätten sind Mitpatentinhaber der neuen Technologie zur Fügung der Münze. Gefügt werden die Münzen je zur Hälfte in Bayern und Baden-Württemberg.

Diese Produktinnovation

TRX, Slackline, Power-Plate, Zumba usw.) bereit, ohne feste Zeiten und offen für alle Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren, die gemeinsam Sport erleben wollen.

Weitere Informationen unter: www.postsv.de □

übertrifft alle bisher bekannten Sicherheitselemente von Münzen weltweit. Sie birgt neben dem für die Automaten-sicherheit wichtigen Übergangswiderstand und der guten Erkennbarkeit durch die Bevölkerung weitere technische und gestalterische Besonderheiten. Zu den Münzeigenschaften gehören: chemische Beständigkeit, Temperaturbeständigkeit, UV-Beständigkeit, Leitfähigkeit, Waschbeständigkeit, niedrige Verschmutzung der Prägestempel und mechanische Eigenschaften. Für die Deutsche Bundesbank gab neben der hohen technischen Sicherheit insbesondere die gute Erkennbarkeit durch die Bevölkerung den Ausschlag für die Empfehlung zu dieser Münzinnovation.

Neue Technologie

Für die Massenproduktion des Fügens der drei Komponenten (zwei Metallteile und ein ultraleichter Polymerring) hat das Bayerische Hauptmünzamt zusammen mit den Staatlichen Münzen Baden-Württemberg und der Firma Schuler eine neue Technologie für das Vorprodukt der fertigen Münze erarbeitet, das auch an die anderen deutschen Münzstätten Berlin und Hamburg zugeliefert wird.

Positive Effekte

Durch die führende Rolle im Entwicklungsprozess sowie durch die Mitpatentinhaberschaft sind für das Bayerische Hauptmünzamt positive Effekte für das immer wichtiger werdende Auslandsgeschäft möglich. □



Startschuss für KATWARN im Landkreis Fürth. Der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (v.l.), VKB-Vorstand Barbara Schick, Landrat Matthias Dießl, Kreisbrandrat Dieter Marx und Ortwin Neuschwander, Fraunhofer FOKUS. Bild: VKB

Königsklasse der Umweltbildung

Bayerische Sparkassen unterstützen BayernTourNatur 2015

Landschaftliche Schönheit, großer Naturreichtum und eine einmalige Artenvielfalt kennzeichnen Bayern als Urlaubsland und Öko-reiseziel Nr. 1 in Deutschland. Mit der mittlerweile 15. BayernTourNatur können die Teilnehmer auf Entdeckungsreise gehen und in die Welt der Naturwunder eintauchen.

Diese etwas andere Art der Erkundung heimischer Flora und Fauna soll die Naturkenntnis der interessierten Gäste erweitern, verbundene Zusammenhänge aufzeigen sowie die Achtung gegenüber der Natur stärken. Das vielfältige und häufig kostenlose Veranstaltungsangebot kann zu Fuß, mit dem Boot, Rad oder auch Pferd wahrgenommen werden und ist auf jedes Alter, jeden Geschmack und jede Fitness ausgerichtet.

Die BayernTourNatur wird unter der Ägide des Bayerischen Umweltministeriums von Vereinen, Verbänden, Umweltbildungseinrichtungen, Kommunen und Einzelpersonlichkeiten getragen. Ein wichtiger Teil der Förderung kommt von den bayerischen Sparkassen im Rahmen ihres gesellschaftlichen Engagements. Die BayernTourNatur ist dabei kein Einzelbeispiel. 2014 betrug die Förderleistungen der bayerischen Sparkassen für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen in der Region insgesamt 59 Mio. Euro.

Beim offiziellen Startschuss in München wies Umweltministerin Ulrike Scharf darauf hin, dass der Freistaat mit der BayernTourNatur seit 15 Jahren in der Königsklasse der Umweltbildung spielt. „Rund 7.000 Veranstaltungen pro Jahr bringen den Menschen die Vielfalt unserer bayerischen Natur näher“, informierte Scharf. Die Aktionen finden bayernweit von April bis Oktober statt. Die BayernTourNatur schlägt dabei eine Brücke zwischen Abenteuer im Grünen, Umweltwissen und Bewegung. Ein Großteil der Veranstaltungen wird von Ehrenamtlichen kostenlos angeboten und durchgeführt. Scharf: „Bayern ist Ehrenamtsland. Die stillen Helden rücken die Schönheiten vor der eigenen Haustüre ins Rampenlicht. Alle sind eingeladen, an diesem Erlebnis teilzunehmen.“

Ein besonderer Schwerpunkt der 15. Auflage ist die Natur in der Stadt. Scharf: „Unsere Städte sind vielerorts grüne Oasen. Natur und Wildnis finden sich auch mitten in der Stadt. Im Nymphenburger Park in München lassen sich rund 180 Vogelarten beobachten.“ Mit Führungen durch grüne Hinterhöfe, Expeditionen in Fledermauskellergewölben und speziellen Burgführungen bietet die BayernTourNatur vielfältige Einblicke für Kinder und Erwachsene. Sie ist eine wesentliche Säule der Umweltbildung in Bayern.

Auch in Unterfranken wird eingeladen zu Begegnungen ganz besonderer Art. Die ersten Touren in Unterfranken starteten bereits am Osterwochenende Anfang April.

Interessierte konnten dabei Faszination Natur pur erleben. Alle Landkreise und die Kreisfreien Städte Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg waren, wie in den Vorjahren, mit einer Vielzahl von Wanderungen, Exkursionen und Spaziergängen dabei.

Im Oberallgäu bieten das Generationenhaus Kaufbeuren e.V. und das Städtische Wasserwerk Kaufbeuren aktuell eine Wanderung auf dem Via Aqua an. Dieser Themenwanderweg schlängelt sich durch die traumhaft schöne Landschaft des Voralpenlandes, oberhalb des Stadtteils Oberbeuren. Entlang des sieben Kilometer langen Rundwanderweges können die Teilnehmer mehr über die Geschichte der städtischen Wasserversorgung und die Trinkwassergewinnung erfahren.

Die Natur im Unterallgäu entdecken kann man im Rahmen von mehr als 200 Veranstaltungen. Dazu zählen „Unterwegs am Allgäuer Sternenhimmel“ in der Allgäuer Volkssternwarte Ottobeuren und eine Führung im Naturlehrgarten in Mindelheim.

Gärten sind Orte zum Wohlfühlen und zur Besinnung, zur Versorgung mit Lebensmitteln und Heilkräutern, zur Begegnung mit Menschen, Pflanzen und Tieren. Zu einer geführten Reise durch den Meditations- und Kräutergarten lädt das Zentrum für Umwelt und Kultur Benediktbeuern ein.

Attraktive Veranstaltungen bietet auch heuer wieder das Umwelt- und Grünflächenamt der Stadt Rosenheim an. Zum Beispiel wird erklärt, wie die „Verwandlung“ von Blumennektar zu Honig vor sich geht. Das und vieles mehr zeigt und beantwortet die Imkerin Dr. Irene Stäbler und gewährt interessante Einblicke in ihre Bio-Imkerei.

Im Rahmen des naturpädagogischen Angebots „Naturerlebnis Vilsau“ und „Naturerfahrungsraum Rettenbach“ veranstaltet die lokale Agenda 21 der Stadt Vilsbiburg schließlich einen Naturerlebnis- und Informationsnachmittag. Alle Interessierten, besonders aber Familien mit Kindern, sind eingeladen bei verschiedenen Rallyes, Vogel- Fisch- und Kräutertouren sowie vielfältigen kreativen Angeboten mitzumachen und die heimische Artenvielfalt zu entdecken.

Alle Angebote sind unter www.bayerntournatur.de zu finden. Unter www.stmuv-mobil.bayern.de gibt es zudem eine Gratis-App, die mobilen Nutzern eine passgenaue Tourauswahl für den jeweiligen Standort ermöglicht. **DK**

DBRS bestätigt Floor-Rating von A (high)

Die kanadische Ratingagentur DBRS hat die Floor-Ratings für die Sparkassen-Finanzgruppe in Höhe von A (high) für langfristige, und R-1 (middle) für kurzfristige Verbindlichkeiten erneut bestätigt. DBRS bewertet die Kreditwürdigkeit aller Sparkassen, Landesbanken und Landeshausparkassen mindestens mit A (high). Das Rating ist unmittelbar kapitalmarktfähig.

Insgesamt haben sich 411 Sparkassen sowie die Landesbank Saar und die LBS Saar die Ratings zuweisen lassen. DBRS stellt dabei weiterhin auf die Stärke des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe und das solide Geschäftsmodell der Sparkassen sowie die Gesamtbedeutung der Gruppe für den deutschen Bankensektor ab.

„Das Rating bestätigt erneut, dass trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase die Sparkassen über ein stabiles und zukunftssicheres Geschäftsmodell verfügen“, sagte Georg Fahrnschön, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Das DBRS-Rating wurde im Rahmen der turnusmäßig durchgeführten Ratingüberprüfung erstellt. Darüber hinaus verfügt die Sparkassen-Finanzgruppe bereits über ein Rating von Moody's (Aa2) und von Fitch (A+). □

Post SV Augsburg:

Errichtungsurkunde für die Post SV-Stiftung unterzeichnet

Jetzt ist es offiziell: Mit ihrer Unterschrift unter die Stiftungsurkunde riefen Heinz Krötz, Präsident Post SV Augsburg, und Cornelia Kollmer, Vorstandsmitglied der Stadtparkasse Augsburg, die „Post SV-Stiftung“ in der „HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg“ ins Leben. Der Post SV Augsburg plant den Bau eines Sportparks, der über die neue Stiftung dauerhaft unterstützt werden soll. Die Stiftung hat den Zweck, den Sport, die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu fördern sowie die Altenhilfe und Mildtätigkeit zu unterstützen.

„Heute ist ein besonderer Tag für den Breitensport. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit unserem neu gewählten Stiftungsrat und bedanke mich bei der Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg sowie der Deutschen Stiftungstreuhand“, sagt Heinz Krötz. Die Post SV - Stiftung wird mit einem Stiftungskapital von ungefähr 500.000 Euro ausgestattet. „Wir planen nun, das Stiftungskapital über Zustiftungen weiter aufzustocken, um unsere Ziele mittelfristig umzusetzen und nachhaltig zu fördern“, erläutert Krötz.

Langfristige Förderung

Die Post SV-Stiftung wird im „HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg“ geführt. Die Beratung bei einer Zustiftung übernimmt die Stadtparkasse Augsburg. Damit haben potentielle Unterstützer nun die Möglichkeit, neben einer Mitgliedschaft oder einer Spende, die Ideen und Projekte des Post SV im Bereich des Sports, unter anderem bei der Nachwuchsarbeit oder der Trainerausbildung, langfristig durch eine Zustiftung zu fördern. Zustiftungen können zu jeder Zeit und ab einem Betrag in Höhe von 5.000 Euro erfolgen. Auch Nachlassstiftungen sind möglich. Die „HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg“ bietet ebenso die Möglichkeit, eine Stiftung im eigenen Namen zur Förderung der Stiftungsziele über den Verein Post SV Augsburg einzurichten.

Der Stiftungsrat beschließt die

Verwendung der finanziellen Mittel. Die Post SV Delegiertenversammlung bestätigte im März 2015 den Stiftungsrat, der sich aus Präsident Heinz Krötz, Roman Still, Vorstand AVAG Holding SE, und Klaus Gronewald, TV-Sportmoderator, zusammensetzt.

Finanzielle Spielräume

„Für uns steht die nachhaltige Entwicklung des Breitensports und des Ehrenamtes in unserem Verein sowie die nachhaltige Förderung eines innovativen Sportparks in Augsburg im Vordergrund“, sagt Roman Still, Vorsitzender des Stiftungsrates. Bereits Ende 2014 wurde die „Post SV-Stiftung“ in der „HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg“ gegründet. Aus den Stiftungserlösen wird die Arbeit der Post SV - Stiftung beständig durch jährliche Zuwendungen gefördert und finanzielle Spielräume eröffnet.

Leuchtturmprojekt

Der Bau eines innovativen und umweltfreundlichen Sportparks ist das Leuchtturmprojekt und ein Fanal gegen das Vereinssterben. „Für den Breitensport in Augsburg wird eine moderne und auf innovative Sportarten ausgerichtete Sportstätte entstehen“, erläutert Krötz. Dabei gehen die Verantwortlichen neu Wege. Fachlich und pädagogisch speziell ausgebildetes Personal steht sowohl für traditionelle als auch für „junge“ FUN-Sportarten mit Erlebnisfaktor (z. B. Bouldern,

Wirtschaftsministerin Aigner:

Riesige Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Bayern hat beste Perspektiven

Um den Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns optisch zu unterstreichen, aber vermutlich wohl auch mit Blick auf ihre Positionierung in der Frage der Seehofer-Nachfolge, nachdem sich ihr Konkurrent, Bayerns Finanzminister Markus Söder, in einer Gondel vor dem Schloss Nymphenburg präsentiert hatte, wählte Ilse Aigner, Bayerns Ministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, für die Jahrespressekonferenz ihres Hauses die 19. Etage der Schwabinger Highlight Towers. Und dort in der Höhe konnte sie durchaus mit positiven Nachrichten aufwarten, so mit der Ankündigung von 2,2 Prozent Wachstum im laufenden Jahr. Sie musste allerdings auch einräumen, dass der freistaatliche Glanz ein paar Kratzer abbekommen hat. Mit Blick vor allem auf die SPD kündigte sie an, Bayern werde „nicht nachlassen, wirtschaftsfeindliche Aktionen der großen Koalition zu hintertreiben“.

Mit der rhetorischen Frage, warum Bayern so erfolgreich und durch die bayerische Wirtschaftspolitik so gut aufgestellt sei, leitete die Ministerin ihre „guten Nachrichten“ ein. Im Vergleich mit den anderen deutschen Ländern finde sich der Freistaat einmal mehr in der Spitzengruppe, denn seine Wirtschaftsleistung sei, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), nach 0,8 Prozent im Jahre 2013 im Berichtsjahr 2014 um 1,8 Prozent gestiegen und damit um 0,2 Prozentpunkte stärker als das Wachstum im Bundesdurchschnitt. Besonders fiel Bayerns Wachstum in der Land- und Forstwirtschaft mit 6,6 Prozent und im Baugewerbe mit 3,1 Prozent aus.

Längerfristige Perspektive

Vor allem in der längerfristigen Perspektive zeige sich, wie robust und dynamisch die bayerische Wirtschaft dastehe. Seit dem Vorkrisenjahr 2008 habe Bayerns Wachstum real 9,7 Prozent betragen. Damit liege der Freistaat weit vor allen anderen Bundesländern

und mit großem Abstand über dem Bundesdurchschnitt von 3,9 Prozent. Auf den Plätzen in diesem Zeitvergleich folgen Berlin (7,6 Prozent), Niedersachsen (5,9), Baden-Württemberg (5,5), Sachsen (5,2), Rheinland-Pfalz (4,9), Thüringen (4,8), Schleswig-Holstein (3,4), Brandenburg (2,3), Mecklenburg-Vorpommern (0,8), Nordrhein-Westfalen (0,5) und Bremen (0,4). Negative Entwicklungen in dieser Zeit verzeichneten Sachsen-Anhalt (-0,6), Hamburg (-0,6), Hessen (-1,0) und das Saarland mit -2,0 Prozent.

Wirtschaftsleistung

Sieht man sich allerdings die Rangfolge bei der Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 allein an, ist Bayern zwar immer noch in der Spitzengruppe, aber dort mit 1,8 Prozent nur auf Platz vier hinter Baden-Württemberg (2,4), Berlin (2,2) und Sachsen (1,9). Doch bügelte Ilse Aigner dieses Ergebnis mit der Anmerkung nieder, diese Reihenfolge sei keineswegs ein Ausdruck bayerischer Schwäche,

sondern habe gute Gründe. Berlin als Stadtstaat könne man mit Bayern nicht vergleichen. Würde man die Bundeshauptstadt mit München vergleichen, sähe man schnell, dass der Aufschwung in der bayerischen Metropole und nicht in Berlin zu finden sei. Sachsens Wachstum sei Ausdruck eines Aufholprozesses. Und wer sich die bescheidenen baden-württembergischen Wachstumszahlen der letzten Jahre ansehen, müsse kennen: Auch dort musste der schon oft angekündigte Aufschwung endlich mal ankommen.

Wohl in Anspielung auf ihren Kabinettskollegen Söder betonte sie, sie sei zwar kein Freund von allzu großer Prahlerei, aber es sei doch durchaus eine Leistung, sich von einem Spitzenniveau aus noch einmal zu verbessern. In Schulnoten ausgedrückt, so die Ministerin, sei es leichter, sich von einer 5 auf eine 4 zu verbessern als von einer 1 auf eine 1 mit Sternchen.

Das solide und langfristige Wachstum zahle sich für die Menschen in ganz Bayern aus durch höhere Einkommen und niedrigere Arbeitslosigkeit. Nach Aigners Angaben ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Lande auf mittlerweile 39.601 Euro gestiegen. Das sei der höchste Wert in allen deutschen Flächenländern. Und bei der Arbeitslosenquote liege Bayern mit 3,8 Prozent an der Spitze aller Bundesländer vor Baden-Württemberg (4,0) und Rheinland-Pfalz (5,4). Die Quote für ganz Deutschland beträgt 6,7 Prozent. Am Ende rangieren Mecklenburg-Vorpommern (11,2), Ber-

lin (11,1), Bremen (10,9) und Sachsen-Anhalt mit 10,7 Prozent.

Angesichts des festen wirtschaftlichen Fundaments und der aktuellen Konjunkturindikatoren ist Bayerns Wirtschaftsministerin auch für dieses Jahr optimistisch und erwartet „mindestens 2,2 Prozent Wachstum“. Bayern werde wieder besser sein als der Rest. Das habe nicht nur mit der Leistungsbereitschaft der Bevölkerung zu tun, sondern auch mit der Wirtschaftspolitik im Freistaat. Zu ihren Zielen zähle, in nahezu allen Regionen des Freistaates Vollbeschäftigung zu erreichen.

Schon jetzt bewege sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit mehr als 5 Millionen auf Rekordniveau. 2015 sei damit zu rechnen, dass in 40 Prozent der bayerischen Landreise und kreisfreien Städte bei einer Arbeitslosenquote von unter 3 Prozent faktisch Vollbeschäftigung erreicht werde.

Hohe Attraktivität

In das laufende Jahr sei Bayern noch besser gestartet als in das Vorjahr. Und dennoch lägen die offenen Stellen der bayerischen Unternehmen auf einem Rekordhoch. Aigner: „Der Aufschwung ist da und die Chancen auf dem bayerischen Arbeitsmarkt sind riesig. Bayern hat beste Perspektiven.“ Auch deshalb werde es trotz des demographischen Wandels bis 2032 mehr Zuwanderung als Abwanderung im Freistaat geben. Dies sei ein klares Zeichen für die Attraktivität des gesamten Landes.

Bei all den positiven Nachrichten verhehlte die Ministerin nicht, dass es auch Unsicherheiten und Herausforderungen gibt, der sich die Wirtschaftspolitik stellen müsse. So könnten der schwache Euro und die niedrigen Ölpreise, die

derzeit die Konjunktur beflügeln, sich ändern und das Gegenteil bewirken. Bundes- und Landesebene müssten aktiv dazu beitragen, dass sich der Aufwärtstrend fortsetze. Vor allem auf Bundesebene sehe sie Handlungsbedarf. Nach den vielen sozialpolitisch motivierten Maßnahmen der großen Koalition müsse nun ganz klar das Augenmerk wieder auf eine wirtschaftsfreundliche Politik gelegt werden.

Belastender Mindestlohn

Als belastend sieht Aigner den Mindestlohn, der laut Normenkontrollrat die Wirtschaft „mit rund 100 Milliarden Euro belastet“ und praktikabler ausgestaltet werden müsse, und die Rente mit 63, die die Sozialkassen stärker belaste als befürchtet. „Wir müssen für die Wirtschaft Flexibilität erhalten, wo immer es geht, um die Standortattraktivität zu sichern und bei den privaten Investitionen wieder auf ein höheres Niveau zu kommen.“ Deshalb plädiere sie für die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zu energetischen Gebäudesanierung, für bessere steuerliche Rahmenbedingungen für Wagniskapital, mittelfristig für den Abbau von Soli und kalter Progression und eine großzügigere Erbschaftsteuer-Regelung.

Ilse Aigner will Bayern zum attraktivsten Standort für Gründer machen und zusätzliche Impulse vor allem für technologieorientierte Start-ups setzen. Als Initiativen nannte sie den Wachstumsfonds Bayern, der über seine Hebelwirkung bei den 250 Millionen Euro staatlichen Ko-Investments seit diesem Frühjahr mehr Wagniskapital für die Wachstumsphase jun-

ger Start-ups schaffe, und das Programm „Werk 1.Bayern“, das der Kristallisationspunkt für den Internet- und Medienstandort Bayern werden solle. Außerdem kündigte die Ministerin an, dass sie im Rahmen der Strategie „Bayern Digital“ weitere bayernweit wirksame Instrumente finden werde.

Digitalisierung

Die Digitalisierung sei das zweite Aktionsfeld für die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Sie biete enorme Chancen in allen Wirtschaftsbereichen und allen Landesteilen, die unbedingt genutzt werden müssten. Der Leuchtturm „Zentrum Digitalisierung Bayern (ZD.B)“ in Garching bündele Forschung, Kooperation/Wissenstransfer und Gründerförderung. ZD.B biete Themenplattformen zu allen Schlüsselfeldern der Digitalisierung. Außerdem gebe es zur Digitalisierung passgenaue Angebote für den Mittelstand, unter anderem durch eine Informationskampagne Industrie 4.0 und Sensibilisierungsmaßnahmen zur IT-Sicherheit. Einzelheiten dazu werde sie in einer Regierungserklärung zur Digitalisierung bekannt geben.

Als weitere Ziele nannte die Ministerin, in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wobei man „von einem Nord-Süd-Gefälle bei einem Abstand der Arbeitslosenquote von nur mehr 1,2 Prozentpunkten zwischen dem besten und schlechtesten Regierungsbezirk im Jahresdurchschnitt 2014 nicht wirklich sprechen kann“. Dennoch will sie die Regionalförderung weiter vorantreiben. Ziel sei der flächendeckende Ausbau von Forschungseinrichtungen und ein intensiver Wissens- und Technologietransfer. **dhg**

„Kundeneinlagen bei Instituten geschützt“

DSGV-Mitgliederversammlung beschließt einstimmig Neuregelung des Sicherungssystems

Die Mitglieder des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) haben in Berlin einstimmig eine umfassende Neuregelung des gemeinsamen Sicherungssystems zwischen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen beschlossen. Damit soll die bisherige Institutssicherung um eine Einlagensicherungsfunktion ergänzt werden. Ein entsprechender Antrag auf Anerkennung wird an die zuständige Bankenaufsicht gestellt.

Auch künftig bleibt es bei dem präventiven Institutssicherungssystem für Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen. Durch umfassende und gezielt ergänzte Instrumente des Risikomonitorings, Transparenzpflichten im Verbund, frühzeitige Eingriffsrechte bei wirtschaftlichen Fehlentwicklungen und mögliche gegenseitige Unterstützungen sollen Schiefereien bei den angeschlossenen Instituten verhindert und damit ein Einlagensicherungsfall vermieden werden. Durch dieses Verfahren sollen auch künftig die gesamten Geschäftsbeziehungen zu den Kunden umfassend geschützt werden.

Nachdem der europäische Rechtsrahmen zulässt, dass ein solches Institutssicherungssystem auch die Funktion der gesetzlich vorgeschriebenen Einlagensicherung erfüllt, wird das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe um die entsprechenden Anforderungen ergänzt. Damit ist im Einlagensicherungsfall jeder Kunde von Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen pro Institut abhängig von seiner Einlagenhöhe mit bis zu 100.000 Euro abgesichert.

Die Mitglieder des DSGV einigen sich mit dem Beschluss

auch auf eine Beitragsverteilung für die Aufbringung der nunmehr aufgestockten Sicherungsmittel. Dabei werden die Sparkassen 49,4 Prozent, die Landesbanken 44,1 Prozent und die Landesbausparkassen 6,5 Prozent tragen. Sollten künftig wegen steigender Volumina der gesicherten Einlagen weitere Sicherungsmittel notwendig werden, so werden diese durch die jeweilige Institutengruppe innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe aufgebracht.

Sicherungseinrichtungen

Die Funktion der Institutssicherung nehmen wie bisher die bereits vorhandenen Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe wahr: die beim DSGV angesiedelte Sicherungsreserve für die Landesbanken, der beim DSGV angesiedelte Sicherungsfonds für die Landesbausparkassen und die elf regionalen Sparkassenstützungsfonds für die jeweiligen Sparkassenregionen. Für den durch die frühzeitige und effektive Institutssicherung gerade zu vermeidenden Fall einer Einlagensicherung würde der DSGV zentral die Sicherungsfunktion für die gesamte Gruppe wahrnehmen und könnte zur Befriedigung von betroffenen

Anlegern nach einem klar geregelten Verfahren auf alle vorhandenen Sicherungsmittel der Gruppe zugreifen.

Bedeutende Neuregelung

Das erweiterte Sicherungssystem soll mit Wirkung zum 3. Juli 2015 in Kraft treten und vollzieht die Anforderungen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie und des deutschen Einlagensicherungsgesetzes nach, das sich derzeit noch in der abschließenden Gesetzesberatung befindet und ebenfalls zum 3. Juli 2015 in Kraft treten soll.

Schiefereien vermeiden

DSGV-Präsident Georg Fahrnschön sprach von einer bedeutenden Neuregelung: „Wir werden die gewohnt hohe Sicherheit für die Kunden von Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen auch künftig gewährleisten können. Unser Ziel ist es, auch künftig über frühzeitige institutssichernde Maßnahmen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe wirtschaftliche Schiefereien bei Instituten zu vermeiden und damit den jetzt gesetzlich neu geregelten Fall einer Einlagensicherung gar nicht eintreten zu lassen. Durch die Aufstockung der unmittelbar vorhandenen Sicherungsmittel entstehen den Instituten Belastungen, die aber über den Zeitablauf gut bewältigt werden können. Dabei ist eine faire Lastenverteilung innerhalb der Gruppe gelungen.“ □



LBS
Bausparkasse der Sparkassen

LBS-Bausparen für Kommunen

Dauerhaft günstige Zinsen, planbar und flexibel!



**Die wirtschaftlich sinnvolle
Finanzierungsalternative.**

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Münchner Bank eG:

Solide Basis für eine erfolgreiche Zukunft

„Auch in Zeiten von Niedrigzinsen, verschärfter Regulatorik und der rasanten technischen Entwicklung blickt die Münchner Bank eG auf ein insgesamt zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2014 zurück“, so das Fazit von Peter Heinrich, Vorstandsvorsitzender der Münchner Bank eG, auf der Bilanz-Presskonferenz. Die Genossenschaftsbank steigerte ihr Gesamtergebnis um 26,0 Prozent, der Bilanzgewinn erhöhte sich um 49,2 Prozent. Trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds konnte das Zinsergebnis mit einem Plus von 7,5 Prozent abschließen.

Auf dieser soliden Basis blickt die Münchner Bank eG nach vorne und richtet ihren Vertrieb noch stärker am Kunden aus. Kern der optimierten Ausrichtung ist, die Betreuung und Beratung für die Kunden weiter zu stärken und so gleichzeitig die Ertragschancen für die Bank zu erhöhen. In den kommenden Monaten steht das genossenschaftliche Kreditinstitut

darüber hinaus im Fokus ihres Zukunftsprojekts „Münchner Bank 2020“. Am Ende des Projekts steht eine angepasste Strategie, die die Münchner Bank eG wetterfest für die Zukunft macht.

Anlageplus in Niedrigzinszeiten

Die Bilanzsumme der Mün-

chner Bank eG verringerte sich im Geschäftsjahr 2014 geringfügig um 0,6 Prozent auf 3,32 (3,34) Mrd. Euro. Ursächlich hierfür war ein leichter Rückgang im Kredit- und Einlagengeschäft. So lag das bilanzielle Einlagevolumen mit 2,78 (2,82) Mrd. Euro 1,4 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Die verbrieften Verbindlichkeiten reduzierten sich auf 11,7 (25,9) Mio. Euro, die Termineinlagen auf 185,7 (236,0) Mio. Euro und die Sichteinlagen (inklusive Geldmarktkonten) auf 1,94 (1,97) Mrd. Euro. Insgesamt ist der Trend zu kurzfristig verfügbaren Anlagen ungebrochen.

Das außerbilanzielle Kundenanlagevolumen – bestehend aus

Bausparverträgen, Versicherungen und Wertpapieren – erhöhte sich um 5,8 Prozent auf 1,24 (1,18) Mrd. Euro. Insgesamt stieg das betreute Kundenanlagevolumen (bilanziell und außerbilanziell) um 0,7 Prozent auf 4,02 (4,00) Mrd. Euro.

Das bilanzielle Kundenkreditvolumen reduzierte sich um 4,9 Prozent auf 2,43 (2,56) Mrd. Euro. Das Volumen für mittel- bis langfristige Kredite ging auf 2,02 (2,08) Mrd. Euro zurück, das Volumen für kurzfristige Kredite auf 416,0 (475,6) Mio. Euro. Ursächlich hierfür waren insbesondere geplante Rückführungen von höheren Losgrößen im gewerblichen Immobilienkreditgeschäft.

Gutes Zinsergebnis

Unter den durch die EZB bedingten anhaltenden Niedrigzinsen leiden nicht nur Sparer. Auch die Banken haben die Folgen dieser Politik zu tragen und befinden sich in einer Ausnahmesituation. Trotz dieser erschwerten Marktbedingungen konnte die Münchner Bank eG ihr Zinsergebnis um 7,5 Prozent auf 70,7 (65,8) Mio. Euro steigern. Das Provisionsergebnis wuchs um 1,2 Prozent auf 22,0 (21,8) Mio. Euro. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Sach- und Personalaufwand) erhöhten sich um 2,6 Prozent auf 68,1 (66,4) Mio. Euro.

Das Gesamtergebnis vor Steuern stieg kräftig um 26,0 Prozent auf 29,6 (23,5) Mio. Euro. Damit wird der Vertreterversammlung am 18. Mai 2015, vorbehaltlich der Gremienentscheidung, ein Bilanzgewinn in Höhe von 14,8 (9,9) Mio. Euro – das entspricht einem Plus von 49,2 Prozent – vorgeschla-

gen, der in die Gewinnverwendung einfließt.

Aus dem Jahresergebnis werden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie den Rücklagen 14,3 Mio. Euro zugeführt. Die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote der Münchner Bank eG belief sich auf 13,3 Prozent und lag damit deutlich über der gesetzlichen Mindestanforderung von 8,0 Prozent.

Noch mehr Kundennähe: Fortschritt durch Qualität

Der persönliche Kontakt zum Kunden und eine vertrauensvolle und kompetente Finanzberatung stehen für das erfolgreiche Geschäftsmodell der Münchner Bank eG. An diesem hält das Institut auch in Zukunft fest. Gerade in Zeiten von Niedrigzinsen und einem hohen Kostendruck ist die Nähe zum Kunden wichtiger denn je. Ziel ist, die Kunden zukünftig noch umfassender zu beraten und zu betreuen.

Fortschreitende Digitalisierung

Seit April 2015 setzt die Münchner Bank eG in ihren Filialen zusätzliche Spezialisten aus den Bereichen Vermögensanlage und Baufinanzierung ein und stärkt so ihr flächendeckendes Filialnetz mit noch mehr fachlicher Qualität vor Ort. Die fortschreitende Digitalisierung sieht die Bank im Rahmen ihrer Omnikanalstrategie als sinnvolle Ergänzung zur klassischen Beratung. Noch voraussichtlich in diesem Jahr wird die Münchner Bank eG eine virtuelle Filiale im Internet eröffnen. So kann der Kunde wählen, auf welchem Weg er mit seiner Bank in Kontakt treten möchte.

Den aktuellen Herausforderungen in der Finanzbranche – wie die anhaltende Niedrigzinspolitik, die fortschreitende Digitalisierung, neue Wettbewerber, die Demographie sowie die verschärfte Regulatorik – begegnet die Münchner Bank eG mit dem Zukunftsprojekt „Münchner Bank 2020“. Es beinhaltet, wie das Kreditinstitut mit ihrem genossenschaftlichen Geschäftsmodell in den kommenden Jahren strukturell aussehen muss und wie es im Markt agiert. Wichtige Eckpunkte dabei sind die bessere Verzahnung von Online- und Offline-Welten, die Verschlankung von Prozessen, die Realisierung von Einsparpotenzialen sowie die Reduzierung von hoher Komplexität, indem gesetzliche und interne Kontrollvorgaben so einfach und verständlich wie möglich abgebildet werden.

Moderates Wachstum

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die Münchner Bank eG ein moderates Wachstum. Die Kreditvergabe an Privatkunden wird voraussichtlich nur wenig ansteigen, während der Wohnungsbau – vor allem im Ballungszentrum München – seine Expansion fortsetzen dürfte. Die Kreditnachfrage der Firmenkunden dürfte sich dagegen wohl wieder beleben. Die Entwicklung auf der Einlagenseite wird von der anhaltenden Niedrigzinsphase wesentlich beeinflusst werden. Insgesamt erwartet die Münchner Bank eG einen unverändert harten Wettbewerb im Kundengeschäft, für den sie mit ihrem Geschäftsmodell und ihrer Kunden- und Produktphilosophie gut aufgestellt ist. □

DStGB-Positionspapier:

Keine Umsatzsteuer bei kommunalen Kooperationen!

Wegen vielerorts zurückgehender Einwohnerzahlen fällt es immer mehr Städten und Gemeinden schwer, die notwendigen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger schnell, effizient und preiswert zu erbringen. Hier haben sich Kooperationen zwischen den Gemeinden bewährt, wie zum Beispiel beim Winterdienst, bei der Grünpflege oder bei der Kinderbetreuung. Auch gemeinsame Strukturen für den Tourismus, gemeindeübergreifende Verwaltungs- und Organisationsstrukturen oder gemeinsame Ämter sind Erfolgsmodelle. „Dieses darf nicht durch Umsatzsteuerpflichten erschwert oder sogar verhindert werden. Es besteht die große Gefahr einer deutlichen und zusätzlichen Belastung der Menschen durch die Hintertür“, heißt es in einem Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Bisher ist der sinnvolle Austausch von Leistungen zwischen Kommunen nicht umsatzsteuerpflichtig. Im Koalitionsvertrag wurde den Kommunen zugesagt, dass diese Rechtslage fortbestehen wird. Dementsprechend war auch zunächst ein Gesetzesentwurf vorgesehen, der jetzt jedoch auf Eis liegt und derzeit offenbar nicht weiterverfolgt wird. Damit droht auf all diese Leistungen eine 19-prozentige Umsatzsteuer. Diese müssten laut Papier letztlich die Bürgerinnen und Bürger tragen, ohne dass sie dafür eine bessere Leistung erhalten würden. Nach Schätzungen handelt es sich bundesweit um einen Milliardenbetrag. Gleichzeitig würde das berechnete und richtige Interesse der Kommunen durch mehr Kooperation besser, effizienter und preiswerter zu werden, konterkariert.

Die jüngste Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) gehe im Ergebnis davon aus, dass eine juristische Person des öffentlichen Rechts immer unternehmerisch tätig ist, sofern sie auf privatrechtlicher Grundlage (z. B. durch Verwaltungsakt) aus, unterliegt diese der Umsatzsteuer, wenn die Tätigkeit im Wettbewerb zu Privaten erfolgt. Auch Beistandsleistungen – also Konstellationen, bei denen eine Kommune einzelne Leistungen für eine andere Kommune gegen Kostenerstattung erbringt – seien steuerpflichtig, sofern es sich um Leistungen handelt, die auch von Privatbietern erbracht werden können.

Die sogenannten Beistandsleistungen werden in unterschiedlichster Form von den Städten und Gemeinden praktiziert. Solche Unterstützungsleistungen kann in Form der Erfüllung hoheitlicher Tätigkeiten, in Form der Erfüllung von Hilfsdiensten oder Teilaufgaben erfolgen, die selbst keinen hoheitlichen Charakter haben (z.B. Personalgestaltung, Datenverarbeitung). Gerade für die entgeltlichen Beistandsleistungen und damit auch für die interkommunale Zusammenarbeit hat die

Entwicklung in der Rechtsprechung laut DStGB erhebliche Folgen. Im Ergebnis werde die zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen zwingend gebotene Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Einheiten über den Weg des Umsatzsteuerrechts faktisch unterbunden.

Vor dem Hintergrund der unsicheren Rechtslage würden schon jetzt manche Kooperationen, die in der Planung sind, nicht umgesetzt. Viele heute aufgebaute Zusammenarbeitsformen werden im Falle einer Umsatzsteuerpflicht künftig nicht mehr kostengünstig betrieben werden können. Städte und Gemeinden müssten ihr gesamtes Leistungsspektrum auf bestmögliche Leistungen überprüfen. Folgende Bereiche könnten betroffen sein:

- Die gemeinsame Personalverwaltung (Beihilfearbeitung) gegen Kostenerstattung oder Personalgestaltungen.
- Kostenerstattungen (Gastschulbeiträge) für den Besuch von Schulen, Volkshochschulen und Musikschulen durch Schüler anderer Gemeinden.
- Die Überlassung der Nutzung der Sporthalle an eine andere Gemeinde für Zwecke des Schulsports.
- Der gemeinsame Betrieb von Rechen- und Callcentern gegen anteilige Kostentragung (zum Beispiel D115)
- Der Bauhof der einen Gemeinde erledigt Aufgaben im Gebiet der anderen Gemeinde (zum Beispiel Straßenreinigung und Winterdienst).
- Die Unterstützung einer anderen Gemeinde im Rahmen der Verwaltungsvollstreckung.
- Die Prüfung der Gemeinden ohne eigenes Rechnungsprüfungsamt durch den Landkreis.

Die potenziell umsatzsteuerpflichtigen Bereiche erstrecken sich über alle staatlichen Ebenen hinweg. Auch Bund und Länder würden bei einer allgemeinen Anwendung der Rechtsprechung durch die Finanzverwaltung oftmals steuerpflichtig. Allein bei den kommunalen Kooperationen wird

der Umsatzsteueranteil auf mindestens eine Milliarde Euro geschätzt. Mit der Umsatzsteuerpflichtigkeit einher gehe zwar die erweiterte Berechtigung zum Vorsteuerabzug. Diese könne allerdings nur bei entsprechenden Investitionsvolumen genutzt werden.

Bei kommunalen Tätigkeiten, die weniger investiv als personalintensiv sind, dürften die Vorteile der erweiterten Vorsteuerabzugsberechtigung dagegen relativ gering bleiben, informiert das Positionspapier. Gerade Beistandsleistungen seien aber durch einen hohen Personalanteil geprägt. Hinzu komme der mit der Ausweitung der Umsatzsteuerpflichtigkeit einhergehende, dauerhaft deutlich erhöhte Personal- und Verwaltungsaufwand.

Kooperationsleistungen würden aber nicht nur verteuert, eine Umsatzsteuerpflichtigkeit würde regelmäßig auch zu deren Unwirtschaftlichkeit führen. Denn Synergieeffekte in Höhe des Steuermehraufwandes lassen sich durch eine Zusammenarbeit regelmäßig nicht erwirtschaften. „Das Ergebnis ist absurd“, befand der DStGB: „Für die einzelne Gemeinde stellt sich die Eigenbringung der Leistung wirtschaftlicher dar als die gemeinsame Erbringung in Kooperation mit anderen Gemeinden.“

Übernimmt z. B. jede Gemeinde nur für sich allein den Winterdienst, fällt keine Umsatzsteuer an, fährt aber der Schneepflug der einen Gemeinde in die andere Gemeinde, besteht plötzlich eine Umsatzsteuerpflicht. „Das Interesse und die Bereitschaft der Kommunen, die Instrumente interkommunaler Zusammenarbeit auch in Zukunft zu nutzen, werden vor diesem Hintergrund deutlich abnehmen und die interkommunale Zusammenarbeit insgesamt erheblich an Attraktivität einbüßen“, prognostiziert der Verband.

Die Kommunen erwarten, dass der Bund sein Gesetzesvorhaben auf nationaler Ebene jetzt vorantreibt und die im Koalitionsvertrag gemachte Zusage, wonach die interkommunale Zusammenarbeit umsatzsteuerrechtlich nicht erschwert, sondern freigestellt werden soll, umgesetzt wird. „Der Hinweis, man müsse die Änderung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie auf europäischer Ebene abwarten, trägt nicht“, so der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Erfahrungsgemäß könne es bis zu einer Änderung dieser Richtlinie noch sehr lange dauern. Der derzeitige Schwebezustand bei der Umsatzbesteuerung würde damit ebenfalls fortbestehen. **DK**

Bilanz 2014:

Commerzbank München zeigt sich sehr zufrieden

Die Commerzbank in München und Bayern-Süd ist mit dem Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahrs sehr zufrieden. Weitere Marktanteile wurden sowohl im Privat- als auch im Firmenkundengeschäft gewonnen. Zudem wurde die Commerzbank wiederholt als Bank mit der besten Beratungsqualität ausgezeichnet.

„Wir haben in der Region Bayern-Süd netto 12.000 neue Kunden gewonnen und betreuen jetzt 450.000 Privat- und Geschäftskunden“, sagte Stefan Geib, verantwortlich für das Privatkundengeschäft. „Bei Baufinanzierungen verzeichneten wir ein Plus von 54 Prozent im Neugeschäft. Damit haben wir Wohneigentum im Wert von über 830 Millionen Euro finanziert.“

Gestiegenes Anlagevolumen

Niedrige Zinsen und Schwankungen an den Börsen haben die Nachfrage nach professionell gemanagten Wertpapieranlagen angekurbelt. Insgesamt stieg das Anlagevolumen bei der Commerzbank in der Region Bayern-Süd um 6,0 Prozent auf rund 7,5 Milliarden Euro. „Unser Wachstum zeigt, dass wir uns in den vergangenen Jahren bei Qualität und Angebot einen echten Wettbewerbsvorteil erarbeitet haben“, erläutert Geib. So hat die Commerzbank zum zweiten Mal in Folge den ersten Platz als Gesamtsieger beim bundesweiten Banken-Beratungstest „City Contest“ belegt.

Vermögensverwaltung

Auch das Geschäft mit sehr vermögenden Kunden ist 2014 gewachsen. „Wir betreuen in Bayern rund 8.876 Kunden“, sagte Konrad Niemann, Wealth Management-Berater. Das ist ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Das betreute Volumen in der Vermögensverwaltung stieg in der Region um 15,6 Prozent auf 823

Millionen Euro. „Dabei waren besonders konservative Anlageprofile gefragt“, erläuterte Niemann. „Das Zinstief nutzen Vermögensgeverleiher für Finanzierungen. Das Kreditvolumen stieg 2014 um 13 Prozent auf 1,07 Milliarden Euro. Ein Großteil davon ist in die Finanzierung von Kapitalanlagen und eigengenutzten Immobilien geflossen.“ Vom Wachstum des deutschen Wealth Management-Marktes will die Commerzbank profitieren. „Wir planen, die Anzahl der Wealth Management-Standorte in einem ersten Schritt um über 50 Prozent auf 65 zu erhöhen“, sagte Niemann. „Damit sind wir künftig noch näher bei unseren Kunden.“

Firmenkundengeschäft

Das in der Mittelstandsbank der Commerzbank gebündelte Firmenkundengeschäft konnte 2014 in Bayern-Süd ein starkes Ergebnis verzeichnen. Das Kreditvolumen wuchs um hervorragende zehn Prozent auf insgesamt 4,9 Milliarden Euro. Von diesen Kreditlinien sind derzeit ca. 60 Prozent in Anspruch genommen. „Der starke Zuwachs im Kreditgeschäft freut mich deshalb besonders, weil wir gegen den Trend mehr Kredite vergeben haben. Denn laut Bundesbank ist die Kreditnachfrage über alle Banken hinweg stagnierend geblieben“, erläutert Marc Starzmann, Vorsitzender der Geschäftsleitung Mittelstandsbank Bayern, anlässlich des Bilanzpressegesprächs die positive Entwicklung.

Auch konnten die mittelständli-

chen Kunden von der Expertise der Commerzbank bei Öffentlichen Fördermitteln profitieren. Hier stieg das Volumen vermittelter Fördergelder sogar um 45 Prozent. Die Anzahl Firmenkunden konnte abermals um 740 auf insgesamt 8.850 Mittelständische Unternehmen ausgebaut werden. „Wir bekommen von unseren Neukunden hauptsächlich zwei Gründe genannt, warum sie sich für uns als Bank entschieden haben: Erstens: Unsere Schnelligkeit bei Kreditentscheidungen innerhalb von nur 72 Stunden. Und zweitens unsere internationale Kompetenz“, begründet Starzmann die erfreuliche Neukundengewinnung.

Wachstumskurs fortsetzen

Sowohl im Heimatmarkt Deutschland als auch im internationalen Geschäft will die Mittelstandsbank ihren eingeschlagenen Wachstumskurs fortsetzen. Die weltweite Wirtschaftsbelebung sowie der niedrige Ölpreis geben dabei Rückenwind. In Bayern möchte die Commerzbank vor allem weitere Kunden gewinnen und das Kreditgeschäft weiter ausbauen. „Wir geben mittelständischen Kunden mehr Kredite als jede andere deutsche Großbank. Auch werden wir im Zuge der Digitalisierung ein neues Online-Portal, mobile Apps und neue Technik für unsere Berater implementieren, um uns den Kundenbedürfnissen noch besser anpassen zu können“, so Starzmann. International will die Commerzbank ihre gute Marktposition weiter ausbauen. „Wir begleiten unsere bayerischen Kunden weltweit dahin, wo sie Geschäfte machen und uns als Bank brauchen“, erklärte Starzmann. □

Interview mit GVB-Präsident Stephan Götzl:

Kritische Auseinandersetzung mit geplanter Kapitalmarktunion

Die EU-Kommission hat im Februar ein Grünbuch zur Schaffung einer europäischen Kapitalmarktunion vorgelegt. Mehr Wachstum und Beschäftigung sind die Ziele dieser Initiative. Der zuständige EU-Kommissar Jonathan Hill verspricht sich von der Kapitalmarktunion, dass vor allem mittelständische Unternehmen ihren Finanzierungsbedarf leichter decken können, dass die Sparer von einer größeren Auswahl an Investitionsmöglichkeiten profitieren und dass Investoren aus der ganzen Welt in die europäische Volkswirtschaft investieren. Zudem soll das Finanzsystem durch die Kapitalmarktunion robuster werden. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) setzt sich im Interview kritisch mit dem Kommissionsvorhaben auseinander.

Herr Götzl, mit der Kapitalmarktunion will die EU-Kommission das Wachstum in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ankurbeln. Aber ist nicht gerade Deutschland das beste Beispiel dafür, dass eine florierende Konjunktur auch ohne besondere Kapitalmarktförderung möglich ist?

Götzl: Bislang konnte empirisch nicht abschließend geklärt werden, in welchem Verhältnis Kapitalmärkte und Wachstum stehen: Beeinflussen größere Kapitalmärkte das Wachstum oder ist es umgekehrt? Die EU-Kommission stützt ihre Argumentation auf eine aktuelle Studie. Deren Autoren halten aber selbst fest, dass Erkenntnisse über den Wirkungszusammenhang zwischen Kapitalmärkten und Wachstum schwierig zu gewinnen sind. Das European Systemic Risk Board kommt zwar zu der Einschätzung, dass ein höherer Anteil der Kapitalmarktfinanzierung an der Finanzierungsstruktur einer Volkswirtschaft einen leichten, positiven Wachstumseffekt haben könnte. Frühere Studien konnten diesen Effekt aber nicht nachweisen. Vor diesem Hintergrund sollte der erwartete Wachstumseffekt einer europäischen Kapitalmarktunion nicht überschätzt werden.

MünchenerHyp:

Dynamisches Wachstum

Das Neugeschäft erreichte mit 4,4 Mrd. Euro ein Rekordergebnis. Es stieg mit 23 Prozent Zuwachs stärker als erwartet. Damit baute die Bank das Wachstum der vergangenen Jahre nochmals deutlich aus. „Das Neugeschäft war im Geschäftsjahr 2014 der Motor unseres Wachstumskurses. Trotz vielfältiger regulatorischer Belastungen haben wir unsere Marktposition deutlich verbessern können. Das sind gute Voraussetzungen, die MünchenerHyp weiter voranzubringen“, sagte Dr. Louis Hagen, Sprecher des Vorstands der MünchenerHyp, auf dem Bilanzpressegespräch der Bank in München.

Besonders dynamisch entwickelte sich die Finanzierung von privaten Wohnimmobilien. In diesem Geschäftsfeld verzeichnete die Bank ein Wachstum von 28 Prozent auf rund 3,4 Mrd. Euro. Der Großteil davon entfiel auf das Vermittlungsgeschäft mit den Banken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe, das stark ausgebaut wurde. In der gewerblichen Immobilienfinanzierung – einschließlich dem Finanzierungsgeschäft mit Wohnungsunternehmen – stieg das Neugeschäft um 8 Prozent auf rund 1,1 Mrd. Euro. Die Risikosituation im Kreditgeschäft zeigte sich unverändert stabil. Die Zuführungen zur Risikoversicherung blieben moderat.

Weltpremiere

Der Refinanzierungsbedarf der MünchenerHyp war deutlich niedriger, da weniger Fälligkeiten zu bedienen waren. Insgesamt wurden 3,4 Mrd. Euro an gedeckten und ungedeckten Refinanzierungsmitteln am Kapitalmarkt aufgenommen. Sehr erfolgreich platzierte die Bank zwei großvolumige Emissionen. Eine davon war ein nachhaltiger Hypothekenspendbrief. Damit sorgte die MünchenerHyp für eine Weltpremiere am Kapitalmarkt. Die Resonanz der Investoren auf diesen Pfandbrief war enorm. Darüber hinaus wurde diese Emission mehrfach ausgezeichnet.

Die Kapitalmärkte könnten aber insbesondere in den wachstumsschwachen und überschuldeten EU-Staaten helfen, die Finanzierungssorgen der Unternehmen zu lindern und die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Union zu steigern ...

Götzl: Große, integrierte europäische Kapitalmärkte können allenfalls dazu beitragen, zusätzliche Kanäle zu schaffen, um das Kapitalangebot und die Kapitalnachfrage in Europa zusammenzubringen. Eine fehlende wirtschaftliche Dynamik lässt sich mittel- und langfristig nur durch die Schaffung guter Investitionsbedingungen erreichen. Dafür müssen beispielsweise Arbeitsmärkte, Sozialsysteme und Staatshaushalte reformiert und regulatorische Hemmnisse abgebaut werden. Daran kann aber auch eine europäische Kapitalmarktunion nichts ändern. Sie ist kein Ersatz für wirksame Struktur-reformen.

Die EU-Kommission sieht eine übermäßige Abhängigkeit der Unternehmen in Europa von den Banken. Dies habe in der Wirtschaftskrise zu Finanzierungsgespässen geführt, als viele Institute ihre Kreditvergabe einschränken mussten. Ist es da nicht folgerichtig, die Kapitalmärkte zu fördern, um die Fi-

nanzierungsbasis zu verbreitern?

Götzl: Die zugrundeliegende Problemanalyse ist sehr einseitig. Der Bankensektor in der EU wird als zu groß angesehen, weil die größten europäischen Banken in den letzten 15 Jahren sehr stark gewachsen sind. Diese großen, international tätigen Banken haben das Finanzsystem nah an den Zusammenbruch gebracht. Es wäre



Stephan Götzl.

jedoch falsch, diese großen, systemrelevanten Banken als charakteristisch für den gesamten europäischen Bankenmarkt anzusehen. Denn insbesondere hierzulande gibt es eine Vielzahl kleiner, regional tätiger Banken. Dazu zählen insbesondere die meisten Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die weder an der Entstehung der Finanzkrise beteiligt, noch in gleichem Maße betroffen waren wie die großen international tätigen Banken. Sie konnten im Gegenteil ihre Kreditvergabe in der Finanz- und Wirtschaftskrise ausweiten und so eine Kreditklemme abwenden. Das sollte im Sinne der Subsidiarität von der EU-

Kommission bei der Schaffung der Kapitalmarktunion beachtet werden.

Nur etwa 30 Prozent des externen Finanzierungsvolumens wird in Europa über Kapitalmärkte aufgebracht, während es in den USA 80 Prozent sind. Was spricht dagegen, diesen Anteil zu steigern?

Götzl: Die Beschaffenheit der Unternehmen in Europa passt besser zu einer Bank- als zu einer Kapitalmarktfinanzierung. Denn in Europa gibt es verhältnismäßig viele mittelständische Unternehmen, für die der Bankkredit von großer Bedeutung ist. Solchen Unternehmen fällt es häufig schwer, die Anforderungen an eine Kapitalmarktfinanzierung zu erfüllen – zu hoch sind die Kosten einer Anleihe- oder Aktienemission und die damit verbundenen Publizitätspflichten. Zudem wollen insbesondere innovative mittelständische Unternehmen viele Informationen nicht öffentlich teilen. Auch hier scheidet eine direkte Finanzierung über den Kapitalmarkt aus. Ein Grund für die geringere Kapitalmarktfinanzierung in Europa ist schlichtweg, dass die Nachfrage der Unternehmen nach Kapitalmarktfinanzierungen gering ist.

Das könnte sich ändern, wenn Unternehmen der Zugang zu den Kapitalmärkten erleichtert wird. Unter anderem schlägt die Kommission vor, einen einheitlichen Rechnungslegungsstandard einzuführen. Würde das helfen?

Götzl: Die meisten Unternehmen in Deutschland bilanzieren nach dem Handelsgesetzbuch. Auch in anderen europäischen Ländern gibt es nationale Rechnungslegungsstandards, die vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen genutzt werden. Unternehmen, denen der Zugang zu

Kapital fehlt, müssten demnach einen zusätzlichen Bilanzierungsaufwand betreiben, um Investoren auf den Kapitalmärkten zu finden. Das ist keine überzeugende Lösung für das Problem der schwachen Mittelstandsfinanzierung in vielen europäischen Ländern. Denn über viele kleinere und mittlere Unternehmen gibt es nur wenige, objektifizierbare Informationen. Die Informationslücke kann nicht mit neuen Standards geschlossen werden. Kapitalmärkte können das sogenannte relationship lending nicht ersetzen, das die Regionalbanken seit Jahrzehnten erfolgreich betreiben. Der Erhalt der Mittelstandsfinanzierung durch Banken muss deshalb in das Gesamtkonzept der Kapitalmarktunion eingebettet werden.

In welcher Form?

Götzl: Mit der Zunahme der Regulierung wurde den Banken in den letzten Jahren ein enges Korsett geschnürt. Die steigenden Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen erschweren ihnen die Kreditvergabe. Gleichzeitig will die EU-Kommission den Finanzierungsbedarf der Unternehmen mit größeren Kapitalmärkten decken. Insbesondere mit Blick auf die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen, bei deren Finanzierung Banken eine zentrale Rolle spielen, sind die Maßnahmen gegenläufig und somit kontraproduktiv.

Was fordern Sie?

Götzl: Der Erhalt der Mittelstandsfinanzierung erfordert eine angepasste Bankenregulierung. Dafür muss unter anderem der KMU-Korrekturfaktor in der europäischen Eigenkapitalverordnung dauerhaft erhalten bleiben. Ebenso müssen die Bestrebungen des Baseler Ausschusses und der europäischen Aufsichtsbehörden hinterfragt werden, die Zinsänderungsrisiken sowie die Liquiditäts-

und Verschuldungsquoten stärker zu regulieren. Diese Maßnahmen laufen darauf hinaus, dass Banken die ihnen anvertrauten Einlagen nur in geringerem Maße als Kredite vergeben können. Dabei sind es gerade die einlagenstarken Banken, die in Deutschland den Mittelstand finanzieren. Kapitalmärkte können die Banken in der Mittelstandsfinanzierung nicht ersetzen.

Im Zuge der Kapitalmarktunion soll in Zukunft verstärkt auch privates Kapital in die Kapitalmärkte fließen. Abgesehen davon, dass gerade deutsche Anleger als Wertpapier-Skeptiker gelten: Welche Anforderungen stellt das an den Anlegerschutz?

Götzl: Zwischen dem Schutz der Anleger und der verstärkten Nutzung der Kapitalmärkte gibt es einen Zielkonflikt, der von der EU-Kommission nicht aufgegriffen wird. Einerseits soll die Abhängigkeit der Unternehmen von den Banken durch die Stärkung der Kapitalmärkte in der EU reduziert werden. Hierfür müssten mehr Ersparnisse auf die Kapitalmärkte fließen. Das erfordert wiederum einen hohen Anlegerschutz, den Banken heute schon gewährleisten, der aber bislang auf den Kapitalmärkten nicht in vergleichbarem Maße gegeben ist. Andererseits soll die Nutzung der Kapitalmärkte durch Unternehmen und institutionelle Investoren weniger bürokratisch sein. Ein Großteil der Bürokratie ergibt sich jedoch aus den Anforderungen an den Anlegerschutz. Eine Reihe von den im Grünbuch vorgeschlagenen Initiativen sind vor diesem Hintergrund kritisch zu sehen. Dazu gehört die Stärkung von kapitalmarktorientierten Geschäftsmodellen, wie Beteiligungsfonds. Denn gerade hier treten extreme Informationsasymmetrien zwischen Kapitalgebern und Kapitalnehmern auf. □

MünchenerHyp

Ihr Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. International. Zuverlässig. Langfristig.

- Attraktive Konditionen
- Große Produktvielfalt
- Schnelle und verlässliche Entscheidungen

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

www.muenchenerhyp.de

Gütezeichen-Jubiläum in Hamburg im Fokus

Mitgliederversammlung der RAL-Gütegemeinschaft Kanalbau

Ganz im Zeichen eines Jubiläums stand die diesjährige 28. Mitgliederversammlung der RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau in Hamburg: 25 Jahre jung ist das RAL-Gütezeichen Kanalbau geworden. Die ersten Gütezeichen waren 1990 im Rahmen der IFAT in München verliehen worden. Auftraggeber und Auftragnehmer schufen gemeinsam mit der RAL-Gütesicherung ein System, das zur Prüfung der technischen Leistungsfähigkeit von Bietern im Vergabeverfahren und damit der Qualität im Kanalbau dient.

Aus anfänglich 38 Unternehmen, die ihre Qualifikation mit einem Gütezeichen nachgewiesen haben, sind mittlerweile 2.500 geworden. Und waren es am Anfang nur wenige Auftraggeber, die die Fachkunde der Bieter auf Basis der RAL-GZ 961 geprüft haben, sind es heute mehr als 5.000. Auf diese beeindruckenden Zahlen

verwies Dipl.-Ing. Ulf Michel, der Vorstandsvorsitzende der Gütegemeinschaft, in seiner Begrüßungsrede. Dass Auftraggeber und Auftragnehmer seit 25 Jahren gemeinsam für nachhaltige Qualität eintreten, stellt für Michel den Kern der RAL-Gütesicherung Kanalbau dar und ist gleichzeitig das Fundament für

die stetig zunehmende Akzeptanz.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden sowohl die Unternehmen geehrt, die das Gütezeichen seit 1990 führen als auch die Gründungsmitglieder von der Auftraggeber-Seite. Ebenso wie Dr. Hans-Jürgen John, der als Erster Vorstandsvorsitzender mit dazu beigetragen hat, dass sich die Gütegemeinschaft Kanalbau als Konsens der Branche entwickeln konnte. Er brachte einen wichtigen Aspekt der Gütesicherung auf den Punkt: „Qualität spart Geld“, so John. „Und wenn die unterirdischen Bauwerke länger halten als die Abschreibungszeit, macht sich das ebenso bezahlt.“

Eine Erkenntnis, die sich immer mehr Netzbetreiber zu eigen gemacht haben, so auch die in der Hansestadt Hamburg, die gemeinsam mit Berlin zu den Urzellen des Güteschutz-Gedankens zählt. Folgerichtig war es Dr.-Ing. Michael Beckerei, Vorstandsvorsitzender HAMBURG WASSER, vorbehalten, den traditionellen Festvortrag zu halten. „Effizienz und Transparenz in der Wasserwirtschaft“ lautete der Titel des Vortrages, der sich mit den steigenden Anforderungen einer Kommune im Umgang mit der unterirdischen Netzinfrastruktur beschäftigte. Im Gleichordnungskonzept HAMBURG WASSER – das Unternehmen gehört als Gründungsmitglied seit 1988 mit der Nr. 15 zur Mitgliedsgruppe 2 – sind heute die Unternehmen Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) und die Hamburger Stadtentwässerung AöR (HSE) zusammengeschlossen.

Zu den Kernaufgaben zählen die Wasserbeseitigung in der Region und die Beseitigung des anfallenden Abwassers, das in das unterirdische Siedernetz fließt. Dieses hat eine Länge von 5.700 Kilometern und sammelt das Abwasser von rund 2,2 Millionen Haushalten, Gewerbe- und Industriebetrieben sowie von 28 Umlandgemeinden. Beckerei machte deutlich, dass bei der Hamburger Stadtentwässerung der Werterhalt und die Modernisierung des Siedensystems im Vordergrund stehen und vor diesem Hintergrund „Qualität und Sicherheit in Wasser- und Abwasserentsorgung“ zu den grundlegenden Bausteinen bei der Gestaltung von zukünftigen Konzepten zählen.

Gütesicherung liegt im Trend

Deshalb wird in Hamburg auf die Qualität von Material und Ausführung sowie die Qualifikation der ausführenden Unternehmen geachtet und bei Auftragsvergabe ein Qualifikationsnachweis von den Bietern gefordert. Diese haben zum Nachweis ihrer Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit die Erfüllung der Anforderungen Gütesicherung RAL-GZ 961 nachzuweisen. Damit befindet sich HAMBURG WASSER im Konsens mit vielen anderen Netzbetreibern in Deutschland. Das belegt die Entwicklung der Mitgliederzahlen im vergangenen Geschäftsjahr. 2014 konnte die Gütegemeinschaft Kanalbau mit 100 neuen Mitgliedern allein auf der Auftraggeber-Seite ein Rekordergebnis erzielen, das die Mitglieder der verschiedenen Gremien in ihrem Engagement bestärkt. Dem entsprechend positiv fielen die Berichte des Vorstandsvorsitzenden Ulf Michel sowie des Obmanns des Güteausschusses, Dipl.-Ing. Uwe Neuschäfer, des Beiratsvorsitzenden, Dipl.-Ing. Rudolf Feickert M.A. und des Geschäftsführers Dr.-Ing. Marco Küster aus.

Ulf Michel untermauerte im Bericht des Vorstandsvorsitzenden die positive Entwicklung der Gü-

tegemeinschaft Kanalbau mit eindrucksvollen Kennzahlen: 3.511 Mitglieder konnte die Gütegemeinschaft im Dezember 2014 zählen. 362 Firmenseminare, 65 Auftraggeber-Fachgespräche und 7 Erfahrungsaustausche mit insgesamt 11.397 Teilnehmern machen das Engagement der Mitarbeiter der Gütegemeinschaft ebenso deutlich wie die 3.931 Baustellen- und 2.308 Firmenbesuche, die von dem vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft beauftragten Prüfindgenieuren im vergangenen Jahr durchgeführt wurden. Mit Blick auf die erfolgreiche Arbeit sprach Michel den Prüfindgenieuren und den Mitarbeitern der Geschäftsstelle ebenso seinen Dank aus, wie den Mitgliedern von Beirat und Güteausschuss.

Zu den Aufgaben des zentralen Organs der Gütegemeinschaft Kanalbau, das 2014 fünfmal getagt hat, zählt neben der Erstellung und Weiterentwicklung der Güte- und Prüfbestimmungen auch die Prüfung von Gütezeichenanträgen. Hinzu kommen die Verleihung und der Entzug des Gütezeichens sowie – bei Verstößen – der Vorschlag von Ahndungsmaßnahmen an den Vorstand. „Im vergangenen Jahr hat der Güteausschuss 6.107 Vorgänge bearbeitet“, berichtete Uwe Neuschäfer. 5.759 davon seien Qualitätsüberprüfungen gewesen, wobei 248 Vorgänge zu geringen Beanstandungen sowie 383 Vorgänge zu Ahndungen geführt hätten. Neuschäfer forderte Auftraggeber und Ingenieurbüros auf, sich aktiv in die RAL-Gütesicherung einzubringen: durch den Austausch mit dem zuständigen Prüfindgenieur ebenso wie durch die Anwendung der RAL-Gütesicherung für „Auftragsvergabe und Bauüberwachung“.

Die Aufgaben des Beirates bestehen in erster Linie darin, die Gütegemeinschaft in allen Belangen der Gütesicherung zu beraten und die Interessen der in den Verbänden Organisierten Unternehmen zu vertreten – mit diesem Gedanken leitete Rudolf Feickert traditionell den Bericht des Beiratsvorsitzenden ein. Im Verlauf seiner Rede richtete er insbesondere einen Appell an die Netzbetreiber, nicht ausschließlich nach der Devise Hauptsache billig und schnell zu agieren, sondern mit Blick auf nachfolgende Generationen und auf Grundlage von qualifiziertem Arbeiten. „Sobald sich Techniker und Kaufleute an einen Tisch setzen und konkrete Szenarien und Auswirkungen diskutieren, können Lösungen entstehen, die dem Anspruch an Nachhaltigkeit gerecht werden“, so Feickert.

Alles für die Qualität

Zum Abschluss berichtete Dr. Marco Küster über die Arbeit und Entwicklung der Gütegemeinschaft Kanalbau im vergangenen Jahr. „Kanäle sind das unsichtbare Fundament einer jeden zivilisierten Gesellschaft“, so der Geschäftsführer in seiner Rede. „Daher war Qualität das oberste Gebot einiger Pioniere von Auftraggebern und Auftragnehmern Ende der 80er Jahre. Aus dieser gemeinsamen Initiative hat sich die RAL-Gütesicherung entwickelt.“

Küster betonte, dass es in der Zukunft – stärker noch als bisher – Aufgabe der Gütegemeinschaft sein wird, daran mitzuwirken, dass der Anspruch dieser Pioniere bewahrt werden kann. Und das trotz erschwelter Bedingungen durch angespannte öffentliche Kassen und durch einen harten Preiswettbewerb. In diesem Zusammenhang hat die Gütegemeinschaft Kanalbau in Zukunft wichtige Funktionen: nämlich Dienstleister für Auftraggeber zu sein, bei ihrer schwierigen Aufgabe Abwassernetze nachhaltig zu betreiben und Perspektiven für ausführende Unternehmen zu bieten, die Qualität zu ihrem Geschäftsmodell gemacht haben. □

3. Süd- und Ostbayerische Wassertagung in Landshut:

Neue Ideen und bewährte Produkte

Erneut bot die zweitägige 3. Süd- und Ostbayerische Wassertagung in Landshut eine umfangreiche Plattform für Entscheider und technisch Verantwortliche von Wasserversorgungs- und Entsorgungsunternehmen. Mit über 2.000 Besuchern und knapp 150 Ausstellern verzeichneten die Veranstalter - Umweltcluster Bayern und ARGE Abwasser Niederbayern/Oberpfalz - noch einmal mehr Besucher und Aussteller als erwartet.

Mit Themen wie Qualität des Grundwassers vor dem Hintergrund steigender Nitratwerte, Spurenstoffe und Mikroplastik in kommunalen Kläranlagen oder künftige Herausforderungen in der bayerischen Wasserversorgung wurden aktuelle Themen erörtert. Präsentiert wurden zudem neue Ideen und bewährte Produkte rund um eine sichere Wasserversorgung.

Landrat Dreier als Schirmherr

Zum Auftakt der Tagung machten sich alle Redner dafür stark, die Qualität des Trinkwassers wie die Entsorgung auch künftig auf einem hohen Niveau zu halten. Der Schirmherr, Landshuts Landrat Peter Dreier, betonte: „Ohne Wasser läuft nichts auf unserer Erde, denn Wasser bedeutet Leben!“. Vertreter der Interessengemeinschaft Gesundes Trinkwasser und der Gruppe Verbraucheraufschrei nahmen die Veranstaltung zum Anlass, mit Transparenten auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. So müssten Wasserlieferanten gemeinsam mit Landwirten dafür sorgen, dass Wasser bedenkenlos auch ohne Aufbereitung zum Verbraucher gelangt. Dafür müsse der Einsatz von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft gestoppt werden.

Der zweite Tag der Wassertagung wendete sich vor allem an das technische Betriebspersonal. Das Augenmerk lag dabei auf einer Fortbildung der Wasserwerksnachbarschaften Bayern, einem Zusammenschluss von Wasserversorgern.

Ein Drittel der 6.000 Wasserversorger in Deutschland kom-

men aus Bayern. Viele Gemeinden verfügen über eine eigenständige Wasserversorgung, so dass oft Gemeindefachkräfte diese betreuen, die nicht umfassend ausgebildet wurden. Ihnen wollten die Wasserwerksnachbarschaften die Weiterbildung ermöglichen.

Fortbildung im Visier

Themen waren unter anderem die „Praktische Energieeinsparung in der Wasserversorgung“, über die Bernd König als Leiter der Wasserwerksnachbarschaft Landshut und Schatzmeister der Wasserwerksnachbarschaften Bayern sprach. Dr. Juliane Thimet vom Bayerischen Gemeindetag, die auch Vorsitzende der Wasserwerksnachbarschaften Bayern ist, widmete sich ihrerseits dem „Recht für den Techniker“.

Umweltcluster Leuchtturm 2015

Als besonderer Höhepunkt wurde im Rahmen der Tagung das Unternehmen FIBALON e.K. (Neumarkt in der Oberpfalz) mit seinen Projektpartnern Technische Hochschule Nürnberg, MSP Pool Service und Reiner & Dirschka GmbH für seinen innovativen, auf Recyclingmaterialien basierenden Filter mit dem Umweltcluster Leuchtturm 2015 ausgezeichnet. Der FIBALON® Polymerfilter besticht durch Energie- und Materialeffizienz und den Verzicht auf Chemikalieneinsatz. Das Produkt des jungen Unternehmens wurde mit Partnern aus ganz Bayern realisiert und wird mittlerweile weltweit vertrieben. **DK**

Abwassergebühren:

Umfrage in den kreisfreien Städten in Bayern

Der Bund der Steuerzahler in Bayern ermittelte in den kreisfreien Städten die Belastung der Bürger durch Abwassergebühren für Schmutzwasser und Niederschlagswasser. Wer Regenwasser in die städtische Kanalisation einleitet, zahlt neben der Gebühr für die Einleitung von Schmutzwasser auch eine Gebühr für die Einleitung von Niederschlagswasser. Dabei war für Rechtsanwältin Maria Ritch, Vizepräsidentin des Bundes der Steuerzahler in Bayern ein Musterhaushalt von vier Personen Berechnungsgrundlage, Jahresverbrauch 200 Kubikmeter Frischwasser sowie eine 120 Quadratmeter voll versiegelte Fläche auf dem Grundstück.

Der BdSt-Musterhaushalt zahlt im Landesdurchschnitt rund 420 Euro. Im Jahr 2014 lag dieser Wert bei rund 415 Euro. Dieser Anstieg von 1,3 Prozent ist relativ gering.

Statistische Erhebung zeigt große Unterschiede

Die statistische Erhebung des Bundes der Steuerzahler hat aber auch ergeben, dass große Unterschiede bei den Abwassergebühren festzustellen sind. So zahlt der BdSt-Musterhaushalt zum Beispiel in Memmingen 661,60 Euro, während in Schweinfurt lediglich 248,80 Euro fällig werden.

In einigen Städten sind die Abwassergebühren vom Jahr 2014 auf 2015 angehoben worden. So stiegen zum Beispiel in Rosenheim die Abwassergebühren um 19,55 Prozent, in Ansbach um 16,45 Prozent, in Schwabach um 14,14 Prozent, in Erlangen um 3,92 Prozent und in Bamberg um 1,95 Prozent.

Es gibt aber auch Kommunen, in denen die Abwassergebühren nennenswert zurückgegangen sind, so zum Beispiel in Regensburg um 7,75 Prozent und in Hof um 6,86 Prozent.

Aus der Erhebung sind weitere konkrete Details zur Höhe der Abwassergebührensätze pro Kubikmeter Schmutzwasser und pro Quadratmeter Niederschlagswasser zu entnehmen. □

Brot essen für gutes Wasser

Wasserforum Unterfranken: Noch immer gibt es in der Region erhebliche Nitratprobleme

Würzburg. Dass aus Wasserhähnen sauberes, gesundes Nass sprudelt, scheint hierzulande selbstverständlich. Doch das ist es keineswegs. Gerade in Unterfranken ist die Gewinnung von unbelastetem Trinkwasser schwierig. Ohne sensibilisierte Landwirte, die sich freiwillig für Grundwasserschutz einsetzen, wird sich die Situation auch nur schwer verbessern lassen, hieß es beim 10. Wasserforum der Regierung von Unterfranken in Würzburg. 160 Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil.

Nicht überall in Unterfranken steht es um die Qualität des Grundwassers zum Besten. 14 Prozent des geförderten Grundwassers überschreitet den europaweit gültigen Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter. Im Rückblick bedeute dies zwar eine Verbesserung, so Paul Beinhöfer, Regierungspräsident von Unterfranken: „Ende der 80er Jahre waren noch 22 Prozent des Rohwassers betroffen.“ Doch befriedigend sind die Nitratwerte noch lange nicht.

Was Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt in Augsburg, bestätigte. Nach seinen Angaben sind aktuell 24 Prozent aller Grundwasserkörper in Bayern nitratbelastet. Unterfranken stehe unter einem „besonderen Belastungsdruck“.

Modellprojekt Wernatal

Dass sich eine grundwasserfreundliche Landwirtschaft lohnt, zeigt das 2002 gestartete landwirtschaftliche „Modellprojekt Wernatal“ im Trinkwassereinzugsgebiet Main-Spessart. Hier stellten Landwirte inzwischen mehr als 1.000 Hektar Acker um. Sie reduzierten den Nitratreintrag zum Beispiel dadurch, dass sie Braugerste statt Brotweizen anbauen. Bis zu 50 Kilogramm Stickstoff kann dadurch pro Hektar eingespart werden. Die Umstellung birgt für die Landwirte allerdings höhere Risiken, die Erträge sind gleichzeitig geringer. Aus diesem Grund zahlen die Wasserversorger in Karlstadt, Arnstein und Thüngen den Landwirten Ausgleichsgelder.

Einer dieser Landwirte ist Bauer Klaus Höfling aus Karlstadt-Heßlar. Er verpflichtete sich, beim Anbau von Backweizen auf die Spätdüngung mit Stickstoff zu verzichten. Bäckermeister Matthias Engel aus Retzstadt in Main-Spessart kreierte daraus ein leckeres „Wasserschutzbrot“, das für die „Aktion Grundwasserschutz“ wirbt. Neben Raps weist vor allem Qualitätsweizen eine hohe Nitratbilanz auf, zeigte Heiko Lukas, Landwirtschaftsdirektor am Würzburger Amt für Ernährung und Landwirtschaft, auf. In Unterfranken wird nach seinen Angaben auf ein Fünftel der Fläche Qualitätsweizen angebaut – viel zu viel.

Grundwasserfreundlicher ist neben der Braugerste auch das alte, anspruchslose „Urgetreide“ Dinkel,

denn die Pflanze braucht nur wenig Dünger. Über das Bayerische Kulturlandwirtschaftsprogramm können Lukas zufolge Maßnahmen wie Dinkelanbau zum Wasserschutz gefördert werden. Die Förderauflagen, kritisieren Landwirte, sind allerdings sehr hoch.

Blühender Bachgau

Am Bayerischen Unterraum setzt sich die Marktgemeinde Großostheim für Natur- und Grundwasserschutz ein. „Blühender Bachgau“ heißt das 2014 gestartete Projekt, das Bürgermeister Herbert Jakob vorstellte. Die Initiative stieß prompt auf Interesse beim Amt für Ernährung und Landwirtschaft in Karlstadt. Die dort tätige Wasserschutzberaterin Eva Heilmeyer motivierte mehrere Landwirte, sich durch die Bereitstellung von Äckern an dem Projekt zu beteiligen.

Landwirt Werner Kuhn, der in der Landesanstalt für Gartenbau in Veitshöchheim bei Würzburg mitarbeitet, entwickelte die Blühmischung. Die Marktgemeinde Großostheim stellt sie zur Verfügung. Landwirte, die ihre Äcker in blühende Wiesen verwandeln, verbessern ihren Boden, verhindern Erosion und optimieren die Grundwasserqualität. Dies deshalb, so Heilmeyer, weil die blühenden Pflanzen Stickstoff aufnehmen: „Sie halten ihn über viele Jahre im Boden, wodurch die Nitratbelastung sinkt.“

Hintergrund: Aktion Grundwasserschutz

Seit 2001 reagiert die „Aktion Grundwasserschutz“ der Regierung von Unterfranken auf die heikle Gewinnung von Trinkwasser in der Region. In vielen Teilen Unterfrankens ist der Untergrund klüftig, weshalb das Grundwasser nur schlecht gespeichert wird. Durch die dünne Bodenaufflage wird das Niederschlagswasser nicht sehr gut gefiltert. Hinzu kommt die geringe Menge des Niederschlags: Mit teilweise nur 600 Millimeter im Jahr gilt vor allem die Region zwischen Würzburg und Schweinfurt als Trockengebiet. Aufgrund dieser schwierigen Bedingungen werden in Unterfranken seit über zehn Jahren Wege einer grundwasserverträglichen Landwirtschaft entwickelt. **Pat Christ**

LfA zieht erfolgreich Bilanz:

Bayerns Förderbank strotzt vor Kraft und Gesundheit

Mit vollem Einsatz, so ihr Vorstandsvorsitzender Otto Beierl in der Bilanzpressekonferenz, arbeite die LfA Förderbank Bayern daran, die drei wichtigsten Zukunftsthemen der bayerischen Wirtschaftspolitik, nämlich die Gründung von Unternehmen, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Digitalisierung in der Wirtschaft, mit bankmäßigen Mitteln zu unterstützen. Dass sie das mit großen Erfolg tut, zeigen nicht nur die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, sondern auch das erneute „Triple-A-Rating mit stabilem Ausblick“, das ihr von der Rating-Agentur Moodys in diesen Tagen erneut bestätigt wurde. Beierl: „Unsere Bank arbeitet erfolgreich, sie ist kerngesund und bestens vorbereitet für die Anforderungen, die unser Förderauftrag in einem für Banken anspruchsvollen Umfeld mit sich bringt.“

Die bereits 1951 als Landesanstalt für Wiederaufbau gegründete LfA ist die Spezialbank zur Förderung des Mittelstandes in Bayern. Ihre Förderkredite müssen die Unternehmen und Kommunen grundsätzlich über ihre Hausbanken beantragen. Und über die werden die Kredite auch ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch kommunale Infrastrukturvorhaben.

Unverzichtbares Instrument

In einem einführenden Statement bezeichnete Ilse Aigner, Bayerns Ministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie und Stellvertretende Ministerpräsidentin, als Vorsitzende des Verwaltungsrates die LfA als unverzichtbares Instrument der Wirtschaftspolitik, das sich immer neuesten Erfordernissen anpasst. Auch durch die erfolgreiche LfA-Arbeit gehe es Bayern „sehr gut“.

Es komme nicht von ungefähr, dass unter den Top-Ten der deutschen Kommunen mit der geringsten Arbeitslosigkeit zehn in Bayern zu finden sind. Bayern sei auf Wachstumskurs, und damit das bleibe, „müssen wir uns nur weiter gegen Wachstumsbremsen in Berlin wie Andrea Nahles und Manuela Schwesig wehren (Stichworte: Mindestlohn, Rente mit 63, Equal pay)“. Die Staatsregierung werde auch in Zukunft die Gründung neuer Unternehmen stets im Auge behalten und auch wie bisher massiv unterstützen. Der Freistaat sei und bleibe ein Gründerland. Auf-

trag und Ansporn der LfA sei es, ergänzte Beierl, dafür zu sorgen, dass es den Gründern sowie den kleinen und mittleren Unternehmen bei ihrer Notwendigkeit, permanent in ihre Wettbewerbsfähigkeit zu investieren, nicht am nötigen Geld fehle. Und das gelte auch für die Kommunen, wenn sie ihre Infrastruktur verbessern wollten oder müssten. Bei der LfA stehe nicht die Gewinnoptimierung im Mittelpunkt, sondern die Förderleistung.

Und auch 2014 war die Anstalt im Fördergeschäft wieder erfolgreich. So seien im Hauptgeschäft Förderkredite für Gründer, kleine und mittleren Unternehmen sowie Kommunen in Höhe von 1,74 Milliarden Euro zugesagt worden, davon etwa 200 Millionen Euro für Kommunen. Das war nach dem Rekordjahr 2013 mit 1,95 Milliarden Euro immerhin das dritthöchste Volumen an Förderkreditzusagen in der 64-jährigen Geschichte der LfA.

Dieses Ergebnis, so Beierl, sei vor allem angesichts der Rahmenbedingungen im Berichtsjahr beachtenswert. Obwohl die konjunkturelle Entwicklung der Wirtschaft sehr gut gewesen sei, sei die Investitionsneigung im Mittelstand verhalten gewesen. Den Investitionsstau aus der Wirtschaftskrise 2009 hätten viele Unternehmen bereits nachgeholt gehabt, weshalb 2014 nur stagnierend investiert worden sei. Diese Situation habe übrigens auf Bundesebene auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) registriert. Außerdem, so Beierl, seien viele Unternehmen zur erhöhten Eigenfinan-

zierung in der Lage gewesen, wodurch die Eigenfinanzierungsquote gestiegen sei. Und schließlich habe es durch die von der Europäischen Zentralbank (EZB) betriebene expansive Geld- und die Niedrigzinspolitik einen Geldüberfluss an den Märkten gegeben. Das aber habe unter anderem dazu geführt, dass sich ausländische Geschäftsbanken verstärkt um Mittelstandskunden in Deutschland, besonders aber in Bayern, bemüht hätten. Negativ ausgewirkt hätten sich aber auch die zunehmende Bankenregulierung der EU, die einen beträchtlichen bürokratischen und personellen Aufwand bedinge, und die künftige Bankenabgabe mit finanziellen Abflüssen in Millionenhöhe, „die in der Wirtschaftsförderung fehlen werden“.

Dass dennoch das dritthöchste Förderkreditvolumen erreicht wurde, spreche für die „passgenauen Förderprodukte“ der LfA. Als Beispiele nannte der LfA-Chef die Einführung eines neuen Förderkredits für innovative Mittelstandsunternehmen mit 70-prozentiger Risikoprüfung durch die LfA und die Modernisierung des bayerischen Mittelstandsprogramms, indem der Mindestkreditbetrag auf 25.000 Euro gesenkt und die Bewilligungsphase für Gründungsfinanzierungen von drei auf fünf Jahre verlängert wurde.

Vorteile für Kommunen

Hintergedanke sei, Unternehmen nicht nur in schlechten Konjunkturzeiten unter die Arme zu greifen, sondern auch in guten Zeiten die strukturellen Nachteile des Mittelstandes auszugleichen. Diese Nachteile liegen vor allem im Finanzierungsbereich, weil sich nur Großunternehmen und Konzerne zinsgünstig am Kapitalmarkt refinanzieren können. Die Vorteile, die die LfA dem Mittelstand und den Kommunen zu bieten hat: Kredite mit langen Laufzeiten, günstigere Zinssätze als bei marktüblichen Bankfinanzierungen und Risikoübernahmen zur Öffnung des Kreditzugangs.

Bei Betrachtung der ausreichenden Fördermittel fällt auf, dass deutlich mehr Mittel als im Vorjahr in Energieeffizienz und Umweltschutz investiert wurden. Hier stieg die Kreditnachfrage um 40 Prozent auf 185 Millionen Euro mit dem Effekt, dass Mittelständler und Gemeinden energiesparende Maschinen und umweltfreundliche Anlagen im Wert von 360 Millionen Euro in Betrieb nehmen konnten.

Als weitere positive Effekte nannte Beierl, dass durch die Förderkredite 111 Kommunen und 5500 Unternehmens mit langfristigen Krediten und Niedrigzinsen von teilweise 0 Prozent versorgt werden konnten. Insgesamt haben die Förderkredite Investitionen von 2,34 Milliarden Euro ermöglicht, wodurch wiederum 6.500 neue Arbeitsplätze geschaffen und 151.000 Arbeitsplätze gesichert wurden.

In Ergänzung zu den kleinteiligen, zinsverbilligten und zinsgünstigen Förderkrediten gab es Konsortialdarlehen über 202 (im Vorjahr: 194) Millionen Euro für großvolumige Finanzierungen, bei denen die LfA auf Einladung der Banken und als Juniorpartner mitwirkt, und Globaldarlehen. Letztere aber nur im geringen Umfang von 35 (125) Millionen Euro, weil es an den Märkten Geldüberfluss gibt. Und schließlich gehören zum LfA-Programm auch Risikoübernahmen (zu denen auch Bürgschaften zählen), mit denen Unternehmen der Kreditzugang bei ihren Hausbanken ermöglicht

wird, zum Beispiel, wenn zu wenig Sicherheiten vorhanden sind. Im Berichtsjahr wurden Risiken in Höhe von 280 Millionen Euro übernommen, im Jahr zuvor von 355 Millionen Euro. Nimmt man alle Maßnahmen zusammen, erreichte das Gesamtfördervolumen 2,26 Milliarden Euro gegenüber 2,63 Milliarden im Jahr 2013. Dieses Fördervolumen „auf gutem Niveau“ sei vergleichbar mit dem Stand vor der Wirtschaft- und Finanzkrise, erläuterte Beierl.

Neue Fondsgeneration

Ergänzend zum Gesamtfördervolumen stellt die LfA dem Mittelstand auch Eigenkapital zur Verfügung, zum einen etwa über zwei bayerisch-europäische Kooperationen mit dem European Investment Fund (EIF) für Mezzanine-Kapital und Venture-Capital, wozu der gemeinsame Dachfonds kürzlich von 100 auf 150 Millionen Euro aufgestockt wurde, zum anderen über das LfA-Tochterunternehmen Bayern-Kapital, das junge Unternehmen mit Venture Capital ausstattet. Dazu gibt es eine neue Fondsgeneration über 85 Millionen Euro. Mit Unterstützung der LfA hat das bayerische Wirtschaftsministerium vor einem Monat erstmals einen Wachstumsfonds im Umfang von bis zu 100 Millionen Euro aufgelegt zur Unterstützung von Start-Ups. Ziel sei, gemeinsam mit privaten Investoren rund 250 Millionen Euro an Wachstumsinvestitionen zu mobilisieren.

Auch wenn die Gewinnoptimierung bei der LfA nicht im Vordergrund steht, ist eine gesunde Bilanz wichtig, um eine hohe Risikotragfähigkeit zu haben. Aus einem Betriebsergebnis vor Risikovor-sorge von 113 (104) Millionen Euro wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken unverändert 70



Wirtschaftsministerin Ilse Aigner gemeinsam mit Vorstandsvorsitzendem Dr. Otto Beierl (r.) und dessen Stellvertreter Dr. Thies Claussen bei der LfA-Bilanzpressekonferenz.

Millionen Euro zugeführt, wodurch dieses Sicherheitspolster auf 400 Millionen Euro erhöht wurde. Dadurch wurden das Kernkapital und die Risikotragfähigkeit gestärkt. Zusammen mit dem Eigenkapital von 1,004 (0,989) Milliarden Euro bei einer Bilanzsumme von 22,14 Milliarden Euro verfügt die LfA nun über eine Kernkapitalquote von 20,9 Prozent, was, so Beierl, eine Übererfüllung darstelle, denn nach den Basel-III-Vorschriften sind 2019 erst 8,5 Prozent und einschließlich Kapitalpuffer 16 Prozent nötig.

59 Mio. Euro Jahresüberschuss

Aufgrund der guten Geschäftslage konnten Reserven zur Risikoversorge von 16 Millionen Euro aufgelöst werden, was zu einem Jahresüberschuss von wieder 59 Millionen Euro beitrug. Beim guten Ergebnis mitgeholfen haben der gestiegene Zins- und Provisionsüberschuss von 160 (146) Millionen Euro.

Vom Jahresüberschuss fließt ein Viertel in die gesetzliche Rücklage.

8,2 Millionen dienen der Garantieverzinsung, die für andere Förder-einrichtungen geleistet werden. 36 Millionen Euro werden an den Staatshaushalt abgeführt, von denen dann aber die Hälfte wieder für Aufgaben der Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt werden.

Höhere Leistungsfähigkeit

Im laufenden Jahr will die LfA ihre Leistungsfähigkeit dadurch verbessern, dass sie ihre Risikotragfähigkeit durch eine weitere Stärkung des Kernkapitals erhöht, ihre internen Bankprozesse durch zukunftssichere IT-Strukturen weiter strafft und das Fördergeschäft „auf digitale Beine stellt“. Und schließlich soll das umfangreiche Beratungsangebot ausgebaut werden. Schon jetzt werden jährlich rund 13.000 Gründer und Unternehmer telefonisch oder persönlich auf vielen Veranstaltungen in ganz Bayern beraten. Die festen Förderberatungsstellen in München und Nürnberg sollen um einen weiteren ständigen Förderstützpunkt in Hof erweitert werden. **dhg.**

Wohnkosten sind leicht gestiegen

(LBS) - Energie, Wasser, Instandhaltung und gegebenenfalls Miete – ein Dach über dem Kopf kostet eine ganze Menge Geld. Im Schnitt haben die deutschen Haushalte 2013 rund 28 Prozent ihres verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens fürs Wohnen ausgegeben, wie Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen. Im Vergleich zum Vorjahr 2012 stiegen die Ausgaben damit leicht um 0,3 Prozent.

Insbesondere Alleinlebende und Alleinerziehende traf es hart: Sie mussten 2013 mehr als ein Drittel ihres Einkommens fürs Wohnen aufwenden. Fast jeder fünfte Bundesbürger fühlt sich durch die monatlichen Wohnkosten wirtschaftlich stark belastet. Kein Wunder, allein die Bruttokaltmiete frisst im Schnitt 22,5 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens auf. Bei einem Einkommen von 3.000 Euro sind das 675 Euro Miete – jeden Monat. Hinzu kommen die Nebenkosten von durchschnittlich 1,78 Euro pro Quadratmeter allein für Heizkosten und Wasser.

Investieren lohnt sich

Aber es hilft ja nichts, wohnen muss jeder. „Wer allerdings in den eigenen vier Wänden lebt, spart nicht nur die Miete, sondern kann auch aktiv an der Nebenkosten-schraube drehen“, sagt Joachim Klein von der LBS. So können Hausbesitzer zum Beispiel ihr Eigenheim energetisch modernisieren. Das ist nicht nur gut für die Umwelt, sondern lohnt sich langfristig in Euro und Cent. „Egal, ob

es um den ersten Schritt in die eigene Immobilie oder energetische Umbaumaßnahmen geht – es lohnt sich, jetzt zu investieren“, so Klein. Bei den derzeit niedrigen Zinsen ist der Aufwand für die Finanzierung eines Eigenheims kaum höher als die Miete. „Wer also das passende Objekt gefunden hat, sollte die Gelegenheit nutzen“, rät der LBS-Experte.

Festes Fundament

Auch in Zeiten extrem niedriger Zinsen braucht eine solide Finanzierung ein festes Fundament. „Wer eine Immobilie erwerben möchte, sollte mindestens 20 bis 30 Prozent des Kaufpreises inklusive der Nebenkosten angespart haben“, sagt Klein. Mit einem Bausparvertrag kann der künftige Immobilienbesitzer gezielt Eigenkapital aufbauen. Zudem sorgt Bausparen für Planungssicherheit, denn die Zinsen für das spätere Darlehen stehen ab Vertragsbeginn für die gesamte Laufzeit fest. So lassen sich die aktuell günstigen Zinsen langfristig sichern. □



WIR FÖRDERN DRUNTER UND DRÜBER

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch Investitionen in die Infrastruktur und in zukunftsweisende Projekte von Kommunen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Bayerisches Bau- und Ausbaugewerbe:

In Erwartung eines verlangsamten Wachstums

Noch ist die Baukonjunktur robust. Das Wachstum verlangsamt sich aber und die Stimmung im Bayerischen Bau- und Ausbaugewerbe trübt sich in diesem Frühjahr etwas ein. Das ist das Ergebnis der Frühjahrskonjunkturumfrage der Verbände des bayerischen Bau- und Ausbaugewerbes.

Das heute von der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern vorgelegte Konjunkturbarometer zeigt insgesamt ein positives Bild, in wichtigen Kennziffern aber auch schlechtere Umfragewerte als vor einem Jahr. Erfreulich ist, dass 47 Prozent der Bau- und 57 Prozent der Ausbaubetriebe ihre Geschäftslage als gut bezeichnen. Das sind allerdings im Bauhauptgewerbe bereits zehn Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Inzwischen klagt jeder zwölfte Bauunternehmer über schlechte Geschäfte, das sind doppelt so viele Betriebe wie noch vor einem Jahr.

Erstmals weist die Umfrage unter rund 2.000 Bau- und Ausbaubetrieben eine regionale Auswertung aus und zeigt somit Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken: Bei der Geschäftslage

schneiden Unternehmen aus Niederbayern am besten ab, während Oberfranken das schlechteste Ergebnis aufweist. Auch bei den Umsätzen sieht es im niederbayerischen Bau- und Ausbaugewerbe am besten aus, während hier Oberfranken das Schlusslicht bildet.

Auftragsbestände

Jedoch sind die regionalen Unterschiede nicht gravierend. Beim Auftragsbestand weisen laut LVB-Umfrage die Oberpfälzer Unternehmen das dickste Polster auf, während oberfränkische Betriebe den kürzesten Auftragsbestand haben. Der Sprecher der LVB Hans Auracher betonte, dass es auch in diesem Punkt zwischen Bau- und Ausbaugewerken größere Unterschiede gibt: „Wir beobachten,

dass sich die Nachfrage nach Ausbauleistungen auf dem Niveau der beiden Vorjahre stabil bewegt, während unsere Baubetriebe über eine etwas zurückgehende Nachfrage berichten“.

Hans Auracher machte deutlich, dass die Konjunktur bisher sehr stark vom Wirtschafts- und Wohnungsbau getragen wurde, in diesem Jahr aber wohl an Dynamik verlieren wird. „Der Bedarf an fertig gestellten Wohnungen pro Jahr in Bayern liegt immer noch weit unter dem von der Staatsregierung festgestellten Bedarf von 70.000, auch wenn wir vergangenes Jahr leichte Zuwächse hatten“, stellt Auracher fest und verweist darauf, dass die Zahl der genehmigten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Bayern um 4,7 % höher als ein Jahr zuvor war.

Geteilte Prognosen

Die LVB macht für das Sommerhalbjahr geteilte Prognosen. Im Ausbaugewerbe seien die Geschäftsaussichten annähernd so optimistisch wie im Vorjahr. Dagegen sei der Anteil der Bauunternehmen, die in den kommenden Monaten gute Geschäfte erwarten, von 63 Prozent auf 49 Prozent gesunken. Auch die Erwartungen an Aufträge und Gewinne fallen insbesondere im Baubereich negativer aus.

Die Frühjahrsumfrage der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern bestätigt einen Trend, der das gesamte Handwerk betrifft: Der Fachkräftemangel schlägt immer stärker durch. „Unsere Betriebe haben einen hohen Personalbedarf, können diesen aber immer schwerer abdecken. Wir rechnen damit, dass die Zahl der Mitarbeiter im Ausbaubereich in diesem Sommer nur ganz leicht steigen und bei den Baubetrieben stabil bleiben wird“, so der LVB-Sprecher. Er beklagt in diesem Zusammenhang die sinkende Zahl der Absolventen an den Mittelschulen. Dies sei inzwischen eine Wachstumsbremse für die Branche.

Suche nach Auswegen

Bei der Suche nach Auswegen wird derzeit verstärkt über die Integration von Asylsuchenden oder Flüchtlingen in Handwerksbetriebe diskutiert. Die Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern spiegelt in ihrer Umfrage hierzu ein aktuelles Stimmungsbild unter den Betrieben. Obwohl der Zugang zum Arbeitsmarkt etwas erleichtert wurde, sehen viele Unternehmer zu hohe praktische und bürokratische Hürden beim Einstellen von Asylsuchenden oder Flüchtlingen: Ein gutes Drittel der Ausbaubetriebe und fast jeder dritte Bauunternehmer sieht sich laut Befragung

- Modellvorhaben und Wettbewerbe für die Wohneigentumsbildung in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren mit Entwicklungsbedarf schaffen.
- Gesamtstrategie Stadtentwicklung, Wohnen und Integration entwickeln
- Genossenschaftliches Wohnen stärken
- Die kommunale Bodenpolitik zur zielgerichteten Wohneigentumsbildung nutzen
- Lebendige und stabile Quartiere und Nachbarschaften über den Mix aus Wohneigentums- und Mietangeboten schaffen
- Als Kommune Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen anstreben
- Moderatorenrolle der Kommune stärken
- Netzwerke pflegen und ausbauen.

Wie am Fallbeispiel Garching

nicht in der Lage, diesen Menschen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten. Vor allem mangelnde Deutschkenntnisse werden als Problem genannt. Jeder vierte Bau- und Ausbaubetrieb würde Asylsuchenden oder Flüchtlingen trotz Sprachbarriere dagegen eine berufliche Chance geben. Der Rest der Betriebe ist diesbezüglich noch unentschieden. Auracher schließt sich hier der Forderung des Bayerischen Handwerks an, der eine geregelte Zuwanderung anregt, also klare Regeln, unter denen Menschen nach Deutschland einwandern und arbeiten dürfen. Das Asylrecht jedenfalls sei dafür nicht geeignet.

Mindestlohn

Einen weiteren Schwerpunkt des Konjunkturbarometers bildet der seit Januar geltende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro, der gerade im Bau- und Ausbaugewerbe deutlich mehr Bürokratie ausgelöst hat. Dabei stellen die Verbände des bayerischen Bau- und Ausbaugewerks klar, dass sich die Branche nicht gegen Lohnuntergrenzen wendet. In allen Bereichen gebe es ohnehin schon tarifliche oder gesetzliche Mindestlohnregelungen. Es gehe vielmehr um den Aufwand bei den jetzt notwendigen Dokumentationspflichten.

Die Aufzeichnungspflichten gelten auch für Angestellte und Poliere mit einem monatlichen Bruttogehalt bis 2.958 Euro. Das sei viel zu hoch und deshalb für eine Kontrolle der Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro je Arbeitsstunde völlig unrealistisch. Ein Arbeitnehmer müsste in einem Kalendermonat mehr als 348 Stunden arbeiten. Dies entspräche einer wöchentlichen Arbeitszeit von 80 Stunden. Erst dann würde der Mindestlohn unterschritten. Realistisch sind bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden 173 Stunden monatlich.

Neue bürokratische Lasten

Die Umfrage unter den Betrieben zeigt, dass mit dem neuen Mindestlohngesetz auf die Hälfte aller Bau- und Ausbaubetriebe neue bürokratische Lasten zukommen. Die Betriebe seien zudem besorgt, dass sie im Verdacht der Schwarzarbeit früher oder später ins Visier des Zolls geraten könnten.

Der LVB-Sprecher rief die Politik auf, diese unnötigen bürokratischen Hürden aus dem Weg zu räumen und fügte hinzu: „Immerhin hat Kanzlerin Merkel beim Spitzengespräch der deutschen Wirtschaft in München angekündigt, jetzt nach Ostern über das Problem reden zu wollen. Es darf nicht beim Reden bleiben, wie wir das manchmal in Berlin gewohnt sind, es muss jetzt gehandelt werden, schnell – und es darf nicht wieder so eine Hängepartie mit Enttäuschungen werden wie bei der energetischen Gebäudesanierung“.

gezeigt wird, ist es aufgrund der hohen Miet- und Kaufpreise und des angespannten Wohnungsmarktes vor allem finanziell besser gestellten Haushalten möglich, Wohneigentum zu bilden – sofern sie Zugang zu den noch wenig auf dem Markt verfügbaren Bauflächen oder Immobilien haben. Hinsichtlich Haushalten mit und ohne Migrationshintergrund ergeben sich keine oder nur wenige Unterschiede. Wie Haushalte ohne Migrationshintergrund nutzen auch Haushalte mit Migrationshintergrund Möglichkeiten zur Kostenreduzierung durch das Einheimischenmodell und die Optionen, die günstigere Wohnlagen, kleinere Bauflächen und Gebäude für die Reduzierung der Kosten mit sich bringen. Durch Eigenleistungen wird gezielt darauf hingewirkt, die Kosten weiter zu reduzieren. **DK**

Bauhauptgewerbe im Frühjahr 2015:

Baunachfrage zieht um zwei Prozent an

Die Nachfrage nach Bauleistungen zieht langsam wieder an: Wie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in der neuesten Ausgabe seines „Aktuellen Zahlenbildes“ mitteilt, ist der Auftragszugang im Bauhauptgewerbe im Februar um nominal 1,7 % gestiegen (real: + 0,7 %). Für die ersten zwei Monate ergibt sich ein Plus von 1,1 % (real: + 0,0 %). Dies ist überwiegend auf eine zunehmende Ordertätigkeit der Öffentlichen Hand zurückzuführen, die ihre steigenden Steuereinnahmen auch für Investitionen nutzt.

Demgegenüber ist der baugewerbliche Umsatz der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten im Bauhauptgewerbe im Februar um weitere 5,1 % (nominal) zurückgegangen (Jan.-Feb.: - 5,4 %). Diese Entwicklung ist allerdings nicht auf eine schwache Auslastung zurückzuführen, im Gegenteil: Das ifo Institut meldet für die Branche eine saisonbereinigte Kapazitätsauslastung von 75 %, das war der zweithöchste gesamtdeutsche Februarwert. Der Rückgang ist hingegen – wie im Januar – auf einen Basiseffekt zurückzuführen: Der Umsatz war im Vorjahresmonat zweistellig gestiegen.

Ausgesprochen gut abgeschnitten hat der Öffentliche Bau: Die Bauunternehmen meldeten für Februar einen Anstieg des Auftragszugangs von 8,8 % (Jan.-Feb.: + 9,4 %). Die Gebietskörperschaften haben anscheinend ihre Investitionszurückhaltung aufgegeben und nutzen die sprudelnden Steuereinnahmen für mehr Investitionen. Aufgrund der rückläufigen Ordertätigkeit im vergangenen Jahr ist die Produktion allerdings noch im Minus: Der Umsatz ging im Februar abermals um 8,0 % zurück (Jan.-Feb.: - 8,5 %).

Im Wohnungsbau hat das Tempo im Februar etwas nachgelassen: Der Auftragszugang legte lediglich um 1,3 % zu (Jan.-Feb.: + 3,9 %). Auch die Neubaugenehmigungen von Wohnungen in Wohngebäuden

entwickelten sich zu Jahresanfang schwach (Jan.-Feb.: - 3,2 %). Der Auftragsbestand ist aber nach wie vor hoch: In den Büchern standen Anfang 2015 um knapp 15 % höhere Bestände als Anfang 2014. Entsprechend meldeten die Bauunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten den zweithöchsten Umsatzwert im Februar seit 14 Jahren. Aufgrund des Basiseffekts – der Umsatz stieg im Februar 2014 um 35 % – wurde aktuell aber ein Umsatzminus von 2,4 % gemeldet (Jan.-Feb.: - 0,9 %).

Obwohl die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit etwas nachgelassen hat, die Forschungsinstitute erhöhten jüngst ihre BIP-Prognose, ist das Investitionsverhalten der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes noch eher zurückhaltend: Für den Wirtschaftsbau wurde im Februar ein weiterer Orderrückgang von 3,6 % gemeldet (Jan.-Feb.: - 5,9 %). Auch die Umsätze waren rückläufig und lagen um 4,5 % unter Vorjahresniveau (Jan.-Feb.: - 5,7 %). Aufgrund des gestiegenen Baugenehmigungsniveaus im vergangenen Jahr, insbesondere für Fabrik- und Werkstattegebäude, sowie des stabilen Auslastungsgrades der Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe, der zu Jahresbeginn leicht über dem langjährigen Durchschnitt lag, ist der Hauptverband nach wie vor für die Entwicklung im Gesamtjahr verhalten optimistisch. **□**

Schulcampus Gymnasium und FOS Holzkirchen:

Feierliche Einweihung

Im Beisein zahlreicher Ehrengäste - u. a. von Kultusminister Ludwig Spaenle, Landrat Wolfgang Rzehak und dem Holzkirchner Bürgermeister Olaf von Löwis - wurde der Gebäudekomplex des neu errichteten Gymnasiums sowie der Fachoberschule Holzkirchen feierlich eingeweiht. Innerhalb von gut eineinhalb Jahren ist ein Schulcampus entstanden, der auf 28.000 Quadratmetern Platz für 31 Klassen des Gymnasiums und 18 Klassen der Fachoberschule bietet. Zum Schuljahr 2014/15 wurde in den neuen Gebäuden der Unterrichtsbetrieb aufgenommen.

Das naturwissenschaftlich-technologische sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Gymnasium Holzkirchen startete mit den Jahrgangsstufen 5 (5-zügig) bis 7 und insgesamt etwa 320 Schülerinnen und Schülern. Die Fachoberschule, die derzeit rund 610 junge Menschen besuchen, bietet die Ausbildungsrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Sozialwesen sowie Technik an.

Die Realisierung des Schulprojekts war mit einem großen Kraftakt verbunden – nicht nur in finanzieller Hinsicht. Im Juli 2009 waren die Würfel gefallen. Damals entschied sich der Miesbacher Kreistag für den Bau eines staatlichen Gymnasiums in Holzkirchen. Und auch die Fachoberschule sollte ein modernes Zuhause bekommen.

Als „sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft“ bezeichnete Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle die rund 39 Millionen Euro, die vom Landkreis Miesbach und dem Freistaat Bayern für den neuen Schulcampus Holzkirchen aufgewendet worden sind. Spaenle würdigte das Engagement und den unermüdeten Einsatz der Mitglieder der Schulfamilie des Gymnasiums und der FOS Holzkirchen, die wesentlich zum erfolgreichen Start der beiden Schulen beigetragen haben, und ermunterte die Schülerinnen und Schüler, sich mit ihren Ideen aktiv in die Gestaltung des Schullebens einzubringen. **DK**

Spaenle zufolge ist das Neben- und Miteinander dieser beiden erfolgreichen und attraktiven Schularten auf dem gemeinsamen Schulcampus in Holzkirchen ein lebendiges Zeugnis für zwei Grundprinzipien der bayerischen Schulstruktur: zum einen für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, zum anderen für das Vorhandensein von profilierten Schularten, die den unterschiedlichen Begabungsschwerpunkten der Kinder und Jugendlichen Rechnung tragen.

Ein gerechtes Bildungswesen müsse die passenden Angebote für verschiedene Begabungen bereitstellen, betonte der Minister. Dies könne nur durch ein vielfältig differenziertes Schulwesen geschehen, das durchlässig ist und zugleich innerhalb der einzelnen Schularten die Möglichkeiten der individuellen Förderung aus-schöpft.

Landrat Wolfgang Rzehak meinte in seinem Grußwort: „Es ist wahrlich Frühling geworden im Bildungslandkreis Miesbach.“ Die finanzielle Belastung sei zwar enorm, „aber wir steigern so entscheidend die Attraktivität des Landkreises.“ Die jahrelange, zeitraubende Pendelei für Gymnasial- und Fachoberschüler aus Holzkirchen und Umgebung gehöre jetzt auch offiziell der Vergangenheit an, freute sich schließlich Bürgermeister Olaf von Löwis. **DK**

Difu-Studie:

Wohneigentumsbildung von Zuwanderern

Immer mehr Migranten in Deutschland erwerben Wohneigentum zur Selbstnutzung. Zudem steigt die Wohneigentumsquote bei Migranten derzeit deutlich stärker, als jene von Einwohnern ohne Migrationshintergrund. Dies geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Berlin hervor, die den Umfang und die Entwicklung selbstgenutzten Wohneigentums von Zuwanderern im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ untersuchte.

Laut Studie wohnen Zuwanderer in Deutschland vorrangig in städtischen Regionen. In Haushalten von Migranten, die Wohneigentum bilden, leben mehr Menschen, sie sind im Schnitt jünger und verdienen insgesamt weniger Geld als in Haushalten von Menschen ohne Migrationshintergrund. In Deutschland lebende Personen mit italienischem Pass bilden dabei prozentual die größte Gruppe, die Wohneigentum bildet, die hier lebenden Menschen mit türkischem Pass stellen jedoch in absoluten Zahlen die größte Teilgruppe.

Familiäre Lebensplanung

Zumindest für die Menschen mit Migrationshintergrund, die ihren Wunsch nach Wohneigentum realisieren konnten, gilt: Die Voraussetzungen dafür stimmten weitgehend, und mangelnde Sprachkenntnisse oder bürokratische Anforderungen stellten beispielsweise kein Hindernis für die Wohneigentumsbildung dar. Die Motivlagen und Strategien der Wohneigentümer mit Migrationshintergrund zum Erwerb von Wohnimmobilien zu eigenen Wohnzwecken unterscheiden sich in weiten Teilen nicht grundsätzlich von jenen, die bei Eigentümern ohne Migrationshintergrund festzustellen sind. Wichtig sind die Verbesserung der Wohnqualität und die familiäre Lebensplanung. Dies gilt unabhängig von Nationalitäten und Milieus.

Für Menschen mit Migrationshintergrund haben Wohnraumsicherung und die Bindung an das Wohnquartier allerdings eine höhere Bedeutung. Hervorzuheben sind zudem Diskriminierungserfahrungen vor allem auf dem Mietwohnungsmarkt sowie die eher nachrangige Bedeutung des Wohneigentums als Kapitalanlage. Viele der in die Untersuchung

einbezogenen Wohneigentümer waren für die Realisierung ihres stark ausgeprägten Wunsches nach Eigentum bereit, sich hinsichtlich anderer Wünsche und Bedarfe einzuschränken. Hinzu kam ein hohes eigenes Engagement in Bau- und Sanierungstätigkeiten. Auch der erweiterte Familien- und Freundeskreis wurde um Unterstützung bei der Eigenarbeit bis hin zur Finanzierung gebeten.

Zudem wurden in der Regel Informations- und Beratungsstellen sowie Bauträger und Finanzinstitute aufgesucht und deren Leistungen genutzt. Vor dem Hintergrund des stark ausgeprägten Wunsches nach Wohneigentum gehen Haushalte mit Migrationshintergrund – angesichts eher geringerer finanzieller Handlungsspielräume – souverän mit Beratungsinstitutionen, Finanzierungs- und Förderstellen um. Ressourcen und Strategien werden bestmöglich mobilisiert und in einer geschickten Kombination effektiv nutzbar gemacht.

Die Notwendigkeit eines eher günstigen Kaufpreises führt zusammen mit einer starken Bindung an das Wohnquartier, in dem zuvor zur Miete gelebt wurde, dazu, dass Wohnimmobilien häufig in eher weniger nachgefragten und damit günstigeren Wohnlagen erworben wurden.

Vielfältige Chancen

Die Difu-Untersuchung zeigt auch, dass mit der Wohneigentumsbildung von Migranten vielfältige Chancen für die Stadtentwicklung verbunden sind. Wohneigentumsbildung von Zuwanderern hat positive Effekte und zwar vor allem in den Stadtvierteln, die als benachteiligt eingestuft sind. Vor diesem Hintergrund erarbeitete das Difu unter anderem folgende Handlungsempfehlungen:

Einweihung der Walter-Klingenbeck-Realschule Taufkirchen:

„Lernen und Experimentieren“

Die Einführung der offenen Unterrichtsform ist ein pädagogischer Meilenstein im Zuge des Ersatzneubaus

Es war ein abwechslungsreiches Programm, das der Einweihungsfeier der Walter-Klingenbeck-Realschule Taufkirchen zu Grunde lag. Die Veranstaltung wurde gekonnt von einer jungen Dame und einem jungen Herrn aus den neunten Klassen moderiert. Zwischen den vielen Grußworten und Reden waren aufflockernde und unterhaltsame Musikdarbietungen und Theaterinszenierungen eingebettet.

Ulrich Sander begrüßte in seiner Funktion als Zweckverbandsvorsitzender und Erster Bürgermeister der Gemeinde Taufkirchen alle anwesenden Gäste und pries die Vorzüge der „neuen“ Schule. Durch die Entwicklung von der reinen Vormittags- zur Ganztagschule würden ganz neue Anforderungen an die Architektur und die Gestaltung der Außenlandschaften ebenso wie an die Pädagogik gestellt. Die Einrichtung von Lernlandschaften, wie zum Beispiel flexiblen Klassenzimmern, resultiere aus dieser Entwicklung.

Landrat Christoph Göbel, der die Bildung als wichtigsten uns zur Verfügung stehenden Rohstoff bezeichnete, lobte die Bemühungen des Schulzweckverbandes und der kommunalen Familie um die Realisierung des gelungenen Ersatzneubaus. Die Walter-Klingenbeck-Realschule Taufkirchen sei die erste Realschule, die im Landkreis München errichtet wurde, und habe sich im Lauf der Jahre erfolgreich zu einer Partnerschule des

FC Bayern München und des TSV 1860 München sowie zu einer Eliteschule des Deutschen Fußball-Bunds (DFB) gemauert, bemerkte der Landrat nicht ohne Stolz. Durch ein eigenes pädagogisches Konzept, das auf Lernen und Arbeiten in Gruppen und Clustern statt Frontalunterricht im Klassenverbund baut, würden wichtige Grundlagen für die Fachkräfte von morgen gelegt, so Göbel weiter.

Dank an Rumschöttel

Der Landkreis als Sachaufwandsträger hat den Ersatzneubau mit knapp 6 Millionen Euro gefördert. Landrat Göbel dankte allen Beteiligten für ihren Einsatz und ihr Engagement, so auch seiner Vorgängerin im Amt, Johanna Rumschöttel, in deren Amtszeit die Grundsteinlegung für den Neubau des Schulgebäudes fiel.

Lob für innovativen Bau

Auch Ministerialbeauftragter Wilhelm Kürzeder, der die

Grüße der Bayerischen Staatsregierung überbrachte, lobte den innovativen Bau. Die Schule böte den Jugendlichen zahlreiche Freiräume und Kommunikationsnischen. Lernen im Team würde dadurch ausdrücklich gefördert. Durch Glaselemente würden Klassenzimmer transparent. Verschiedene Lehrerstützpunkte, die zwischen Klassenzimmern angesiedelt sind, ermöglichen zudem eine enge Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern. Die Architektursprache vermittele Zusammengehörigkeit und Miteinander, fördere aber auch die Selbstständigkeit, so Kürzeder.

Architekt Benjamin Hardt freute sich, dass man der Schule schon an der Architektur ansehen könne, welchen Wert die Gesellschaft der Bildung beimisst. Auf der Grundlage des Ansatzes „Lernen und Experimentieren“ wurde zusammen

mit dem Lehrerkollegium geplant und gebaut. Die Aula bezeichnete der Architekt als „Herzstück“ des Gebäudes. Auf Transparenz und Offenheit, Durchlässigkeit und Flexibilität wurde ganz bewusst besonderer Wert gelegt. Eine flexible Möblierung mit roll- und stapelbaren Tischen sowie abnehmbaren Tafeln ermöglichten ganz neue Formen von Unterricht und Erziehung.

Der Raum als dritter Pädagoge

Schulleiter Rudolf Galata ging sogar soweit, den Raum als „dritten Pädagogen“ zu bezeichnen. Auch er habe im gesamten Planungsprozess viel Neues gelernt. Bildung und Lernen, so sein Fazit, müsse man bei der Staatlichen Realschule Taufkirchen selbst und live erleben. Galata bedankte sich bei allen, die zum Gelingen der neuen Schule beigetragen haben. Besonders freute er sich, dass die gesamte Lehrerschaft einstimmig für das offene Unterrichtskonzept gestimmt habe und dieses mittrage. Das neue Lernkonzept weise den Weg in die Zukunft. □



Von links: Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberhaching, Stefan Schelle; Erster Bürgermeister der Gemeinde Unterhaching, Wolfgang Panzer; Schulleiter Rudolf Galata; Zweckverbandsvorsitzender und Erster Bürgermeister der Gemeinde Taufkirchen, Ulrich Sander; Landrat Christoph Göbel. □

Sargzwang bei Bestattungen wird zum Auslaufmodell

In den vergangenen Jahren haben die meisten Bundesländer ihre Bestattungsgesetze gelockert und Bestattungen ohne Sarg zugelassen. Nur noch vier Bundesländer schreiben derzeit ausdrücklich einen umfassenden Sargzwang vor. Aktuell diskutiert der Landtag von Sachsen-Anhalt über liberalere Vorschriften.

Viele Muslime wünschen aus Glaubensgründen eine Bestattung im Leichentuch. Neun Bundesländer lassen deshalb Ausnahmen von der Pflicht zum Sarg, insbesondere aus religiösen Gründen, zu. Friedhofsverwaltungen können dort Bestattungen im Leichentuch erlauben. Zuletzt hat 2014 Baden-Württemberg das Bestattungsgesetz dementsprechend geändert. Nordrhein-Westfalen hat den Sargzwang schon 2003 sogar komplett gestrichen. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern fehlen ausdrückliche Vorschriften zur Verwendung eines Sarges bei der Beisetzung. Nur Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt beharren derzeit noch ohne Ausnahmen auf der Pflicht zum Sarg.

Andere Wertvorstellungen

Bald könnte jedoch auch in Sachsen-Anhalt der Sargzwang fallen. Letzte Woche befasste sich der Landtag auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen mit einer Reform des Bestattungsgesetzes. Änderungen sind absehbar, da fraktionsübergreifend auch im Regierungslager Reformbedarf gesehen wird. Im Mittelpunkt stehen neben der Lockerung des Sargzwangs Verbesserungen bei der Leichenschau

und ein Verbot von Grabmalen, die nicht nachweislich ohne Kinderarbeit hergestellt wurden.

Aeternitas e.V., die Verbraucherinitiative Bestattungskultur, plädierte in einer Stellungnahme im Magdeburger Landtag für die Abschaffung des Sargzwangs. Es spricht nichts dagegen, im Rahmen einer zeitgemäßen Bestattungskultur die Bestattung im Leichentuch zuzulassen - nicht nur aus religiösen Gründen. Schließlich haben sich Traditionen und Wertvorstellungen stets gewandelt und verändern sich weiter. Probleme der Hygiene beim Transport lassen sich durch wiederverwendbare Särge vor der eigentlichen Beisetzung lösen.

Eine durchweg schlechtere Verwesung von Leichnamen ohne Sarg konnte bisher wissenschaftlich nicht nachgewiesen werden, hier ist die örtliche Bodenbeschaffenheit entscheidend. Einzelne Friedhöfe könnten deshalb sarglose Bestattungen eventuell verbieten. Fragen der Menschenwürde sieht Aeternitas nicht berührt, sofern eine Bestattung ohne Sarg aus religiösen Gründen oder auf Wunsch des Verstorbenen hin stattfindet. Gerade das Umsetzen des eigenen Willens spiegelt einen würdigen Umgang mit den Toten wider. □

Rechte von Grabnutzern stärken

Aeternitas-Gutachten kritisiert gängige Rechtsprechung

Auf Friedhöfen führen Behinderungen bei der Grabpflege oder ein ungepflegtes Umfeld immer wieder zu Protesten der betroffenen Bürger. Wuchernde Pflanzen und Wurzeln, verlegte Wege, Vandalismus oder Wildschäden müssen von den Gebührenzahlern jedoch oft hingenommen werden. Gerichte befreien die Friedhofsträger meist von der Pflicht, die Nutzungsberechtigten vor Beeinträchtigungen oder Schäden zu bewahren.

Aeternitas, die Verbraucherinitiative Bestattungskultur, kritisiert die übliche Rechtspraxis und fordert, die Rechte der Gebührenzahler zu stärken. Der Verein bemängelt ein Ungleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten. Schließlich seien die Grabnutzer auch zu einem gepflegten Erscheinungsbild ihres Grabes angehalten. Zudem schränkten strenge Gestaltungsregeln die Grundrechte der Nutzer unangemessen ein.

Hintergrund der Forderungen ist ein Gutachten des Aeternitas-Rechtsreferenten und Rechtsanwalts Torsten Schmitt zum Grabnutzungsrecht. Ausgehend von der gängigen Rechtsprechung und Literatur formuliert er seine

Kritik an der bisherigen Auslegung der Gerichte. Eingriffe in das Grabnutzungsrecht müssten strenger reglementiert werden. Zudem sollte es erleichtert werden, ursprünglich vereinbarte und später eingeschränkte Leistungen einzuklagen.

Auch bestehen bisher kaum Möglichkeiten, bereits geleistete Zahlungen an die Friedhofsverwaltungen zu mindern bzw. Gebühren anteilmäßig zurückzuerhalten. Dies wäre jedoch angebracht, wenn zum Beispiel die Laufzeit des Grabnutzungsrechts verändert oder die Zahl der möglichen Bestattungen in einem Grab im Nachhinein verringert wird. Das Gutachten zum Grabnutzungsrecht stellt Aeternitas online zur Verfügung. □

Gebühren allein können Friedhöfe nicht finanzieren

Bedeutung über den Bestattungsplatz hinaus muss stärker betont werden

Schon seit Jahren steckt ein Großteil der deutschen Friedhöfe in der finanziellen Krise. Mit neuen Einnahmequellen und der Umnutzung nicht benötigter Flächen könnten sie vor dem Kollaps gerettet werden. Darüber hinaus sollten Friedhöfe und ihr Wert für die Gesellschaft wieder stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert werden.

Deutschlands Friedhöfe werden zum Großteil über die Gebühren der Bürger finanziert. Dieses Modell stößt aufgrund des seit Jahren ungebremsten Trends zur Feuerbestattung und zu kleinen, günstigen Gräbern an seine Grenzen. Einnahmen brechen weg. In der Folge erhöhen Friedhofsträger die Gebühren, um annähernd die Kosten zu decken. Dies verschärft die Lage weiter, weil besonders günstige Gräber oder Bestattungsmöglichkeiten außerhalb klassischer Friedhöfe noch attraktiver werden. Nach einer Studie von Ernst & Young wollen fast 30 Prozent der Kommunen nächstes Jahr die Friedhofgebühren erhöhen, eine ähnliche Quote wie in den Jahren zuvor.

Fragwürdiges System

Aeternitas e.V., die Verbraucherinitiative Bestattungskultur, stellt das bestehende Finanzierungssystem infrage. „Der Fokus muss verstärkt auf andere Funktionen der Friedhöfe gerichtet werden, über die Funktion als Bestattungsplatz hinaus“, fordert der Vorsitzende Christoph Keldenich. Dies sollte sich auch in der Finanzierung widerspiegeln. Viele Kommunen berücksichtigen zumindest den Nutzen der Friedhöfe als Erholungs- und Naturraum und bezuschussen den Friedhofshaushalt über den sogenannten grünpolitischen Wert. Allerdings ist das Ausmaß häufig unstritten und wird zugunsten des kommunalen Haushalts und zu Lasten des Friedhofs möglichst klein gehalten.

Meist überhaupt nicht spiegelt sich der weitere soziale, kulturelle und historische Wert der Friedhöfe in den Budgets wider. Angesichts der angespannten finanziellen Lage einer Vielzahl deutscher Kommunen bleiben hier Fortschritte fraglich. Nötig wären Sie jedoch. „Wir sollten uns fragen, was uns Friedhöfe wert sind“, sagt Keldenich.

Attraktive Angebote und neue Einnahmequellen können die Einnahmesituation der Friedhöfe verbessern. Gemeinschaftsgrabanlagen, die inklusive Grabpflege an-

geboten werden, erweisen sich jetzt schon als Erfolgsmodell. Gewonnen werden könnten Kunden auch mit einer weiter aufgefächerten Palette an Grabarten und weniger strengen Gestaltungsvorschriften. Einnahmen lassen sich im Rahmen von Stiftungen, Sponsoring und Patenschaften für Grabmale, Gräber, Bäume, Gebäude und Bänke generieren. Fördervereine und ehrenamtliches Engagement stützen heute schon viele Friedhöfe. Beides ließe sich ausbauen.

Eine Reihe von Maßnahmen rückt den Friedhof auch außerhalb der klassischen Gedenktage wie Allerheiligen, Allerheiligen oder Totensonntag in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit: Informationsveranstaltungen, Führungen (auch mit Kindergärten oder Schulen) oder kulturelle Aktionen wie Konzerte und Ausstellungen zum Beispiel. Auch Freizeitangebote wie Spielplätze, Cafés oder Naturlehrpfade führen die Bürger wieder auf die Friedhöfe und lassen sie deren Wert über die Gräber hinaus spüren.

Alternativen

Nicht mehr benötigte Freiflächen könnten zum Beispiel in Parks oder Bauland umgewandelt werden und fielen so dem Friedhofshaushalt nicht mehr zur Last. Auch Tierfriedhöfe oder eine landwirtschaftliche Nutzung stellen eine Alternative dar. Einfach gestaltet sich dies bei Vorhalteflächen, die nie für Bestattungen genutzt wurden. Bei ehemals belegten Grabflächen muss behutsamer vorgegangen werden. Deutschlands Friedhöfe sind zu groß.

In der Vergangenheit wurde ausgehend von falschen Annahmen - unter anderem ein gleichbleibend hoher Anteil von Erdbestattung im Sarg - überdimensioniert geplant. Doch mittlerweile werden 60 Prozent der verstorbenen Bundesbürger eingäschert. Vor 20 Jahren betrug der Anteil noch ein Drittel, vor 40 Jahren sogar nur 15 Prozent (in Westdeutschland). □

Langes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen

GdW beim 8. AAL Kongress und der Messe „Zukunft Lebensräume“

„Der altersgerechte Umbau von Wohnungen und die Nachrüstung mit AAL-Systemen sind Schlüssel dafür, den Menschen ein lebenswertes Altern in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zum Auftakt des 8. AAL Kongresses und der Messe „Zukunft Lebensräume“ in Frankfurt. Dies entspreche den Wünschen der Menschen und sei darüber hinaus auch eine Entlastung der Sozialsysteme.

Die Wohnungswirtschaft ist Vorreiter, wenn es darum geht, älteren Menschen oder Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. In 2013 wiesen rund 350.000 von rund sechs Millionen GdW-Wohnungen einen barrierearmen oder barrierefreien Standard auf. Das sind 6 Prozent aller GdW-Wohnungen. Bundesweit sind dagegen nur etwa 1,75 Prozent - rund 700.000 Wohnungen - altersgerecht ausgestattet. Zudem bieten GdW-Unternehmen häufig spezielle Dienstleistungen und Pflegeangebote für ältere Menschen an, die zunehmend durch neue technische Assistenzsysteme ergänzt werden.

Entlastung der Sozialsysteme

„Wenn aufgrund des Wohnungsbaus bei 15 Prozent der Menschen, die pflegebedürftig werden, die Verweildauer in der eigenen Wohnung verlängert werden kann, könnten die Sozialsysteme um ca. 3 Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden“, erklärte Gedaschko.

Der GdW-Präsident forderte zudem kommunale Demografiekonzepte, die ähnlich wie die quartiersbezogenen Energiekonzepte verstärkt gefördert werden sollten. Kommunen und Wohnungswirtschaft seien vielfach Vorreiter bei der Gestaltung von Wohnumfeld und Quartier und auf Unterstützung angewiesen. Für die Umsetzung von Dienstleistungen und Betreuung vor Ort seien wirtschaftlich tragfähige Kooperationsmodelle zwischen Wohnungswirtschaft, Technik Anbietern und

Sozialwirtschaft unabdingbar. Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Aufnahme technischer Unterstützungssysteme in den Leistungskatalog der Pflegeversicherung begrüßte Gedaschko ausdrücklich. Dies könne besondere Anreizwirkungen für eine wohnnahe Versorgung auslösen und würde endlich auch die Pflegekassen in ein Kooperationsmodell einbeziehen. Die Umsetzung müsse mit dem anstehenden 2. Pflegestärkungsgesetz dringend erfolgen, in dem der Hilfsmittelkatalog um weitere technische Assistenzsysteme erweitert und um laufende Kosten für Strom und Wartung ergänzt werde. Ebenso sei eine angemessene Förderung für den altersgerechten Umbau unabdingbar. „Die Wiedereinführung der Zuschussförderung der KfW unter Einsatz von Haushaltsmitteln wäre ein längst überfälliger Schritt“, so Gedaschko. Die Förderung müsse jedoch auf einem höheren Niveau verstetigt werden. Leider seien die GdW-Unternehmen von einer Zuschussvariante bislang ausgeschlossen.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften. □

Paul Wolff Urnenwände in Bad Staffelstein:

Standardelemente schaffen Individuelles

Der Entwurf für eine Urnenwandanlage auf dem Friedhof der oberfränkischen Kleinstadt Bad Staffelstein war bereits fertiggestellt, als der Produzent von Friedhofssystemen Paul Wolff mit der konkreten Umsetzung der Pläne beauftragt wurde.

Die besondere Herausforderung lag dabei in der Integration einer Sonderausstattung in eine Anordnung aus Standardelementen, womit einerseits dem Wunsch nach einem würdigen und zentralen Raum des Gedenkens entsprochen werden sollte und andererseits die spezifischen Bedingungen des Platzes berücksichtigt werden mussten.

Exponierte Stelle

Dieser verfügt über einen dreieckigen Grundriss und eignet sich somit perfekt für die Aufstellung von Urnenwänden, da er für die Anlage von Einzel- oder Doppelgräbern ohnehin nicht infrage kommt. Zudem liegt er in unmittelbarer Nähe des Leichenhauses und entspricht deshalb genau den Vorstellungen des örtlichen Stadtbaumeisters Andreas Ender, der die Urnenanlage am liebsten an einer zentralen und exponierten Stelle errichten wollte und nicht etwa am Rande des Friedhofs.

Von den drei geplanten Urnenwänden wurden bisher zwei Wände aufgestellt. Ergänzt wurden die beiden Standardbauteile durch eine von Paul Wolff individuell angefertigte halbrunde Mauer, die als Träger für das Relief eines ortsnahen Bildhauers dient.

Unterhalb des Kunstwerks wurde eine von der örtlich ansässigen Schlosserei gefertigte Edelstahlablage zum Abstellen von Grabkerzen angebracht. Dahinter befinden sich Vasen für Blumen, die Paul Wolff in seinem Standardprogramm anbietet.

Platzhalter

Anstatt die Pfeiler der zweiten Wand schon komplett mit Urnenkammern zu bestücken, wurden von der Schlosserei zunächst Zaunfelder als Platzhalter eingefügt, die später problemlos durch weitere Urnenkammern ersetzt werden können.

Für das Jahr 2015 ist die Erweiterung der Anlage um eine dritte Urnenwand vorgesehen: Drei offene Zaunelemente sollen den geschlossenen Raum optisch auflockern und den Mittelpunkt der Anlage – den Baum mit Rundbank – gleichzeitig abschie-

men. Zusätzlich soll gen Osten eine Mauer mit Durchbruch in Kreuzform entstehen. Andreas Ender freut sich: „Ein wundervolles Symbol, wenn die Sonne frühmorgens aufgeht und dort hindurchscheint!“

RAL-Gütezeichen

Alle von Paul Wolff gelieferten Standardelemente sind nach dem Gütezeichen für Urnenbestat-



Standard-Urnenwände von Paul Wolff mit individuell gefertigten Teilen von einem Bildhauer und einer Schlosserei vor Ort.

tungssysteme RAL-GZ 502/3 zertifiziert. Das gilt für die Materialbeschaffenheit ebenso wie für die optimale Be- und Entlüftung der Kammern und die leichte Handhabung der Kammerverschlussplatten. Damit ist Bad Staffelstein eine hohe Produktqualität für viele Jahre in garantiert.

Friedhofswettbewerb in Bayern

„Unser Friedhof - Ort der Würde, Kultur und Natur“

Haßberge - Der für 2015 vom Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege ausgeschriebene Wettbewerb ist Veranlassung, Obst- und Gartenbauvereine sowie Kommunen zur Teilnahme aufzurufen. Der Wettbewerb trägt das Motto „Unser Friedhof - Ort der Würde, Kultur und Natur“. Als letzter Termin für die Anmeldung wurde der 29. Mai bekannt gegeben. Im Landkreis Haßberge sind die Vorbereitungen in vollem Gange.

Die Landkreis-Gartenfachberater Guntram Ulsamer und Johannes Bayer informierten die Vereinsvorsitzenden über Ziel und Anliegen des Wettbewerbs. Gesucht wird der Friedhof, der „würdiger Bestattungsort für die Verstorbenen ist, aber auch den Lebenden als kultureller Mittelpunkt ihrer Stadt oder Gemeinde zur Verfügung steht“.

Qualität

Für die Bewertung sollen Qualität und handwerkliche Ausführung von Eingangstoren oder Wasserstellen einen hohen Stellenwert haben, heißt es. Wegeführung, Bodenbeläge, Gestaltung und Bepflanzung der Grabstellen sowie Ruheplätze für Besucher werden als weitere Entscheidungskriterien genannt. Darüber hinaus sollen Konzepte beleuchtet werden, wobei Gestaltungsvorschriften, ökologische Bewirtschaftung, Anlage von Mustergräbern, Zukunftsstrategien, der Umgang mit Denk- und historischen Grabmalen sowie der Umgang mit dem geschichtlichen Hintergrund des Friedhofs und der Gemeinde eine Rolle spielen. Die Friedhöfe sollen sich dem Fachurteil einer Jury stellen, die im Juni den

schönsten Friedhof im Landkreis künden wird. Als Juroren werden, neben den beiden Fachberatern vom Landratsamt, ein Heimatpfleger, zwei Pfarrer und ein weiterer Mitarbeiter des Land-



Der Friedhof in Haßfurt.

ratsamtes fungieren. Mit der Teilnahme am landesweiten Wettbewerb widmet sich der Landkreis zum ersten Mal in dieser Form schwerpunktmäßig dem Thema Friedhof.

Kulturwandel

Friedhofs- und Bestattungs-

kultur unterliegen auch in ländlich geprägten Regionen, wie dieser zwischen Steigerwald und Haßbergen beiderseits des Mains gelegenen, zunehmend einem Wandel. Wirtschaftliche und kulturelle Konsequenzen zeigen sich hier wie anderswo, weshalb Begräbnisstätten zunehmend in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Gleichzeitig sind im Haßbergkreis für die meisten Menschen Religiosität und althergebrachte Traditionen vergleichsweise wichtiger als in großen Städten.

Sandsteinregion

Die Region ist durch umfangreiche Sandsteinvorkommen geprägt, die bis heute in mehreren Brüchen gewonnen werden. Viele Steinmetzbetriebe arbeiten hier seit Generationen, was sich auf den Friedhöfen in teils aufwändig gestalteten Grabstätten widerspiegelt. Bis heute ist die Begräbnisstätte mit einem steinernen Grabstein für viele Hinterbliebene ein selbstverständliches Zei-

chen des Nicht-Vergessens. Dennoch werden Erdgräber und Urnenstellen seltener und Urnenstellen immer häufiger verlangt. In der Kreisstadt existiert die kreisweit erste durch einen Gärtner betreute und von einem Steinmetz gestaltete Urnengemeinschaftsanlage. Die Jury wird bei ihrer Bewertung sicher die Umsetzung von Neuerungen begutachten, aber die Pflege historischer Substanz nicht außer Acht lassen. Mehrere der überwiegend kleinen, teils idyllisch gelegenen Gottesäcker haben bedeutende und geschichtlich aufschlussreiche Grabstätten zu bieten.

Drei Beispiele pro Kreisverband

Jeder Kreisverband für Gartenbau und Landespflege in Bayern erhält im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Friedhof - Ort der Würde, Kultur und Natur“ die Möglichkeit, bis zu drei herausragende Beispiele einer vorbildlichen Friedhofsgestaltung auszuwählen und öffentlichkeitswirksam zu prämiieren. Schirmherrin des Wettbewerbs ist die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf. Die Sieger werden am 26. September 2015 mit einer Urkunde und einer Bronzeplakette vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz geehrt.

Mecalac-Neuheiten auf der demopark:

Knickgelenkter Mobilbagger und Knicklader

Mecalac präsentiert auf der demopark den neuen, für sein innovatives Bedienkonzept mit der Silbermedaille beim Neuheiten-Wettbewerb der demopark ausgezeichneten, knickgelenkten Mobilbagger 12MTX. Er erfindet die ultimative Vereinigung von einem Mobilbagger und einem Radlader auf allen Ebenen neu: Design, technischer Aufbau, Technologie und Bedienung. Dank des revolutionären Mecalac Bedienkonzepts kann der Fahrer alle Funktionen in einer extrem intuitiven Art beherrschen.

Beim neuen Bedienkonzept des 12MTX ist der Ausgangspunkt die wirkliche Arbeitsweise des Bedieners: Was will der Fahrer machen? Mecalac hat dafür 4 Bedienmodi definiert: Park-, Bagger-, Lader- und Straßen-Modus. Mit dem Mecalac Bedienmodi-Wahlschalter passt sich die gesamte Maschine inklusive der entsprechenden Bedienfunktionen an die auszuführende Arbeit an. Durch die einfache Bedienung des neuen 12MTX kann jeder Fahrer die Maschine sofort effektiv im multifunktionalen Einsatz als Bagger, Lader, Stapler und Geräteträger einsetzen. Die 4 Mecalac Bedienmodi mit automatisierten sicherheitsrelevanten Funktionen sind außerdem ein riesiger Fortschritt in Punkto Arbeitssicherheit. Der neue 12MTX ist mit einer ausfahrbaren Trittstufe ausgestattet. So wird die Sicherheit beim Ein- und Aussteigen aus der Maschine deutlich erhöht und Unfälle vermieden, die sich ereignen können, wenn der Bediener über die Reifen ein- und aussteigt.

Ebenfalls neu und zum ersten Mal auf der demopark zu sehen ist die Knicklader-Baureihe „AX“. 3 kompakte Radlader mit einem Schaufelvolumen von 0,7-1,6 m³ und unterschiedlichen Schaufelarm-Varianten (Standard oder Highlift-Ausführung als Option) passen sich optimal an die individuellen Bedürfnisse der Kunden an. Sie erreichen eine Ausschütthöhe von bis zu 2,53 m beim Standard-Schaukelarm bzw. max. 2,83 m für die Highlift-Ausführung, so dass auch hochbordige 3-4-achsige Lkw problemlos beladen werden können. Alle Maschinen sind mit neuesten Deutz Turbo-Dieselmotoren mit der Abgasstufe III B ausgestattet. Die neue Mecalac AX-Baureihe überzeugt durch ihre robuste Produktqualität, niedrige Unterhaltskosten, einfachste Bedienung, vereinfachte Wartung und nicht zuletzt auch durch ihr schnittiges Design.

Die MCR-Baureihe überzeugt durch ihr intelligentes Konzept und die einfache Bedienung: Mit einem Wahlschalter kann der Anwender zwischen ISO-Baggersteuerung und ISO-Kompaktladersteuerung wechseln. Mit einer maximalen Fahrgeschwindigkeit von 10 km/h erledigt der Mecalac 8MCR seine Arbeiten auf der Baustelle schnell und effektiv. Durch die einzigartige Mecalac-Kinematik kann der Bediener auch dicht an der Maschine arbeiten. Mit einer Reichweite von bis zu 6,70 m und einer max. Grabtiefe von 3,70 m hat der Anwender einen enormen Aktionsbereich und muss seine Arbeit nicht durch häufiges Umsetzen der Maschine unterbrechen.



Der neue Knicklader von Mecalac: Der AX 700, hier im Einsatz beim Verladen von Pflastersteinen.

Der 8MCR kann auch im Kompaktladerbetrieb den Oberwagen um 360° drehen. Das bedeutet einen erheblichen Vorteil gegenüber einem Standard-Kompaktlader. Ein Großteil der Fahrvorgänge wird vermieden und die Beschädigung des Bodens sowie der Verschleiß der Gummiketten minimiert. Aufgrund der wesentlich größeren Ausschütthöhe und Hubhöhe ist der Mecalac 8MCR deutlich vielseitiger einzusetzen. Dank seiner Reichweite ist zum Beispiel ein Entladen eines Lkw mit Paletten aus der zweiten Reihe möglich. Ein weiteres Highlight sind die vierradgelenkten Mecalac Schwenklader. Sie sind die einzigen Schwenklader weltweit, die den Schaufelarm ohne Kippverlust schwenken können. Mit einem Arbeitsbereich von 180° sind sie ideal geeignet für schnelles und effizientes Arbeiten auf engstem Raum und beeinträchtigen den Verkehr nur minimal, da sie in einer Fahrspur arbeiten können. Außerdem sind sie extrem vielseitig sowohl als Radlader, Geländestapler, Bagger oder für Hebearbeiten einsetzbar.

Ein großes Sortiment an Anbaugeräten ermöglicht eine enorme Vielfalt an Einsatzmöglichkeiten. Mit dem AS 900 zeigt Mecalac auf der demopark ein Modell, das für anspruchsvolle Anwendungen im 1,0 m³-Bereich entwickelt wurde. Ausgestattet mit einem 55 kW starken Deutz Turbo-Dieselmotor mit der Abgasstufe III B, einem kraftvollen Monoboomb (Mecalac Single Arm Power) mit 2 Hubzylinder + Boost und einer großzügigen Panorama-Komfortkabine ist die Produktivität der Maschine deutlich erhöht. Für den Betrieb mit verschiedensten Anbaugeräten sind ein zweiter Joystick sowie 2 proportionale Zusatz-Hydraulikkreise optional erhältlich. Der AS 900 kann in 20, 30 und 40 km/h-Version und mit verschiedenen Heckanbau-Konsolen geliefert werden. Dadurch wird der Anbau von Geräten wie z. B. Streuer oder einer Anhängerkupplung deutlich vereinfacht.

Besonders interessant für Kommunen ist auch der vierradgelenkte Teleskop-Schwenklader AS 900te, der auf der demopark mit temporärer Arbeitsplattform, die Arbeiten in bis zu 7,40 m Arbeitshöhe ermöglicht, und Mulcher zu sehen sein wird. Durch die maximale Reichweite von 3,50 m ist zum Beispiel auch das Mulchen eines Hangs problemlos möglich und dank des Schwenkwerks wird dafür nur eine Fahrspur benötigt. Der wendige Teleskoplader ist mit einem 55 kW starken Deutz Turbo-Dieselmotor mit der Abgasstufe III B ausgestattet.

Urnenystem Memorial von PAUL WOLFF



Das neue Urnenystem aus L-Modulen bietet eine große Varianten- und Kombinationsvielfalt und ermöglicht ein würdevolles Beisetzungsempfinden.

Weiter überzeugt Memorial durch eine unsichtbare Verschlussmechanik sowie durch eine hohe Materialeffizienz, die das Gewicht im Vergleich zu den bisherigen Systemen um 30 % verringert.

Vor Ort
in Bayern
und BW für
Sie da!

Telefon (07156) 9349-0
www.paul-wolff.com

PAUL WOLFF

Demopark + demogolf in Eisenach:

Grüne Lösungen nach Maß

Mercedes-Benz zeigt Unimog-Programm in seiner ganzen Vielfalt

Wer Grünflächen pflegt, Gärten anlegt und Landschaften gestaltet, braucht verlässliche und intelligente Technik. Die demopark + demogolf, Innovationsschau der Grünen Branche, öffnet heuer vom 21. bis 23. Juni in Eisenach ihre Pforten. Auf mehr als 250.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche werden erneut rund 400 Aussteller und über 36.000 Fachbesucher erwartet.

Die demopark hat sich zur größten europäischen Freilandausstellung für den professionellen Maschineneinsatz in der Grünflächenpflege, im Garten- und Landschaftsbau sowie bei Kommunen entwickelt. Produkte und Dienstleistungen werden kundennah im Freien präsentiert und Maschinen praxisbezogen im Einsatz gezeigt. Unter der Federführung der Deutschen Rasengesellschaft e.V. werden die aktuellen Themen anlässlich der Sonderschau Rasen auf der demopark + demogolf 2015 vorgestellt. Unter dem Leitthema „Intensive Rasennutzung erfordert nachhaltige Pflegekonzepte“ findet am 23. Juni der Kommunaltag Rasen (Sportanlagen, Parkanlagen, Biotopflächen - Rasen die grüne Lunge in der Stadt) statt.

Durch ausgewählte, spezielle Themen besitzt die demopark + demogolf einen echten Weiterbildungscharakter. Insbesondere für Besucher aus dem Kommunalbereich, aber auch für die Greenkeeper der Golf- und Sportanlagen werden die Deutsche Rasengesellschaft e.V. (DRG) und der Greenkeeper Verband Deutschland e.V. (GVD) Teilnahmebescheinigungen aushändigen, die beispielsweise für das GVD-Zertifizierungsprogramm gewertet werden.

Die demopark + demogolf 2015 zeigt in Eisenach die gesamte Bandbreite an Maschinen und Geräten für die professionelle Grünflächenpflege. Das gut 25 Hektar große Ausstellungsgelände auf dem Flugplatzgelände am Kindel bietet einen einzigartigen Überblick an Technologien für die Grüne Branche. Neben Profimähern und Geräteträgern stellt die große Riege der Kompakttraktoren eines der umfangreichsten Ausstellungssegmente dar. Nicht ohne Grund sind die wendigen Schlepper beliebte Allrounder: sowohl im Garten- und Landschaftsbau als auch in Kommunen, bei Greenkeepern und Dienstleistern. Dank der großen Anzahl an verfügbaren Anbaugeräten für unterschiedlichste Arbeitsaufgaben können sie das

ganze Jahr über in der Rasen- und Arealpflege sowie im Winterdienst eingesetzt werden.

Der Übergang von den Rasen- zu den Kompakttraktoren ist fließend. Aktuelle Modelle im Segment der Diesel-Aufsitzmäher verfügen über eine enorme Flächenleistung. Mit Frontkraftheber und Frontzapfwelle ausgestattet, können sie sogar zahlreiche weitere Anbaugeräte wie Frontkehrmaschinen oder Schneeschilder aufnehmen. Klein aber bequem, so lautet hier die Devise. Neigungsverstellbare Lenkräder sorgen nicht nur für einen ungehinderten Einstieg, sondern auch für eine bequeme Armhaltung während der Arbeit. Die Zero-Turn-Mäher fallen ebenfalls in diese Leistungskategorie und sind, was ihre Wendigkeit betrifft, nicht zu toppen. Hohe Flächenleistungen und der Wegfall eines Ausputzmähers sind gerade auch für Dienstleister ein wichtiges Argument.

Grünprofis sollten sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, das eine oder andere Modell selbst einmal auszuprobieren. Schließlich bietet die demopark + demogolf die einzigartige Möglichkeit, viele der neuen Maschinen vor Ort ausgiebig zu testen. Pflegeprofis können auf dem demopark-Gelände das gesamte Spektrum der neuen Modellreihen an Kompakt- und Kommunalkompletttraktoren zusammen mit Anbaugeräten für die verschiedensten Arbeitsaufgaben in Augenschein nehmen.

Als nennenswerte Trends bei den Kompakttraktoren zeigen sich neben höherer Leistung und größerem Kabinenkomfort vor allem neue Getriebekonzepte, die den Fahrer spürbar entlasten. So ist intelligente Elektronik mittlerweile in der Lage, die Motordrehzahl automatisch an den jeweiligen Lastzustand anzupassen, wodurch sich der Fahrer vollständig auf die eigentliche Arbeit konzentrieren kann. Sinkende Kraftstoffverbräuche bei deutlich steigender Produktivität sind die erfreuliche Folge für den Anwender. Wie

zahlreiche Hersteller bestätigen, ist gerade im Kompakttraktorbereich – unter anderem dank stetiger Professionalisierung in den GaLaBau-Betrieben – verstärkt die Forderung nach raffinierter Technik zu vernehmen. Ein Beispiel betrifft den Einsatz elektronischer Fronthubwerke, die die bislang verwendeten mechanischen Entlastungsfedern ersetzen. Der Fahrer kann damit den Auflagedruck eines Frontanbaugerätes während der Fahrt stufenlos aus der Kabine einstellen, etwa, um beim Mähen ein Skalieren der Grasnarbe zu verhindern. Beim Mähen seitlich am Hang lässt sich durch Erhöhung des Auflagedruckes ein Abrutschen der Vorderachse verhindern.

Interessant ist auch der neue Heckanbau-Assistent, den ein Hersteller für seine Kompakttraktoren anbietet. Per Kippschalter am Heckkotflügel kann der Traktor maximal 12 Millimeter pro Sekunde vor- und rückwärts bewegt sowie das Hubwerk feinfühlig an- und abgesenkt werden. Das lästige Auf- und Absteigen des Fahrers beim Ankuppeln der Anbaugeräte gehört damit der Vergangenheit an. Viele Anbaugeräte im Bereich Mäh- und Mulchtechnik, Gras- und Laubaufnahme, Bodenbelüftung und -bearbeitung, Gehölz- und Heckenpflege, Kehrtechnik, Wildkrautbeseitigung, Wegebau und Winterdienst werden in optimierten Versionen präsentiert. Neu ist beispielsweise ein variables Schild, dessen seitliche Verbreiterungen sich je nach Bedarf vom Fahrer in der Kabine ein- oder ausklappen lassen. So lassen sich sowohl enges Gehwege als auch größere Parkflächen in einem Rutsch vom Schnee befreien.

Mercedes-Benz wird auf der diesjährigen „Demopark“ (Freigelände Stand-Nr. B-243) rund um den Unimog technische Neuerungen, neue Anwendungen und spezielle Angebote bei Verkauf und Service auf einer Fläche von 3.780 Quadratmetern offerieren. Ausgestellt und zum Teil in Aktion zu erleben sind 19 Fahrzeuge mit ganz verschiedenen, teilweise neuen Gerätekombinationen.

Nachdem auf der Messe vor zwei Jahren die neu entwickelten Unimog-Geräteträger mit Euro-VI-Motoren Weltpremiere gefeiert



Der Mercedes-Benz Unimog Geräteträger Euro VI (U 216-U 530): Aufbauten für Kommunen, Garten- und Landschaftsbau sowie kommunale Lohnunternehmen.

ert hatten, steht diesmal das komplette Programm in zahlreichen, zum Teil neuen Anwendungen bereit. Vom Unimog U 216 und Unimog U 218 als Einstiegsmodelle über den U 318, den U 423, U 527 bis zum U 530 sind alle Modelle vertreten. Sie sind ausgerüstet mit den umweltfreundlichen und leistungsstarken BlueEfficiency Power-Motoren. Die drei Vier- und zwei Sechszylinder leisten zwischen 115 kW (156 PS) und 220 kW (299 PS). Zum ersten Mal überhaupt gezeigt wird außerdem ein Unimog U 5023 aus der Baureihe der hochgeländegängigen Fahrzeuge.

Mit besonders kompakten Abmessungen übernehmen der Unimog U 216 und U 218 den Part der Einstiegsmodelle. Ihr Radstand fällt mit 2800 Millimetern um 200 Millimeter geringer aus als beim U 318, außerdem sind sie um 50 Millimeter schmaler. So erreichen sie einen Wende-

kreis von 12,6 Metern, ein absoluter Pkw-Wert. Die grundsätzlichen Vorzüge der ganzen Baureihe weisen auch diese Modelle auf, nämlich hohe Umweltverträglichkeit der Euro-VI-Motoren, die gegenüber den Vorgängern modernisierte und optisch aufgewertete „Freisichtkabine“ oder die einzigartige Wechsellenkung VarioPilot®-System (Lenkrad und Pedale lassen sich vom Fahrerplatz für den Einsatz auf den Beifahrerplatz verschieben).

Weiterentwicklungen der Arbeitshydraulik und der Leistungshydraulik, höhere Nutzlast und ein hohes Zuggesamtgewicht erweitern das Einsatzspektrum der hochprofessionellen Geräteträger. Seinerzeit hatte Mercedes-Benz für großes Aufsehen gesorgt, als es gelang, die voluminöse Abgasreinigungstechnik der Euro-VI-Motoren auf dem kompakten Unimog-Fahrgestell nicht nur unterzubringen, sondern dabei auch

für die meisten Modelle den Radstand zu verkürzen. Wichtige Neuerungen bildeten außerdem der synergetische Fahrtrieb EasyDrive - fliegender Wechsel während der Fahrt vom stufenlosen Hydrostat zum mechanischen Schaltgetriebe -, die verbesserte Arbeits- und Leistungshydraulik und ein neues Bedienkonzept.

Auch die hochgeländegängigen Unimog haben im Zuge der Umstellung auf die Euro-VI-Motoren stark profitiert. Unter anderem erweitert ein neuer Motorebenbetrieb die Einsatzmöglichkeiten beim Antrieb von Aufbauten. Der Fahrkomfort in der fast schon klassischen Fahrerkabine hat sich durch die jetzt verwirklichte Mittelmotortage nochmal deutlich verbessert.

Vielfalt im Unimog-Einsatz stellt der Mähzug für absaugendes Mähen dar, den Mercedes-Benz zusammen mit dem Aufbauhersteller Mulag präsentiert. Der Unimog hat hier – das ist eine Premiere – eine Mähtür auch auf der linken Seite, gedacht zum Mähen der Mittelstreifen. Die Mähtür ermöglicht es dem Beifahrer, quer zur Fahrtrichtung sitzend das Mähgerät zu steuern. Beim Einsatz mit linker Mähtür wird das Lenkrad mittels VarioPilot®-System auf die rechte Seite verschoben. Zum Mähzug gehört auch der Anhänger, in den das Mähgut abgesaugt wird.

Ab Werk ist jetzt eine Vorrichtung für Aufbaukehrmaschinen lieferbar. Das vereinfacht die Arbeiten, die bisher beim Aufbauhersteller erledigt wurden. Die passenden Aufbaukehrmaschinen liefern die Firmen Aebi-Schmidt und Trilety. **DK**



Überzeugt Kämmerer und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die neuen Kommunalprofis von Mercedes-Benz.

Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen. Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023) – Ihr Unimog Partner beweist es Ihnen gerne. www.neuerunimog.de



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Freisinger Gartentage:

Willkommen Italien!

Bereits zum 19. Mal wird die Gartenwelt im Rahmen der Freisinger Gartentage in den beschaulich-meditativen Höfen und Gärten des ehemaligen Klosters Neustift zu Gast sein. Aussteller und Referenten von internationalem Ruf werden von 8. bis 10. Mai umfassend Einblick in die Vielfalt der faszinierenden Welt der Gartenkultur Italiens geben.

Eröffnet werden die Freisinger Gartentage im Rahmen eines Festakts im Kreuzgang durch Landrat Josef Hauner. Zur Eröffnungsfeier werden Ehrengäste wie Generalkonsul Filippo Scamaccia del Murgo vom Italienischen Generalkonsulat in München und Freisingers Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher erwartet.

Mit über 120 ausgewählten Ausstellern, die ihre Sortimente präsentieren und einem hochkarätig besetzten Rahmenprogramm sind die Freisinger Gartentage mittlerweile eines der bedeutendsten Ereignisse im internationalen Gartenkalender. Mehr als 60 der bekanntesten Staudengärtnereien und Baumschulen aus Deutschland, Belgien, Italien, Österreich und in diesem Jahr erstmals auch aus Slowenien werden ihre qualitativsten Pflanzensortimente und Neuzüchtungen, darunter wahre Seltenheiten, präsentieren.

Unter der Leitung von Ursula

Gräfen, Landschaftsarchitektur und Staudenexperten aus München, wird eine international besetzte Jury wieder die Preisträger im Ausstellereettbewerb auswählen. Preise werden in den Kategorien: Interessantestes botanisches Sortiment, Schönste Standgestaltung und Beste Kundeninformation vergeben.

Für das Vortragsprogramm unter dem Motto „Die Gartenwelt zu Gast in Freising – Willkommen Italien!“ konnten namhafte Experten gewonnen werden, die ihr einzigartiges Wissen und ihre große Erfahrung mit den Gästen teilen und aus erster Hand Einblicke in die faszinierende Gartenwelt Italiens und deren Einflüsse auf die Gartengestaltung in ganz Europa geben werden.

Die Vorträge der Gartentage-Praxis unter dem Motto „Hortensien – Blumen der Königin“ bieten reiches und praktisches Gartenwissen. Als ganz besonderes Schmankerl präsentiert Rudolf Goerge, Kreisheimatpfleger und

Kulturbeauftragter des Landkreises Freising, die speziell für die Gartentage konzipierte Ausstellung „Lilienzweig und Rosenkorb – Blumen als Attribute von heiligen Frauen und Männern“.

Die Landschaftspflegeverbände Dachau, Fürstfeldbruck und Freising initiierten mit dem Projekt Amperkiesel & Co eine neue Art, den Fluss Amper zu entdecken. Eine detaillierte Ausstellung informiert über die geologische und mineralogische Herkunft von 80 verschiedenen Amper-Kieselsteinen.

In einer umfassenden, von Matthias Maino konzipierten Ausstellung, wird der Landschaftspflegeverband Freising e. V. über die Anlage, Entwicklung und Erhaltung von Streuobstwiesen im Landkreis informieren. Dazu erläutern die Imker der regionalen Vermarktungsinitiative „Freisinger Land“ die große Bedeutung der Bienen für den Obst- und Gartenbau und verkaufen Honig von heimischen Bienen.

Neben einem reichhaltigen Kinderprogramm wird im Klostergarten wieder temporär das Gartentage-Labyrinth zu erleben sein. **DK**

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

1100 Jahre Garching:

Kurs auf Fortschritt

Mit über 70 Einzelveranstaltungen feiert Garching das ganze Jahr über 1100. Geburtstag. Laut Erstem Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann „ist ein schönes, rundes Angebot für alle Bevölkerungsgruppen entstanden“. Die Stadt und ihre Bürger präsentierten sich mit hochwertigen Ausstellungen, Konzerten, Theateraufführungen, mit Lesungen und Filmen.

Ausführliche Informationen über die bunte Palette an Festlichkeiten zur 1100-Jahrfeier werden in einer eindrucksvollen Festschrift auf stolzen 74 Seiten vorgestellt. Laut Stadtoberhaupt Gruchmann „verschafft das Werk einen ausführlichen Überblick, wann was stattfindet“. Vorgestellt werde eine beachtliche Fülle an Programmpunkten; gleichzeitig handle es sich um ein beeindruckendes Dokument der Begeisterung engagierter Garchingerinnen und Garchinger. Die Entscheidung „wo gehen wir heute hin“ werde deshalb nicht immer leicht fallen. Vieles finde erstmalig und einmalig statt, anderes werde es in den nächsten Jahren wieder geben, „hat aber unter dem Dach der 1100-Jahrfeier einen guten Platz gefunden“.

Neben einem Blick zurück in die Geschichte wagt die Festschrift auch einen Blick in die Zukunft: „Was bleibt, was nehmen wir mit?“ fragen die Verantwortlichen zur 1100-Jahrfeier. „Garching zum Mitnehmen“ hat in der Festschrift ebenso einen Platz gefunden wie die Namensgeber Garchings, die Gowirchs, und das Aktionszeichen. Auch Hinweise zur Barrierefreiheit waren den Verantwortlichen sehr wichtig. Denn wünschenswertes Ziel ist es, dass möglichst viele Men-

schon die Möglichkeit haben, an den einzelnen Veranstaltungen teilzunehmen und mitzufeiern.

Auf dem Programm stehen unvergleichliche Erlebnisse wie die Open Air Carmina Burana, der Weiße Wisent, die Lange Nacht der Wissenschaften, der historische Festzug oder ein sommerliches Picknick mit Jubiläumstorte am Business Campus.

Garching ist heute eine moderne Stadt, in der über 16.000 Menschen aus 100 Nationen zusammenleben. Ein „Friedensfest“ am 12. Juni in der Grundschule Garching-West passt darum gut hierher. Es ist übrigens der Abschluss der Projektwochen. Aber da man sich in Altbayern befindet, hat auch der Heimatabend mit Volkstanz am Tag darauf im Bürgerhaus ganz selbstverständlich seinen Platz.

Sein 25-jähriges Stadterhebungs-Jubiläum feiert die Stadt Garching mit einem Festakt am 14. September 2015. Gleichzeitig wird an diesem Abend die Auszeichnung „Garching ehrt das Ehrenamt“ verliehen. Außerdem zeigen Jugendliche ihren Film, das Ergebnis des Talent Campus in Garching.

Ebenfalls am 14.9. bekommt Garching einen Helmut-Karl-Platz. Wie der Stadtrat einstimmig

beschlossen hat, wird der Platz rund um den Schwanenbrunnen den Namen des 2012 verstorbenen Bürgermeisters erhalten. Helmut Karl fungierte von 1972 bis 2002 als Stadtoberhaupt.

Es war einmal eine Vision - ein Wunschtraum, der zusammentraf mit Hartnäckigkeit und Verhandlungsgeschick sowie mit Weitblick geprägten Entscheidungen zur rechten Zeit. Ein Wunschtraum, der Befürworter fand, Realität wurde und Erfolgsgeschichte schrieb. Heute, 20 Jahre später, verfügt Garching über eine hervorragende verkehrliche Infrastruktur, mit gleich drei U-Bahnstationen sowie einem 10-Minuten-Takt in die Metropole München. Dieser Tag der Stadtgeschichte wird im Rahmen der 1100-Jahrfeier mit einer Ausstellung zum U-Bahnbau in den U-

Landkreis Günzburg:

Ausgezeichnete Familienfreundlichkeit

Die Familien- und Kinderregion Landkreis Günzburg ist seit kurzem Mitglied bzw. Netzwerkpartner im Familienpakt Bayern. Damit bekennt sich der Landkreis Günzburg als eines der ersten Mitglieder zu den Zielen des „Familienpakts Bayern“. Er bringt eigene familienfreundliche Maßnahmen ein bzw. stellt Beiträge zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit vor.

Im entsprechenden Mitgliedsantrag sowie nun auch in einer neuen Broschüre „Familienfreundlichkeit im Unternehmen“ werden die bisherigen und aktuellen Maßnahmen des Landkreises Günzburg bzw. der Regionalmarketing Günzburg GbR – Wirtschaft und Tourismus (RMG) seit Verabschiedung des Leitbildes „Die Familien- und Kinderregion“ im Jahr 1999 aufgeführt. Es werden Initiativen zum Thema „Beruf & Familie“ auf Bundes- und Landesebene vorgestellt, denen sich interessierte Unternehmen und Organisationen aus dem Landkreis Günzburg anschließen können und von deren Services sie profitieren können sowie verschiedene anerkannte Zertifikate für „Familienfreundliche Arbeitgeber“, die diese erwerben können bzw. zum Teil bereits tragen (die Sparkasse Günzburg-Krumbach sowie das Landratsamt Günzburg beispielsweise sind Träger des Audits „berufundfamilie“ der Hertie-Stiftung). Des Weiteren beinhaltet die neue Broschüre der RMG Informationen zum Bündnis für Familie Landkreis Günzburg, zum Familienportal des Landkreises, zur Kinderferienbetreuung der Kommunalen Jugendarbeit sowie zu Bayerns erster interkommunaler Kinderkrippe „Kids & Company“ in Günzburg. Nicht zuletzt werden in der 12-seitigen Veröffentlichung der Landkreis-Wirtschaftsförderung die Preisträger des Wettbewerbs „Beruf & Familie“, den die RMG gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, der Kreishandwerkerschaft, der IHK und dem Bündnis für Familie im Landkreis Günzburg für 2014 bis 2017 zum dritten mal ausgerufen hatte, mit ihren Maßnahmen vorgestellt.

„Im Gesamtkontext Familienfreundlichkeit ist uns eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit allen Vorteilen, die diese für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bringt, wichtig“, so Landrat Hubert Hafner. Der Wettbewerb „Beruf und Familie“, der bereits 2009 und damit weit bevor das Thema bundesweit die Aufmerksamkeit erreichte, die es heute hat, ist hierzu ein bedeutendes Projekt. „Als Wirtschaftsförderstelle des Landkreises möchten wir damit natürlich zum einen entsprechendes Engagement fa-

Bahnvittrinen gefeiert. Die Ausstellung ist ab 21. Oktober zu sehen.

„Zusammenhalten und Anpacken“

Eine kurzweilige Reise durch 1100 Jahre Stadtgeschichte erleben vor kurzem rund 500 Gäste im Rahmen einer glanzvollen Jubiläumssfeier. Staatskanzleichef Marcel Huber sprach von einer pulsierenden Universitätsstadt, deren Bürger zeigten, was Bayern ausmache, nämlich: „Zusammenhalten und Anpacken.“ Münchens Landrat Christoph Göbel unterstrich, dass Garching immer Kurs auf Fortschritt genommen habe. TU-Präsident Prof. Wolfgang Herrmann bezeichnete Garching als eine Weltstadt der Wissenschaft, die in einem Atemzug mit Stanford und Berkeley genannt werde.

Nach dem Festakt feierten über 1000 Bürger am Rathausplatz, auf dem die Lichtinstallation der Freiwilligen Feuerwehr Garching zu bestaunen war. **DK**

Bildungsmesse Inn-Salzach:

Lebendige Informations- und Aktionstage

Alle bisherigen Rekorde brach die zehnte Auflage der Bildungsmesse Inn-Salzach 2015: Über 5.000 Besucher strömten an zwei Veranstaltungstagen auf den Zeltplatz und den Stadtsaal in Mühldorf am Inn, um sich bei insgesamt 105 Ausstellern aus Industrie, Handel, Banken und Handwerk sowie einer Vielzahl an Bildungsträgern über berufliche Möglichkeiten und Weiterbildungsangebote zu informieren. Zudem bereicherte ein buntes Rahmenprogramm mit Tanz, Musik und Handwerksvorführungen die Messtage.

Die Bildungsmesse InnSalzach ist ein Gemeinschaftsprojekt der Landkreise Mühldorf und Altötting sowie der IHK, der HWK, der Kreishandwerkerschaft und aller Schulen. Ziel der Messe ist nicht die trockene Vermittlung von Information, sondern vielmehr lebendige Informations- und Aktionstage. Die gesamte Vielfalt der Lern- und Bildungsmöglichkeiten der Region wurde gebündelt dargestellt. Dabei stand der persönliche Kontakt zwischen Unternehmen und Auszubildenden, zwischen Bildungsträgern und Fortbildungsinteressierten im Mittelpunkt.

Lebenslanges Lernen heißt das Schlüsselwort, wenn man auf dem Arbeitsmarkt bestehen möchte. Und das liegt in der Eigenverantwortlichkeit jedes Einzelnen. Während in der schulischen und beruflichen Ausbildung der Weg weitgehend strukturiert ist, ist der Bereich Fortbildung sehr heterogen. Auch hier konnte die Bildungsmesse weiterhelfen.

Wie der Gastgeber der diesjährigen Bildungsmesse, Landrat Georg Huber, deutlich machte, bleibe ein Messeziel, mit der Präsentation des Angebots junge Leute in die Region zu locken und letztlich auch dort zu halten. Seit Jahren investiere der Landkreis Mühldorf Millionen Euro in Bildungsmöglichkeiten, vom angestrebten Neubau einer Berufsschule in Mühldorf bis zum Teilneubau des Gymnasiums Gars am Inn. Mit Blick auf die Zukunft der Fach- und Berufsoberschule kündigte Huber an, dass es in absehbarer Zeit eine Kooperation, einen Zweckverband mit dem Landkreis Altötting, geben werde.

An Wirtschaft und Gesellschaft appellierte der Landkreischef, allen jungen Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Auch Asylbewerber könnten die Wirtschaft stärken. Sie warteten nicht auf den Sozialstaat, „aber sie wollen mitgenommen werden“, erklärte Huber. Auch die Förderschüler hat der Landrat im Visier: „Wir brauchen diese Menschen, uns darf kein junger Mensch verloren gehen.“

Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber attestierte Deutschland „paradiesische Zustände“ und appellierte an die Jugendlichen, das hervorragende Messeangebot zu nutzen und sich umfassend zu informieren. Schließlich könne die Ausbildungs- und Berufswahl

unter Umständen 40 Jahre Berufsleben betreffen. Von der Bildungsmesse versprach sich Huber ein „Matching“ von Bewerbern und Ausbildern. Es gehe darum, die richtige Person auf den richtigen Posten zu bekommen.

Huber verwies mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen südeuropäischen Ländern darauf, dass sich die Menschen nicht überall ihren Beruf aussuchen könnten. Eine Chance für den Arbeitsmarkt stellten auch die Asylsuchenden dar. „Passende Leute auf die passenden Stellen“ bringen, ist nach Hubers Einschätzung hierbei eine der zentralen Aufgaben. Dafür müssten auch bürokratische Hürden beseitigt werden. **DK**

BAVERISCHE
Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Klausmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



V. l.: Der Leiter des Kreisjugendamts im Landratsamt, Bernd Rickmann, der Leiter des Regionalbüros Süd der Transferagentur Bayern, Tobias Schmidt und Landrat Dr. Klaus Metzger.

Landkreis Aichach-Friedberg:

Bildungslandschaft stärken

Landrat Dr. Klaus Metzger startet Bildungsinitiative mit der Transferagentur Bayern

Der Landkreis Aichach-Friedberg wird von der Transferagentur Bayern bei der Weiterentwicklung eines kommunalen Bildungsmanagements unterstützt und verbessert somit langfristig das Bildungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis. Ziel ist es, lebenslanges Lernen vor Ort dauerhaft zu fördern und für alle Menschen zugänglich zu machen.

Die Transferagentur, eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), ist Teil eines bundesweiten Netzwerkes, das Kommunen beim Auf- und Ausbau ihres Bildungsmanagements vor Ort begleitet. Dazu stellt sie dem Landkreis Aichach-Friedberg zum Beispiel Modelle bereit, die bereits in anderen Kommunen in Deutschland erfolgreich erprobt wurden und zu einer Verbesserung der lokalen Bildungsarbeit beigetragen haben. Für ein erfolgreiches kommunales Bildungsmanagement werden außerdem die regionalen Besonderheiten berücksichtigt und alle Akteure aus der Bildungslandschaft vor Ort mit einbezogen.

Tobias Schmidt von der Transferagentur Bayern kennt die Vorteile der vielfältigen Bildungslandschaften vor Ort: „Ob Unterstützung bei Bildungsübergängen,

Kooperationen von Bildungsakteuren oder ein starkes Ehrenamt-Bildungsarbeit vor Ort ist vielfältig und kann gerade deshalb von aufeinander abgestimmten Prozessen enorm profitieren.“

Eine gemeinsame Zielvereinbarung, die vom Landratsamt und der Transferagentur Bayern erarbeitet wurde, hält die Schwerpunkte dieser neuen Kooperation fest. Auch Landrat Dr. Klaus Metzger sieht darin große Chancen für Aichach-Friedberg: „Bildung ist ein zentraler Faktor bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unseres Landkreises. Eine gut ausgebaute und konzeptionell aufeinander abgestimmte Bildungsinfrastruktur bildet die Basis für eine erfolgreiche Zukunft und sorgt dafür, dass unser Landkreis für Familien und Betriebe gleichermaßen attraktiv bleibt.“



V. l.: Werner Weigelt (Geschäftsführer RMG), Landrat Hubert Hafner, Meinrad Gackowski (Familienbeauftragter im Landratsamt Günzburg) und Dagmar Derck (Projektleiterin Beruf & Familie bei der RMG) mit der Urkunde zur Mitgliedschaft im Familienpakt Bayern sowie der neuen Broschüre „Familienfreundlichkeit im Unternehmen“.

Lesepatenprojekt erstmals auch an Grundschule

Freiwilligenagentur des Landkreises Regensburg erweitert ihr Angebot

Regensburg (RL). Spaß am Lesen vermitteln. Dieses Ziel hat sich das Lesepatenprojekt der Freiwilligenagentur des Landkreises Regensburg gesteckt. Seit 2010 engagieren sich ehrenamtliche Vorleserinnen und Vorleser um Kindern in Tageseinrichtungen vorzulesen. Jetzt startet das Projekt erstmals auch an einer Schule durch, und zwar an der Grundschule Pettendorf-Pielenhofen.

„Lesen ist etwas wunderbares! Jedes Buch nimmt euch mit auf eine kleine Reise in eure Phantasie! Entdeckt es einfach selbst!“, begrüßte Landrätin Tanja Schweiger die kleinen Bücherfreunde und deren Unterstützer.

Lesen ist eine Schlüsselkompetenz: Es hilft bei der persönlichen Entfaltung, bei der Erschließung unserer Lebenswelt und befähigt uns, weitere Medien zu nutzen. Allerdings lässt sich Lesen nicht von heute auf morgen erlernen. Es ist vielmehr ein dynamischer Prozess, der Zeit und Durchhaltevermögen erfordert. Vorlesen führt Kinder schon frühzeitig an die Freude am Lesen heran. Doch statistisch gesehen wird in den Familien immer weniger vorgelesen. An der Grundschule in Pettendorf wirken diesem Trend künftig ehrenamtliche Lesepaten entgegen, die den Kindern im Anschluss an den Unterricht zusätzliche Zeit mit Büchern ermöglichen. „Die Unterrichtszeit bleibt davon unberührt“, betonte Rektorin Brigitte Karl bei der Vorstellung des Lesepatenprojektes, die passenderweise am „Welttag des Buches“ stattfand.

Erster Einsatz nach den Ferien

Geplant ist vielmehr, dass nach den Pfingstferien Lesestunden an Schultagen stattfinden werden, an denen zwischen Unterrichtsende und Abfahrt der Busse freie Zeit bleibt. Eine Handvoll Lesepaten steht schon bereit und freut sich auf den ersten Einsatz nach den Ferien. Damit der Aufwand für die ehrenamtlichen Helfer in einem überschaubaren Rahmen bleibt, sind weitere Vorleser jederzeit willkommen, sagte Karl weiter.

„Die Vorleser sind keine Ersatzlehrer. Sie schenken den Kindern vielmehr Zeit mit Büchern“, hob die Leiterin der Freiwilligenagentur, Dr. Gaby von Rhein, hervor. Zum Auftakt des ersten Lesepa-

tenprojektes an einer Grundschule kam von Rhein nicht mit leeren Händen nach Pettendorf. Im Gepäck hatte sie neben schmucken Lesezeichen und schmackhaften Brezen und Karotten für die Schüler auch eine große Bücherschatzkiste, die sie gemeinsam mit Landrätin Tanja Schweiger an Rektorin Karl übergab.

Schatzkiste

In der Schatzkiste befinden sich neben einigen CDs vor allem 40 Bücher - von Bilderbüchern bis hin zu Sachbüchern und Geschichten. Selbst russisch-deutsche oder arabisch-deutsche Bücher sind in der Schatzkiste zu finden. Insgesamt sieben Bücherschatzkisten hat die Freiwilligenagentur für das Lesepatenprojekt angeschafft und stellt sie allen teilnehmenden Einrichtungen auf Zeit zur Verfügung. Bis die Pettendorfer Schatzkiste wieder weiterwandert, bleibt den Kindern und Lesepaten allerdings noch genügend Zeit, um darin herumzustöbern und viele der Bücher auszusuchen und miteinander zu lesen.

Die Betreuung der Lesepaten liegt in den Händen der Freiwilligenagentur. Sie führt die neuen Ehrenamtler in die Gruppe der mittlerweile rund 120 Lesepaten der Agentur ein und dient ihnen als Ansprechpartnerin für alle Fragen des Ehrenamtes. Darüber hinaus organisiert die Freiwilligenagentur regelmäßige Treffen zum Erfahrungsaustausch und Fortbildungen im Rahmen des Lesepatenprojektes.

Vorzeigemodell

Das Projekt wurde im Frühjahr 2010 als Gemeinschaftsprojekt des Kreisjugendamtes, der Freiwilligenagentur und der Landkreis-VHS ins Leben gerufen. Ehrenamtliche Lesepaten und Lesepaten sollen gefunden und geschult werden, um regelmäßig in Kindereinrichtungen des Landkreises vorzulesen oder mit den Kindern zu lesen. Mittlerweile ist das Projekt ein Vorzeigemodell geworden. Es beteiligen sich inzwischen rund 45 Kindertageseinrichtungen und eine Grundschule im ganzen Landkreis und über 120 ehrenamtliche Lesepaten.

Weitere Informationen: Freiwilligenagentur im Landkreis Regensburg, Dr. Gaby von Rhein, Telefon (0941)4009305, E-Mail: freiwilligenagentur@lra-regensburg.de



Zum Start des Lesepatenprojektes überreichten Gaby von Rhein, Leiterin der Freiwilligenagentur im Landratsamt Regensburg (3. v. l.) und Landrätin Tanja Schweiger (3. v. r.) mehrere Schatzkisten, gefüllt mit Büchern und CDs.

Für die eigenen Anliegen eintreten

Der Ausländerbeirat ist aus Würzburg nicht mehr wegzudenken

Mitte der 1950er Jahre war die Situation ähnlich wie heute: Ein Arbeitskräftemangel zeichnete sich ab, weshalb die Bundesregierung im Ausland offensiv um Arbeiter zu werben begann. Um das Jahr 1970 herum prägten „Gastarbeiter“ genannte Migranten das Bild vieler Städte. Lange kam niemand jedoch auf die Idee, sich groß um sie zu kümmern. Manche dieser „Gastarbeiter“ lebten in menschenunwürdigen Behausungen. Bildungsangebote für sie gab es kaum, dafür jede Menge Vorurteile ihnen gegenüber.

Ab 1965 begannen die ersten Städte, zu überlegen, wie sich die Situation ändern ließe. Bald wurde klar, dass die Lage der Arbeitsmigranten aus Spanien, Portugal, der Türkei, Griechenland, Italien und dem damaligen Jugoslawien nur verbessert werden kann, wenn diese in Entscheidungen miteinbezogen werden. Man suchte daraufhin Wege, sie zumindest beratend an kommunalpolitischen Fragen zu beteiligen. Dies war die Geburtsstunde der Ausländer- und Integrationsbeiräte, die ab 1970, noch ohne gesetzliche Grundlage, in immer mehr Städten eingerichtet wurden.

Seit 1971 gibt es in Wiesbaden einen Ausländerbeirat. 1973 wurde in Nürnberg der erste bayerische Ausländerbeirat gegründet. Ende 1985 wählten nichtdeutsche Bürger aus den ehemaligen Anwerbeländern in Duisburg erstmals ihre Vertreterinnen und Vertreter. Wenige Monate später gingen Ausländerinnen und Ausländer in Münster zum ersten Mal an die Urne.

Anfang der 1990er Jahre begannen auch in Würzburg die Kämpfe für einen Ausländerbeirat. 1996 konnte er endlich gegründet werden. 16 Jahre lang stand Antonino Pecoraro an seiner Spitze. Ab 1996 vertrat er die Interessen von Migrantinnen und Migranten parallel auch als Stadtrat der Grünen im Kommunalparlament. Pecoraro half unter anderem mit, die Initiative „Mit Migranten für Migranten“ (MiMi) nach Würzburg zu holen. Würzburg ist nach Schweinfurt die zweite Stadt in Unterfranken, in der Migranten in einem 50-stündigen Kurs zu

„Gesundheitsmediatoren“ ausgebildet werden. Die Aufgabe dieser Mediatoren besteht darin, in Kliniken zu dolmetschen und ehrenamtlich Gesundheitschulungen für Migranten anzubieten. Standortkoordinatorin für Würzburg ist aktuell Inna Kopp.

Bei den Gesundheitsschulungen geht es darum, Migranten in ihrer Muttersprache kultursensibel die Vielzahl von Gesundheitsangeboten bekannt und zugänglich zu machen. Nutzen doch Menschen mit Migrationshintergrund die Gesundheitsinfrastruktur deutlich weniger intensiv als Deutsche. Das gilt für die Versorgung ebenso wie für Vorsorge.

Heute gibt MiMi als das erfolgreichste Integrationsprojekt zum Thema „Gesundheit“ im Freistaat. 630.000 Euro stellt die Staatsregierung dafür heuer zur Verfügung. Sukzessive soll das Projekt ausgebaut werden. Aktuell, so Kopp geht es zum Beispiel verstärkt um das Thema „Diabetes“. Zeigen doch Untersuchungen, dass bestimmte Migrantengruppen besonders stark von Diabetes betroffen sind.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„So, liebe Sabrina, Sie wollen also zur EXPO nach Mailand fahren? Spannend. Ich selbst habe noch nie eine Weltausstellung besucht, auch damals nicht, als sie in Hannover war. Da wünsche ich Ihnen viele interessante Eindrücke.“ Mein Chef, der Bürgermeister, drückte mir den genehmigten Urlaubsantrag in die Hand. Allerdings passte sein Gesichtsausdruck nicht so recht zu seinen Worten. Er fragte sich offensichtlich, warum zum Teufel man für teures Geld nach Mailand fahren und eine Weltausstellung anschauen will.

Natürlich ist mir klar, dass viele Leute sagen, das Konzept der Weltausstellungen habe sich überlebt und eine EXPO sei heute mehr eine statische Repräsentation der Staaten denn ein dynamisches Schaufenster der Innovationen, wie es in den großen Zeiten der legendären Weltausstel-

Gerade uns Mitteleuropäern wird es guttun, uns mit der Frage der Erzeugung von Lebensmitteln zu beschäftigen. Wir müssen uns ja Gott sei Dank um das „tägliche Brot“, um das Jahrtausende lang gebetet wurde, keine Sorgen machen. Im Gegenteil, klassische Nahrungsaufnahme mit einer abwechslungsreichen Kost aus den bei uns verfügbaren Nahrungsmitteln ist eigentlich fast schon ein Merkmal sozialer Ausgrenzung. Selbst wer vegetarisch isst, gerät leicht in Verdacht des Mainstream, seit vegan das Non-plus-ultra geworden ist, eine Form der einseitigen Mangelernährung, die die meisten Anhänger nur durchhalten, weil sie die Vitamine, Proteine und Spurenelemente, die halt mal nur in tierischen Produkten und nicht in Pflanzen enthalten sind, als Pillen zu sich nehmen.

Hört man manchen selbsternannten Experten zu, erscheinen Lebensmittel generell als etwas Bedrohliches, wenn sie aus konventioneller Landwirtschaft stammen. Nicht wenige derjenigen, die mit großem Misstrauen auf das Angebot von Äpfeln, Trauben oder Tomaten aus südeuropäischen Ländern blicken („wer weiß, was die spritzen!“), obwohl überall in der EU die gleichen Erzeugerstandards gelten, nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass Bioerzeugnisse aus China oder Südafrika auf dem Markt sind. Sie lassen sich auch im Winter den Bio-Spargel aus Peru schmecken, wohingegen kein EU-Ei ohne Abstammungsurkunde auf den Frühstückstisch kommt.

Mein Chef, der Bürgermeister, musste mir Recht geben: Wenn man die Menschheit ernähren will, muss man bereit sein, sich von der romantischen Vorstellung zu verabschieden, dass die ganze Welt ein einziger großer Bio-Laden werden kann. Kunststicker ist kein Fluch, sondern sein Einsatz ernährt Millionen. Grüne Gentechnik hilft, den Hunger zu überwinden, auch wenn man persönlich vielleicht keinen schädlingsresistenten Reis essen will. Aber der Chef outet sich auch wieder einmal als Lebenskünstler, indem er einen Satz des französischen Königs Henry IV twittert: „Gute Küche und gute Weine, das ist das Paradies auf Erden“.

the Sabrina

Herausforderungen gemeinsam lösen

lungen Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts noch der Fall war. Hier habe die permanente EXPO des Internets den Weltausstellungen schon lange klar den Rang abgelaufen.

Mag alles sein, aber ich glaube nicht, dass man eine EXPO mit den Hochglanz der Industrialisierung und Fortschrittsgläubigkeit vergleichen sollte, die Weltausstellungen früher waren. Heute geht es nicht mehr darum, die Staaten in der Konkurrenz immer neuer und staunenswerterer Innovationen zu sehen, die sie idealtypisch gegeneinander entwickelt haben, sondern alle Aussteller sollen ihre Ideen und ihre Lösungen zu konkreten Herausforderungen der Menschheit präsentieren, die eben diese Menschheit wohl auch nur gemeinsam wird lösen können.

So befasst sich die diesjährige EXPO in Mailand mit der Frage, wie sich die Menschheit in Zukunft ernährt und wie sie Energie produziert, beides natürlich ohne die bisherige Teilung in Mangel und Überfluss sowie ohne Überforderung der natürlichen Ressourcen. Die Ideen hierzu dürften so vielfältig und bunt sein wie die Zahl der Länder und Aussteller, die diese in ihren Pavillons präsentieren.

Seit knapp einem Jahr steht die aus Verona stammende Philologin Antonella Caprini an der Spitze des Ausländerbeirats. Der ist heute mindestens so aktiv wie zu seiner Gründungszeit. „Wir sind gerade dabei, ein Dolmetschernetzwerk aufzubauen“, informiert Caprini. Außerdem werden regelmäßig Bürgersprechstunden veranstaltet. Die nächsten finden am 17. Mai in Grombühl, am 12. Juli in der Lindleinsmühle sowie am 8. November auf dem Heuchelhof statt.

Seit seiner Gründung kooperiert der Ausländerbeirat mit der Akademie Frankfurter. Gemeinsam werden 21. Oktoberabend veranstaltet. Am 21. Oktober geht es um Geschichte, Politik und Kultur Tunesiens.

Der Ausländerbeirat unterstützt schließlich das Projekt „Willkommen mit Musik“ des Musikers Jonas Hermes vom Theater am Neunerplatz. Ein Teil dieses Projekts für junge Flüchtlinge findet bei den Erlörschwestern statt. Hermes: „Am Montagabend wird immer gemeinsam musiziert, am Mittwochvormittag gibt es eine Percussion-Gruppe für ältere Kinder und Jugendliche, am Donnerstagvormittag steht elementares Musizieren für Kinder auf dem Programm. Und am Freitagmittag gibt es jede Woche ein kleines Konzert im Speisesaal des Klosters.“

Ein zweites Projekt richtet sich an Flüchtlinge, die in der Gemeinschaftsunterkunft in der Veitshöchheimer Straße leben. Eine Band, eine Percussiongruppe sowie ein Chor sollen mit ihnen aufgebaut werden. Die beiden Musikensembles werden künftig wahrscheinlich im Theater am Neunerplatz proben.

Pat Christ

Welterbe hilft Welterbe

Bamberg hilft Nepal

Das Erdbeben hat Nepal humanitär wie kulturhistorisch schwer getroffen. Es herrscht unsägliches Leid und Not. Große Teile der Tempel und Paläste der Welterbestätten und kulturellen Einrichtungen sind von schweren Zerstörungen betroffen. Ein Wiederaufbau ist für die Entwicklung des Landes ein wichtiger Baustein für die so dringend wirtschaftliche Stabilisierung. Auch die Schwester-Welterbestätte Kathmandu-Tal wurde von dem Erdbeben schwer getroffen. Von den insgesamt sieben Plätzen, Tempeln und Palästen, die Teil der Welterbestätte Kathmandu-Tal sind, sind jeweils der Durbar-Platz in Kathmandu, in Bhaktapur und in Patan am schlimmsten von den Zerstörungen betroffen.

Die Stadt Bamberg, das Zentrum Welterbe Bamberg sowie der Weltkulturerbelaufverein haben nun in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Nepalesischen Gesellschaft eine Spendenaktion ins Leben gerufen, um nachhaltige Projekte zum Zwecke des Wiederaufbaus zu unterstützen und der nepalesischen Bevölkerung ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen.

Initiiert wurde der Spendenaufruf vom Vorsitzenden der Tibet Initiative Deutschland Wolfgang Grader. Auftakt der Spendenaktion ist am Wochenende des Weltkulturerbelaufes. Es wurden bereits Spendenboxen unter dem Motto: „Welterbe hilft Welterbe – Bamberg hilft Nepal“ im HDE-Logistikzentrum Bamberg, Hafenstraße 21 aufgestellt. Dort müssen alle Läufer ihre Startunterlagen holen. Anschließend stand die Spendenbox dann am Maxplatz.

Die Deutsch-Nepalesische Gesellschaft hat zudem unter dem Kennwort „BAMBERG HILFT NEPAL“ ein Spendenkonto eingerichtet. Mit den Spenden sollen konkrete Hilfsprojekte in der Re-

gion unterstützt werden. Jeder Geldbetrag hilft.

Zudem weist das Zentrum Welterbe Bamberg auf die „Kathmandu Cultural Emergency Crowdmap“ (<https://kathmanduculturalemergency.crowdmap.com/>) hin. Ins Leben gerufen wurde das Projekt angesichts der Katastrophe von den beiden internationalen Denkmalpflege-Organisationen ICOMOS und ICCROM. Dort werden Daten über die zerstörten Kulturgüter Kathmandus zum Zwecke des Wiederaufbaus gesammelt.

Spendenkonto

BAMBERG HILFT NEPAL
IBAN: DE1437051981980008492
BIC: COLSDE33XXX
Konto: 1980008492
BLZ: 37050198 (Sparkasse Köln-Bonn)

Weitere Informationen: Stadt Bamberg, Pressestelle – Ulrike Siebenhaar
Maximiliansplatz 3, 96047 Bamberg, Tel.: 0951/87-1821, E-Mail: ulrike.siebenhaar@stadt.bamberg.de

Euregio Egreensis-Jahrespressekonferenz in Hof:

Privilegierte Stellung

Im Rahmen der diesjährigen gemeinsamen Jahrespressekonferenz der Euregio Egreensis in Hof stand die Information über aktuelle thematische Schwerpunkte im Vordergrund. Landrat Wolfgang Lippert, amtierender gemeinsamer Präsident der drei Euregio-Arbeitsgemeinschaften, mahnte die noch fehlenden Kooperationsvereinbarungen im Rettungsdienst zwischen Bayern bzw. Sachsen und den tschechischen Bezirken an. Gastrednerin war die Europaabgeordnete und Staatsministerin a. D. Monika Hohlmeier, die über die „Europäische Kohäsionspolitik 2014-2020 als Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU“ referierte.

In ihrem Bericht aus Sicht der bayerischen Arbeitsgemeinschaft der Euregio Egreensis beleuchtete deren Präsidentin Dr. Birgit Seelbinder unter anderem die Herausforderungen der neuen Förderperiode „Ziel ETZ Freistaat Bayern-Tschechische Republik 2014-2020“.

Laut Seelbinder konnten seit 2007 im bayerischen und tschechischen Euregio-Gebiet über 500 kleinere und mittlere grenzüberschreitende Maßnahmen aus europäischen Mitteln finanziell gefördert werden. Einen Überblick über das beendete Ziel-3-Förderprogramm in der Euregio

Egreensis gibt eine im Herbst vergangenen Jahres erschienene Bilanzbrochure. Dort werden auf rund 30 Seiten zahlreiche ausgewählte Beispiele geförderter Maßnahmen aus den Bereichen Bildung und Jugend, Bürgerbeteiligung, Umwelt und Natur, Kultur, Tourismus sowie grenzüberschreitender Katastrophenschutz vorgestellt.

Projektvolumen

Das durchschnittliche Projektvolumen lag bei knapp 10.000 Euro, der Fördersatz bei durchschnittlich 63 Prozent. Empfän-

ger der ausgereichten EU-Mittel waren dabei in der Regel Kommunen, Vereine und Verbände, Schulen oder Bildungseinrichtungen.

„Fest steht, dass das neue Ziel-ETZ-Programm mit 103 Mio. Euro nur geringfügig weniger finanziellen Umfang haben wird, als das Ziel-3-Programm, das mit 115 Mio. Euro ausgestattet war. Es gibt ferner die klare Aussage aus München und aus Prag, dass sich die bestehenden Programmstrukturen bewährt haben und deshalb so weit als möglich fortgeführt werden sollen. Das bedeutet, so die Zusage, dass die Euregio auch weiterhin ihre privilegierte Stellung im System behalten sollen. Dies gilt insbesondere für die Kleinprojektförderung“, betonte die Präsidentin.

Das neue INTERREG-Programmdokument wurde am 17. Dezember 2014 durch die Europäische Kommission genehmigt. Mitte März 2015 konstituierte sich der neue Begleitausschuss und beschloss u. a. seine Geschäftsordnung und einige weitere grundlegende Schritte. Die erste Einplanungsrunde von Großprojekten soll erst im Dezember dieses Jahres stattfinden. „Bis dorthin müssen von den verantwortlichen Ministerien in München und Prag noch viele anspruchsvolle technische und organisatorische Vorbereitungen getroffen werden, die von der EU gefordert werden“, so Seelbinder.

Wie die Präsidentin ausführte, werden im bayerisch-tschechischen Grenzraum in der neuen

Förderperiode folgende Themenschwerpunkte maßgeblich sein: Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, Umweltschutz und Förderung der Ressourceneffizienz, Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen sowie Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Förderung einer effizienten öffentlichen Verwaltung.

Forschung und Innovation

Insbesondere das Handlungsfeld „Forschung und Innovation“ stand in den früheren Förderperioden nicht im Fokus. Dieser neue Schwerpunkt ist Seelbinder zufolge Ausfluss der sog. Europa2020-Strategie, die Investitionen in Forschung und Entwicklung in der EU deutlich erhöhen möchte. Hier seien Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aber auch erstmals in die Förderung einbezogene kleine und mittelständische Unternehmen gefordert, Kontakte über die Grenze aufzubauen und Projekte zu entwickeln.

„Wir erwarten, dass das neue Programm große und neue Herausforderungen mit sich bringen wird: So werden künftig nur noch Projekte gefördert werden können, die den oben genannten Schwerpunkten zuzuordnen sind. Die thematische Breite an Projekten wie bisher wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Dies ist Ausfluss einer angestrebten stärkeren Konzentration, die in den zugrundeliegenden EU-Verordnungen des Förderprogramms angelegt ist. Eine weitere Herausforderung wird voraussichtlich die elektronische Antragstellung bei den Großprojekten sein“, hob die Präsidentin hervor.

Auch die Anforderungen an die grenzüberschreitende Qualität und die partnerschaftliche Zusammenarbeit werden ihrer Ansicht nach steigen: Von den vier Kriterien der Zusammenarbeit werden künftig drei statt bisher zwei erfüllt sein müssen. Zudem müssen für alle EU-Programme messbare und ebenfalls vorher genau definierte Ergebnisindikatoren festgelegt werden.

Folgende Handlungsfelder sollen für konkrete umsetzbare Projekte untersucht werden: Verkehrsinfrastruktur und Kommunikation, Wirtschaftliche Entwicklung, Wissenschaft und Hochschulen, Bildung und Qualifizierung, Tourismus. Auch das Thema Sprache soll eine zentrale Rolle spielen. Die Euregio erhofft sich, dass durch das Gutachten wichtige Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von der kommunalen und regionalen Ebene nun auf die staatliche Ebene gehoben werden. „Dadurch steigen deren Bedeutung und die Umsetzungschancen“, unterstrich Seelbinder.

Verbraucherschutz

Einen neuen Schwerpunkt der kommenden Monate bildet das Thema Verbraucherschutz in grenzüberschreitenden Handels- und Dienstleistungsbeziehungen. Bei einer Fachtagung gemeinsam mit der Forschungsstelle für Verbraucherrecht an der Universität Bayreuth erörterte die Euregio den rechtlichen Rahmen für Verbraucherfragen in Deutschland bzw. Bayern sowie in Tschechien. Experten aus Ministerien und Facheinrichtungen beleuchteten das Tagungsthema aus verschiedenen nationalen und europäischen Perspektiven. **DK**

Lohnende Zusammenarbeit im Donaauraum

Das Donauprogramm fördert Projekte der transnationalen Zusammenarbeit der Donaustaaten. Im Zeitraum bis 2020 stehen im Programm mehr als 200 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) bereit.

Teilnehmen können Behörden, Kommunen, Interessensverbände, Kammern oder auch klein- und mittelständische Unternehmen. Es sollen neue Ansätze und Lösungen von mindestens drei Staaten gemeinsam erarbeitet werden für staatenübergreifende Herausforderungen. Dazu zählen große wirtschaftliche Disparitäten, Entwicklung von großen Verkehrskorridoren, Hochwasser- und Katastrophenschutz sowie Klimawandel und der Demografische Wandel.

„Nutzen Sie dieses Angebot“, appellierte Finanzstaatssekretär Johannes Hintersberger anlässlich der Veranstaltung „Interreg V B Donauprogramm“ in Ingolstadt. Die Hürde bei Anträgen auf EU-Ebene sei oftmals in Kommunen aber auch in Unternehmen nach wie vor hoch. Die Antragsstellung wird ab Mai für Akteure aus Bayern einfacher. Das Heimat- und Finanzministerium wird erstmals auch finanziell unter die Arme greifen. „StartTransnational“ – die neue bayerische Förderlinie trat am 1. Mai in Kraft. „Kein anderes Bundesland verfügt über ein vergleichbares Förderprogramm“, so Hintersberger. **□**

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10, die am 21. Mai 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall · Recycling
- Altlastensanierung · Bodenreinigung
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung
- Sicherheitstechnik · Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte
- Kommunale Museen
- Kommunal-Marketing, Stadtmarketing

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

23. April 2015

3. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis crystal
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke — von Entwurf zu Umsetzung und mehr.
The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Immobilienberatung

OPTIMHOME Immobilien GmbH
Wir bieten an:

In der Metropolregion Nürnberg:
1 - 2 Zi. Mini-Apartments, ideal für Anleger
2 - 4 Zi. Eigentumswohnungen, teilweise mit Gartenanteil, sowie großzügige Penthouses-Wohnungen.
Wir suchen für Vermietung und Verkauf
Wohnungen und Häuser in gutem bis bestem Zustand.
Kostenlos: Aktuelle Verkehrswertermittlung, Photoshooting, Werbung in allen bekannten Internetportalen sowie eine Betreuung bis zum Notartermin.

Immobilien Kaeser, Metropolregion Nürnberg
Tel.: 0911 / 99 288 12, Mobil: 0160-812 81 73
iug.kaeser@optimhome.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.green-city-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

25. Juni 2015

8. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Stadt Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Präsente

www.bayern-laden.de
Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.
Tel.: 08766 - 93 98 66
Email: upenner@t-online.de

Herbst 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wärme-Contracting

Wärme-Contracting.
Weniger Kosten. Mehr Service.
www.baywa-edl.de

Energie **BayWa**

Heizanlage + Brennstoff + Service = Wärme-Contracting

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG